

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verlagspreis: Amt IV. Nr. 1982.

Sonntag, den 13. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verlagspreis: Amt IV. Nr. 1984.

Zessendorffs Ersagmann.

(Zehn Jahre preussischer Justizminister.
Serrlichkeit.)

Heute, am 13. November 1904, sind es genau zehn Jahre, daß Herr Dr. Schönstedt als Minister an der Spitze der preussischen Justizverwaltung steht. Seine Freunde werden den Tag freilich begreifen. Aber auch wir Sozialdemokraten haben keinen Grund, die Erinnerung an die Zeit zu scheuen, da er ward. Die Sozialdemokratie kann heute auf zehn Jahre preussischer Rechtsprechung zurückblicken, wie sie zuvor nie schlimmer erlebt worden sind — aber diese zehn Jahre sind für sie auch Jahre steigender Erfolge und erhöhter Genugthuung geworden, während es für Herrn Schönstedt erst vor kurzem schien, als ob er nach den Tagen von Königsberg unter der Heiterkeit Europas vom politischen Schauplatz abzuziehen sollte. Jetzt haben freilich jene zynischen Kenner der preussischen Zustände recht behalten, die schon damals sagten, daß ein preussischer Minister an so etwas nicht sichts. Herr Schönstedt hätte schon vier Wochen nach seinem Amtsantritt ein toter Mann sein müssen, wenn es für einen preussischen Minister Niederlagen gäbe, die tödlich sind.

Herrn Schönstedts Ministerchaft ist das kleinste Kind einer großen Zeit. Damals, im Herbst 1894, als an Caprivi's Stelle Hohenzollern, an die Stelle Eulenburgs Herr v. Koeller seligen Andenkens traten und die Wetter der Umsturzvorlage drohend heraufzogen, sah sich der herrschende Kurs auch nach einem neuen Handlanger der Justiz um, von dem eine straffe Handhabung der geplanten Gesetze zu erwarten wäre. Herr v. Schelling, der Sohn, berühmter als Ankläger Ferdinand Lassalle's denn als Justizminister, war bedenklich alt geworden. Der Kaiser, so wollte damals wenigstens das „Deutsche Wochenblatt“ zu erzählen, hatte wiederholt Veranlassung genommen, seinem Bekannten über die wenig straffe und schneidige Rechtsprechung, besonders in politischen Prozessen, Ausdruck zu geben. Er glaubte dies auf einen Mangel an Energie in der obersten Justizverwaltung zurückzuführen zu müssen und wurde von Herrn v. Koeller in dieser Meinung bestärkt. Es war kein anderer als der große Staatsanwalt des Sozialistengesetzes, der von Bismarck als stets zuverlässig bezeichnete Herr v. Zessendorff, der zum Nachfolger v. Schellings ausersehen war. Zessendorff aber, dem seine zahllosen Verdienste um die preussische Staatsregierung schon zur Würde eines Ober-Rechtsanwalts verholfen hatten, lehnte ab. Und so verselb man auf den recht unbedarften, mehr durch Treue und Gehorsam als durch übermäßige Geistesgaben ausgezeichneten Oberlandesgerichts-Präsidenten von Celle, Dr. Schönstedt.

Der unscheinbare Herr Dr. Schönstedt, der dazu ausersehen war, unter einem neuen Sozialistengesetz die preussische Justiz zu regieren, wuchs zusehends mit seinen höheren Zwecken. Die neue Verfassung kündigte sich sofort damit an, daß die schwebenden Strafverfahren gegen die Genossen Reichstags-Abgeordneten Schippel und Stadthager federhaft beschleunigt und damit der gute Zweck erreicht wurde, die rote Fraktion während der Beratung der Umsturzvorlage um zwei Mann zu schwächen. Dies war der erste Streich, aber schon der zweite gelang vorbei.

Am 6. Dezember 1894 wurde der Reichstag wieder eröffnet und zog in den neuen Bau vor dem Brandenburger Tor ein. Der vorläufige Präsident v. Lebedew hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, die mit einem Kaiserhoch schloß. Alle Mitglieder erhoben sich und stimmten ein, nur die anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten blieben stumm sitzen. Für die Rechte war das ein Anlaß, ihrer patriotischen Ungenugthuung sofort ein tosendes Geheul folgen zu lassen, und Herr v. Lebedew erklärte, er könne nur bedauern, daß er kein Mittel habe, ein derartiges Verfahren zu rügen. Damit meinte er aber nicht die von der Rechten aufgeführte Nachcafè-Szene, sondern das ruhige Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion. Dieses zu motivieren, führte sich nun Genosse Singer veranlaßt und es entwickelte sich dieses Zwiegespräch, das wir nach dem stenographischen Protokoll des Reichstages wiedergeben.

Abgeordneter Singer: Herr Präsident, ich bitte um die Erlaubnis, gegenüber den soeben gehörten Bemerkungen ebenfalls eine Bemerkung machen zu dürfen und dem Hause zu erklären — und zwar kann ich das namens meiner Fraktion —, daß wir uns nun und nimmer dazu verstehen und zwingen lassen werden, ein Hoch auszubringen auf jemand, der gesagt hat — —

(Lebhafte Unruhe. Glode des Präsidenten.)
Präsident: Herr Abgeordneter, ich kann nicht zulassen, daß Sie die Person Seiner Majestät des Kaisers in die Debatte ziehen.

Abgeordneter Singer: Ich muß mich dem Gebot des Herrn Präsidenten fügen, erkläre aber, daß gegenüber Umständen, wonach in Aussicht gestellt ist, zu beschließen, daß die Soldaten, die Söhne des Volkes in Uniform

(Dho! rechts.)
auf ihre Brüder, Väter und Mütter schießen müssen, und gegenüber der Thatsache, daß wir im Reichstage mit einer Umsturzvorlage zu rechnen haben, die sich gegen uns richtet, wir es mit unserer Ehre und Würde nicht vereinbar erachten, uns an solchen Hochs zu beteiligen.

(Wrao! bei den Sozialdemokraten. — Dho! Wui!)
Das war am 6. Dezember. Noch vier aufgeregt geschäftigen Arbeitstagen des Justizministeriums aber, am 10. Dezember 1894, konnte Wolffs telegraphisches Bureau bereits verkünden:

Berlin, 10. Dezember. Der Reichstanzler hat dem Präsidenten des Reichstages einen Antrag des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht Berlin I. überreicht, in welchem die Verbeiführung der Genehmigung des Reichstages zur strafrechtlichen Verfolgung derjenigen sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten nachgefragt

wird, die in der Sitzung vom 6. d. M. bei dem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser sich nicht von ihren Plätzen erhoben haben. Die Anklage wird auf Majestätsbeleidigung lauten.

Es war zunächst Genosse Liebknecht, der zum Opfer für Herrn Schönstedts Eifer erlitten wurde. Von dem Antrag, der seine Auslieferung forderte, mußte sogar die „Kölnische Zeitung“ sagen, die juristische Konstruktion, die zu dem Antrage geführt habe, sei eine Glanzleistung juristischer Findigkeit im Auslegen von Verfassungsbestimmungen. Sie halte sich an den Buchstaben, um den Geist zu töten. Man operierte nämlich mit dem Wörtchen Einsatz, daß Sitzenbleiben keine „in Ausübung des Berufes getane Neuerung“, wie sie der Artikel 30 der Verfassung vor strafrechtlichen Verfolgungen sicherstelle.

Die Wehrheit des Reichstages konnte auf diese Zumutung, ihre Immunität preiszugeben, unmöglich eingehen. Am 15. Dezember trat denn der Reichstag auch in die Beratung einer Kommissionsvorlage ein, die die Ablehnung des Strafantrags beantragte. Das gab dem neuen Herrn der preussischen Justizverwaltung Anlaß, seine ersten parlamentarischen Triumphe zu feiern. Nachdem er — ganz à la Königsberg — erklärt hatte, er wolle sich jeder Beeinflussung der Richter enthalten, schleifte er — wieder ganz à la Königsberg — Verfassungsmaterial gegen die Angeklagten und reichsgerichtliche Entscheidungen herbei, um dem Reichstag seine Forderung schmähhaft zu machen. Dabei versärg er sich zu der juristisch wirklich ungläubigen Behauptung, die Auslegung des Artikels 30 der Reichsverfassung könne für die Entschliebung und Abstimmung des Reichstages nicht maßgebend sein, denn „die maßgebende endgültige Auslegung dieses Paragraphen“ sei „lediglich Sache der Gerichte.“ Herr Schönstedt schloß:

... Die Reichsverwaltung, die dazu berufen ist, die Würde und Achtung vor Seiner Majestät zu wahren, mußte sich die Frage vorlegen, meine Herren, ob der Versuch mit Aussicht auf Erfolg gemacht werden könne, beim Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung zu beantragen. Den Versuch haben wir gemacht; wie der Erfolg sein wird, steht dahin. Die Verantwortung für den Antrag, wie er von uns gestellt worden ist, werden wir tragen. Aber daß ein Eingriff in die Immunität der Abgeordneten des Reichstages in Frage komme, glaube ich mit voller Bestimmtheit verneinen zu müssen; es kann nicht davon die Rede sein, solange es sich bloß darum handelt, ob die beantragte Verfolgung stattfinden kann, ob sie stattfinden soll, ob sie sofort stattfinden soll.

Der freisinnige Abgeordnete Rüdert zeichnete mit glücklicher Hand das Bild des neuen Justizministers, indem er ihm wie folgt erwiderte:

Meine Herren, der Herr Justizminister hat uns erklärt, er sei nicht in der Lage, in eine derartige Frage als Vertreter der Regierung sich zu mischen; als Chef der preussischen Justiz sei es ausgeschlossen, daß er sachlich hier zu der Frage selbst Stellung nehme. Gleichwohl, meine Herren, war es nicht ausgeschlossen, daß der Herr Justizminister ein Erkenntnis des Reichsgerichts hier zitiert hat, welches sachlich Stellung nimmt...

Nun, meine Herren, hier handelt es sich doch um einen politischen Akt der preussischen Staatsregierung... Und da macht es sich in der Tat eigentümlich, wenn der Herr Justizminister jetzt so tut, als ob er ganz neutral in der Sache sein kann, als ob er weiter nichts ist, als der gehorsame Diener des Staatsanwalts, den er selbst doch wohl hat anweisen müssen.

Darauf antwortete der neue Mann sehr erregt, die Rolle, die er bei der Sache spiele, sei eine Angelegenheit der internen Verwaltung, und verwarf sich vor der Frage, ob der Staatsanwalt auf seinen Antrieb vorgegangen sei — natürlich unter lebhaften Bravo-rufen der Rechten — hinter sein Amtsgeheimnis. Das gab dem Genossen Weber Veranlassung, den einfachen Sachverhalt nochmals festzustellen:

Die preussische Regierung einschließlich des Herrn Justizministers hat zunächst über die Erhebung der Anklage beraten, und sie ist schlüssig geworden, sie zu erheben, nachdem der Herr Justizminister als Sachverständiger sein Placet dazu gegeben hat.

Der Herr Justizminister widersprach nicht mehr. Nach Webers Rede wurde der Kommissionsantrag, die Verfolgung Liebknechts abzulehnen mit 168 gegen 58 Stimmen angenommen. Nur die Ribbach, Rantkeuffel, Camp, Sturm und Genossen leisteten der Regierung Heerfolge. Herr Dr. Schönstedt hatte seine erste Ministerblamage erlebt! Bald darauf fiel auch das Schmachgesetz zu dessen Vollstreckung der neue Justizminister berufen war.

Dem zufälligerweise stehengebliebenen Justizminister der umgestürzten Umsturzvorlage ist das Schicksal, das ihn bei seinem ersten Auftreten begleitete, allezeit treu geblieben bis Königsberg und bis zum „unbergegglachten“ Anselmgesetz wider die ländlichen Arbeiter. Herr Dr. Schönstedt ist der Minister, der in zehn Jahren seiner Amtstätigkeit keine Gesetzesvorlage durchgebracht hat und dessen große Aktionen immer jämählich mißglückt sind. Desto eifriger hat er's im Keinen getrieben, die Jahrhunderte von Freiheitsstrafen, die unter seiner Regierung über Sozialdemokraten verhängt worden sind, zeigen in der Tat, was Energie an der obersten Justizstelle für eine straffe und schneidige Rechtsprechung besonders in politischen Prozessen zu leisten vermag. Den ungeheuren Aufschwung der Sozialdemokratie hat freilich auch Zessendorffs Ersagmann nicht zu verhindern vermocht. Aber wenn das Reichsgericht den deutschen Volkes heute bis zur Schmerzhaftigkeit gesteigert ist, wenn sich die Meinungen über das Ansehen, das die preussische Justiz verdient, in den weitesten Kreisen geändert haben, und wenn im Volksbewußtsein, das freilich noch wenig Aus-

sicht hat, in Reichstags-Beschlüssen in Erscheinung zu treten, die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Reinigung der Reichspräsidenten dringlich geworden ist, so ist das zum guten Teil sein Verdienst. Und so ist schließlich doch dafür gesorgt, daß die zehn Jahre seiner Ministerstätigkeit in der Geschichte ihre Stätte finden werden.

Das Ergebnis der zweiten Unfallstatistik für Land- und Forstwirtschaft.

Bei jeder amtlichen Bearbeitung der Unfallstatistik wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Anteil der tödlichen Verletzungen an der Summe aller Verletzungen zurückgegangen sei. Diese Entwicklung wird auch durch die vorliegende Statistik bestätigt. Die Zahl der tödlichen Verletzungen in der Land- und Forstwirtschaft, für welche zum erstenmal Entschädigungen bewilligt wurden, stellte sich

im Jahre 1891 auf 11,23 Proz. aller Verletzungen
1901 4,95

mithin scheinbar eine sehr günstige Entwicklung. Aber doch auch nur scheinbar.

Sobald man die absoluten Zahlen betrachtet, stellt sich das Bild ganz anders. Nach den „Uebersichten“, welche das Reichs-Versicherungsamt jedes Jahr veröffentlicht, wurden von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Entschädigungen ausbezahlt:

im Jahre 1891 für 2153 Todesfälle
1901 2751

Die Zahl der Todesfälle ist daher größer geworden, während in derselben Zeit die Zahl der Versicherten, wie wir bereits in unserem ersten Artikel nachgewiesen haben, unverändert geblieben oder, genauer, etwas zurückgegangen ist. Auf 1000 versicherte Personen entfielen denn auch

im Jahre 1891 1,40 Todesfälle
1901 0,24

Das Verhältnis hat sich also erheblich verschlechtert. Bedauerlich ist es daher, daß der Bearbeiter der Statistik die Todesfälle nur in Beziehung auf die Gesamtzahl der Unfälle gebracht hat, weil durch diese Berechnung jener günstige Schein hervorgerufen ist, der zu ganz falschen Schlüssen führen kann. Ein derartiges Mißverständnis ist um so leichter möglich, da sowohl in den Tabellen als auch in den Erläuterungen die Zahl der Todesfälle im Jahre 1891 nicht angegeben, infolgedessen ein Vergleich dieser Zahl mit der Zahl der Todesfälle im Jahre 1901 ohne Hilfsannahme anderer Publikationen nicht möglich ist.

Die Zahl der nicht tödlichen Verletzungen, für welche zum erstenmal Entschädigungen bewilligt wurden, ist noch viel stärker als die der tödlichen gestiegen. Sie stellte sich nach jenen „Uebersichten“

im Jahre 1891 auf 17 206 = 1,40 pro 1000 Versicherte
1901 53 232 = 4,70

Von denjenigen nicht tödlichen Verletzungen in der Land- und Forstwirtschaft, für welche im Jahre 1901 zum erstenmal Entschädigungen festgesetzt wurden, hatten zur Folge:

eine Erwerbs- u. Fähigkeit
von weniger als 25 Proz. 22 631 Verletzungen
25 bis unter 50 18 520
50 8 020
75 2 226
100 Proz. 2 680

Die Verletzungen, welche nur eine geringe Verminderung der Erwerbsfähigkeit bewirken haben, sind bei weitem am stärksten vertreten.

Die Art der Verletzungen war

	in der Unfallversicherung für Land- und Forstwirtschaft		in d. Gewerbe, Bau- u. See-Unfallversichg.
	1901	1891	
Verbrennungen, Verwundungen, Verletzungen (Wunden, Quetschungen, Knochenbrüche usw.)	in 807 Fällen = 0,54 %	0,33 %	3,56 %
Erstickt	56201	68,92	94,73
Ertrunken	53	0,09	0,44
Blutschlag	48	0,08	0,80
Schlag	72	0,13	0,87
Ertritten u. Sonstiges	40	0,07	0,47
	96	0,17	0,36

Die Hauptmasse der Verletzungen bilden die Wunden, Quetschungen, Knochenbrüche usw., von denen die Arme am meisten betroffen worden sind (in 18 957 Fällen), dann die Beine (in 16 808 Fällen), dann der Rumpf (in 10 401 Fällen); in viel geringerem Maße die anderen Körperteile: Kopf und Hals in 4788 Fällen, mehrere Körperteile zugleich in 5028 Fällen, der ganze Körper in 251 Fällen. In den anderen Gewerben sind die Wunden, Quetschungen, Knochenbrüche usw. auch sehr häufig, wenn auch nicht ganz so häufig wie in der Land- und Forstwirtschaft. Hervorzuheben ist noch, daß die Zahl der versicherungspflichtigen Verletzten von 1891 bis 1901 erheblich zurückgegangen ist. Dieser Rückgang, der auch bei der Gewerbe-Unfallversicherung zu beobachten war, ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Rechtsprechung die meisten Verletzten nicht mehr als Betriebsunfälle anerkennt.

Die Verteilung der Unfälle auf die einzelnen Monate wird selbstverständlich in erster Linie bestimmt durch die Gestaltung der Arbeit, da in der Land- und Forstwirtschaft zu gewissen Zeiten eine sehr starke Anspannung der Arbeitskraft stattfindet. Es ist daher begreiflich, daß sich im Jahre 1901 als Monat mit der höchsten Durchschnitts-Tagesunfallziffer der August, die Zeit der Ernte, ergab. Dann folgt der Juli, September, Januar, Juni, Oktober, Februar, Dezember und November, Mai, März und endlich der April mit der kleinsten Unfallziffer.

Die Unfallziffer für die einzelnen Tage der Woche stellt sich bei der Annahme, daß auf einen Tag im Durchschnitt des ganzen Jahres ein Unfall kommt, wie folgt:

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. November.

Die erste sozialdemokratische Stadtverwaltung in Deutschland.

Aus Offenbach a. M. wird uns geschrieben: Die Leser des „Vorwärts“ sind von dem glänzenden Wahlsieg, der von der sozialdemokratischen Partei in Offenbach gelegentlich der Stadterordnetenwahlen am Donnerstag erkämpft worden ist, bereits unterrichtet worden. Einige nähere Angaben über die Bedeutung dieser Wahl dürften den „Vorwärts“-Lesern erwünscht sein.

Jetzt vor neun Jahren wurde zum erstenmal ein Sozialdemokrat in das Offenbacher Stadtparlament gewählt: Genosse Ulrich. Bis dahin hatten die „Bürger“ unbefritten auf dem Rathaus schlecht und recht gewirkt, in keiner Weise angekränkt von irgend welchen Gedanken, die mit moderner Sozialpolitik auch nur in Zusammenhang gebracht werden könnten. Ulrich benahm sich wirklich als „Hecht im Karpenteich“. Er brachte Leben in die muffige Bude. Die Einwohner fingen an, den Vorgängen auf dem Rathaus Interesse abzugewinnen. Nach drei Jahren — im Jahre 1898 — wurde zur größten Ueberschätzung unserer eigenen Genossen die ganze sozialdemokratische Liste gewählt! Mit einem Schläge erhielt Ulrich 16 Mann zur Seite. Die Gegner waren entsetzt. Zwei der bürgerlichen Stadträte legten sofort ihre Mandate nieder; sie wollten nicht mit „Kohlenkippern“ und Tagelöhnern gemeinsam über das Wohl und Wehe der lieben Vaterstadt beraten. Durch diesen Exodus erhielten unsere Genossen die Mehrheit in der 36 Mann starken Vertretung.

Sie nutzten die Mehrheit gut aus. Die Stadt Offenbach gedieh prächtig unter dem sozialdemokratischen Regiment. Es steht kein öffentliches Gebäude, keine große kommunale Anlage aus neuerer Zeit in Offenbach, die die Sozialdemokraten nicht mit geschaffen haben. Was für das Gedeihen der Stadt getan werden konnte, das wurde getan.

Unsere Genossen wirkten „kulturverwührend“, indem sie mitwirkten an der Errichtung eines modernen ausgerüsteten Hafens; sie halfen ein mit allem Raffinement moderner Technik ausgerüstetes Schlachthaus bauen; sie halfen ein neues Gas- und Elektrizitätswerk errichten; sie zeigten ihre ganze „Bildungsfeindschaft“, indem sie das Schulwesen verbesserten und neue Schulhäuser bauten.

Auf dem Gebiete dessen, was man gewöhnlich zuerst im Auge hat, wenn man von kommunaler Sozialpolitik spricht, wirkten sie geradezu vorbildlich. Sie sorgten, soweit das die gesetzlichen und finanziellen Grenzen zuließen, für die Arbeitslosen und Erwerbsbeschränkten; also auch weniger leistungsfähige Arbeiter, die keine Beschäftigung finden konnten, nahm die Stadt in Dienst, auch im Sommer. So lange es irgend anging, sollte in Offenbach jeder Arbeiter vor der Notwendigkeit der Armenpflege bewahrt bleiben, keiner so leicht seine politischen Rechte verlieren. Es wurde die unentgeltliche Hebammenhilfe eingeführt; wer diese Hilfe gebrauchte, konnte sie in Anspruch nehmen, ohne Bedürftigkeit nachzuweisen. Ebenso wurde die unentgeltliche Totenbestattung eingeführt. Man konnte also unter sozialdemokratischem Regime „umsonst“ auf die Welt kommen und sich auch umsonst begraben oder verbrennen lassen. Weiter schafften unsere Genossen das Otkoi auf Mehl und Backwaren ab.

Natürlich „rasten“ die Bourgeois, Konflikte, die unsere Fraktion mit dem Oberbürgermeister anzufechten hatte, wurden unglaublich aufgepuscht. Die Summen, die für die Arbeitslosen, für die Hebammen usw. ausgegeben wurden, sind Tag für Tag den guten Speichbürgern vor Augen geführt worden. Dabei sei bemerkt, daß die finanzielle Gestaltung der Dinge eine durchaus gesunde war, alle gegenteiligen Behauptungen sind Tendenzlügen, erfunden, um unsere Partei zu diskreditieren.

Zimmerhin wir hatten den großen Sieg errungen anno 1898, ohne daß wir eigentlich sagen konnten, bereits die Mehrheit der wahlberechtigten Einwohner hinter uns zu haben. Die fortgesetzte, namentlich in kleinerem Kreise betriebene, von einflussreicher Seite geführte Agitation der Bourgeoisie hatte 1901 eine bisher noch nicht dagewesene Wahlbeteiligung zur Folge. Wir erzielten 2631—2714, die Gegner indessen 3634 bis 3639 Stimmen! Sie hatten den letzten Kleinbürger und Strämer auf die Beine gebracht. Unsere Mehrheit schrumpfte zusammen auf 13 Genossen gegen 23 bürgerliche Stadtväter.

Was die Sozialdemokraten aufgebaut hatten, rissen die Bürgerlichen zum guten Teil wieder zusammen. Aber das Genossen schlug ihnen doch; die Angst schweißte sie immer enger zusammen, die Freimaurer nationalliberaler, die Freihändler wadelstrimpfischer Obszönität, die Antisemiten und die Ultramontanen. Die Folge war der „Wahlsieg“ bei der Reichstagswahl, Ulrich unterlag der koalitierten Reaktion. Und — nehme mir's keiner übel —, so schmerzlich es uns alle berühren mußte, daß Ulrich das Mandat verlor, die Lehre war für Offenbach geradezu eine Notwendigkeit. Man hatte sich in der Proletarierstadt am Main zu sehr an glatte Siege gewöhnt.

Das jetzige Wahlergebnis ist den Herrschaften auf dem Rathaus demmaßen in die Glieder gefahren, daß sie bis zur Stunde, wo ich diese Zeilen niederschreibe — Freitag nachmittag — noch nicht imstande sind, „annähernd richtige Angaben“ machen zu können.

Nach unserer privaten Feststellung wurden für die sozialdemokratischen Kandidaten 3992 ungestrichene Zettel abgegeben, für die ultramontan-liberalen 3366. Auf den gestrichenen bürgerlichenzetteln befinden sich vielfach noch Namen unserer Kandidaten. Unsere Stimmen sind um zirka 50 Prozent gestiegen, die Gegner stehen auf dem alten Fied. (Siehe weiter oben das Resultat von 1901.)

Herrlich ist der Sieg, den die Offenbacher Genossen erkämpft haben, schwer ist indessen die Verantwortung, die sie übernommen haben. Die jetzt 25 Mann starke Fraktion wird zunächst wieder aufbauen müssen, was der bürgerliche Unverstand eingerissen hat und dann sind wir wieder „Kulturvernichter“, wie von 1898 bis 1901. Die Offenbacher Partei-genossen haben am Wahlabend ihr Wort versprochen: Keine Ruhe, bis auch das Reichstags-Mandat wieder unser ist.

Der Rücktritt Leutweins.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet heute offiziell, daß dem Gouverneur Leutwein der schon vor längerer Zeit von ihm nachgesuchte Urlaub bewilligt worden sei. Leutwein werde in Uebereinstimmung mit seinen eigenen Wünschen nicht mehr als Gouverneur in das Schutzgebiet zurückkehren, seine Stelle werde vielmehr später der Generalkonful in Kapstadt v. Lindquist einnehmen. Mit Rücksicht auf die im Schutzgebiet zurzeit noch vorliegenden

Zutreffen werde General v. Trotha bis auf weiteres die oberste Leitung der Gouvernementsgeschäfte übernehmen.

Diese Meldung bestätigt die von uns und einigen Blättern ans-gesprochene Vermutung, daß von Leutwein nahestehender Seite seinerzeit jenes Telegramm in den „Lokal-Anzeiger“ lauziert wurde, das den Aufstieg der Gottentottenstämme für den Augenblick ankündigte, wo Oberst Leutwein seinen Abschied als Gouverneur zu nehmen gezwungen werde. Damals freilich erklärte die offiziöse Presse mit der ihr eigenen Unverfrorenheit, daß diese Vermutung vollständig unzutreffend sei. Major Leutwein denke nicht an den Rücktritt, er habe trotz des Oberbefehls des Generals v. Trotha erklärt, daß er angesichts der kritischen Zustände in Südwestafrika den Gouvernementsposten beibehalten werde. Die „Zukunft“ behauptete damals, daß das Telegramm des „Lokal-Anzeigers“ unter Billigung des Reichskanzlers erschienen sei, zum mindesten sei das Telegramm mit der Bemerkung versehen worden, daß es zunächst dem Grafen Bülow vorzulegen sei. Auch ohne in die Hintertreppenpolitik der Regierung eingeweiht zu sein, konnte sich damals jeder vernünftige Mensch sagen, daß der regierungs-offiziöse „Lokal-Anzeiger“ niemals ein derartiges, die Politik des Kaisers frondierendes Telegramm gebracht haben würde, wenn er sich dazu nicht des Einverständnisses der verantwortlichen Regierungsstellen versichert hätte. Nichtsdestoweniger erfolgte das Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, demgegenüber freilich die „Zukunft“ ihre Behauptung aufrecht erhielt. Die jetzt erfolgte Amtsenthebung des Gouverneurs Leutwein — dem das Urlaubsgefuß des bisherigen Gouverneurs ist selbstverständlich nur ein erzwungenes — beweist, daß damals in der Tat politische Intriguen im Werke waren. Wäre dies nicht der Fall, so wäre es ganz unbegreiflich, wie gerade jetzt, in einer Situation, wo der Rat des kriegserfahrenen und landeskundigen Oberst Leutwein am allerdringlichsten am Platze ist, dessen Beurlaubung erfolgen konnte! Der ganze Vorgang beweist nur wieder einmal, mit welcher Unverfrorenheit amtliche Dementis in die Welt gesetzt werden.

Die Amtsenthebung Leutweins wird höchstwahrscheinlich für den Krieg gegen die Gottentotten nicht ohne erheblichen Einfluß sein. Höchstwahrscheinlich werden auch jetzt die Stämme, die sich bisher dem Aufstand fernhielten, zu den Waffen greifen, und der Kampf gegen die Aufständischen wird mangels eines besonnenen landeskundigen und kriegserfahrenen Leiters höchstwahrscheinlich ebenso unangenehme Ueber-raschungen zeitigen, wie der Krieg gegen die Hereros unter der Führung des berüchtigten Majors Olafsenapp. Die deutschen Steuerzahler werden die Kosten für die klägliche Intriguen-politik in Südwestafrika aufzubringen haben! —

Russische Kronzeugen.

Wie aus Bremen gemeldet wird, hat das dortige russische Konsulat die Bekanntmachung erlassen, daß die russische Regierung alle diejenigen reichlich belohnen werde, die eine genaue Auskunft über die Anwesenheit von verdächtigen Schiffen in der Nordsee geben resp. zur Aufklärung des Zwischenfalles bei der Doggerbank beitragen könnten.

Die russische Regierung scheint demnach doch beträchtlichen Zweifel zu haben, ob es ihr gelingen wird, das internationale Schiedsgericht davon zu überzeugen, daß die Anwesenheit von japanischen Schiffen in der Nordsee nicht lediglich auf alkoholischen Halluzinationen beruht. In Frankreich haben sich ja bereits einige Kränze gefunden, die verdächtige Schiffe in der Nordsee beobachtet haben wollen. Nunmehr will man auch in Deutschland nicht mit dem rollenden Rubel sparen, um für die russische Gespensterseherei Zeugen aufzutreiben. Ob der russische Rubel auch bei uns die erhofften Wunder wirken wird?

Einen Kronzeugen besonderer Art hat die russische Regierung übrigens bei uns schon gefunden. Am Mittwoch hielt nämlich in einer Versammlung in Lübeck der Vize-Admiral a. D. Kühne eine Rede über den Zwischenfall in der Nordsee. Er nahm in seiner Rede Partei für die Russen. Er führte u. a. aus, daß es absolut feststehe, daß dem russischen Admiral von verschiedenen Seiten Warnungen vor einem Angriff der Japaner noch in europäischen Gewässern zugegangen seien. Jetzt siehe ferner, daß ihm die Regierung hierfür noch besondere Instruktionen gegeben habe. Ein solcher Angriff habe auch durchaus in dem Bereich der Möglichkeit gelegen. Es sei falsch, wenn man ohne weiteres das Auftreten von japanischen Torpedoboote in der Nordsee in das Reich der Fabel verweisen wolle. Solche Torpedoboote könnten sehr leicht ganz überraschend in diesen Gewässern erscheinen, aber es brauche ja nicht einmal ein reguläres Torpedoboote gewesen zu sein, das einen feindlichen Akt hätte in Szene setzen können. Jedes x-beliebige Fahrzeug könne ein Torpedolanzierrohr an Bord nehmen und so zu einem gefährlichen Feinde werden. Jedes Fahrzeug könne auch dem Geschwader Minen in den Weg streuen.

Wie man sieht, nimmt der Herr Sachverständige auf die verschiedensten Möglichkeiten Rücksicht. Einmal hält er es für durchaus möglich, daß japanische Torpedoboote bis zur Nordsee vorgedrungen sein könnten, andererseits aber auch genügt ihm die Möglichkeit, daß beliebige Fischerboote mit Torpedolanzierrohren von der japanischen Regierung ausgestattet sein könnten. Eine dieser Möglichkeiten ist freilich so unmöglich wie die andere. Daß japanische Torpedoboote, ohne Kohlen einzunehmen, von Japan bis zur Nordsee gekommen sein sollten, vermag wohl nur der marinistische Bestand des Herrn Vize-Admirals a. D. zu begreifen. Oder sollte der Herr vielleicht annehmen, daß diese Boote eine falsche Flagge geführt haben sollten? Ebenso ungläublich ist es, daß englische oder sonstige Schiffe sich dazu bereit erklärt haben könnten, Torpedolanzierrohre zum Zweck eines Angriffes auf die russische Flotte an Bord zu nehmen. Derartige Möglichkeiten existieren nur im Reich der Phantasie oder des Alkoholisismus für Leute vom Sälage des Herrn Admirals Koschadjewensky. Es bedeutet gerade keinen Ruhm für die deutsche Marine, daß ein ehemaliger Vize-Admiral diese verriakten Hypothesen aufstellt! Interessant wäre es auch festzustellen, woher denn dem Herrn Vize-Admiral Kunde geworden ist, daß dem russischen Admiral entsprechende Warnungen zugegangen sind und daß die russische Regierung besondere Instruktionen gegeben hat. Der Herr scheint sehr intime Beziehungen zu Rußland zu unterhalten!

Interessant sind auch noch andere Bemerkungen, die der Vize-Admiral a. D. in seinem Vortrage gemacht hat. Er sagte nämlich, daß Deutschland der französischen Diplomatie, der es gelungen sei, das Schlimmste zu verhüten, ebenfalls zu Dank verpflichtet sei, denn Deutschland hätte sich keineswegs ganz den Folgen eines Konflikt zwischen Rußland und England entziehen können. Aus dem Bericht über die Rede ist leider nicht zu entnehmen, was der Herr Vize-Admiral dem eigentlich mit seinen dunklen Anspielungen gamsint hat. Ob

	Unfallversicherung für Land- und Forstwirtschaft		Gewerbe-, Bau- u. See-Unfallversicherung
	1901	1891	
Sonntag ..	0,29	0,27	0,16
Montag ..	1,21	1,17	1,23
Dienstag ..	1,07	1,14	1,17
Mittwoch ..	1,05	1,09	1,10
Donnerstag ..	1,09	1,07	1,10
Freitag ..	1,12	1,08	1,06
Sonnabend ..	1,17	1,17	1,19

Die geringste Unfallziffer weist durchweg der Sonntag auf. Das ist erklärlich, da an diesem Tage die Arbeit eingeschränkt ist. Ja, es ist auffallend, daß trotzdem noch so viele Unfälle, wie sich aus den betreffenden Zahlen in der vorstehenden Tabelle ergibt, an den Sonntagen vorkommen.

Mit der höchsten Unfallziffer steht der Montag da. Die erhöhte Unfallziffer des Montags, heißt es hier in den „Er-läuterungen“, „dürfte... auf die Nachwirkungen der sonntäglichen Vergnügungen zurückzuführen sein, insbesondere auch auf die Nachwirkung des bei dieser Gelegenheit in weiten Schichten des Berufsstandes genossenen Alkohols.“ Um so notwendiger ist es, daß auch die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft auf eine immer höhere wirtschaftliche und sittliche Stufe gelangen.

Eine höhere Unfallziffer haben die letzten Tage der Woche, Donnerstag, Freitag und Sonnabend als der Mittwoch, im Jahre 1901 auch als der Dienstag. Hier macht sich offenbar die vermehrte Anspannung der Arbeitskraft bemerkbar. Diese tritt uns auch entgegen, wenn wir die Angaben über die Unfallhäufigkeit nach den Tagesstunden näher betrachten. Bei der Annahme, daß auf drei Stunden im Durchschnitt des ganzen Jahres ein Unfall entfällt, stellt sich die Unfallziffer für die nachstehenden dreistündigen Zeiträume wie folgt:

	Unfallversicherung für Land- und Forstwirtschaft		Gewerbe-, Bau- u. See-Unfallversicherung
	1901	1891	
Vormittagsstunden:			
12-3	0,02	0,02	0,11
3-6	0,14	0,16	0,18
6-9	0,97	1,02	1,10
9-12	2,12	2,10	2,36
Nachmittagsstunden:			
12-3	1,11	1,34	1,02
3-6	2,51	2,36	3,11
6-9	1,04	0,91	0,83
9-12	0,09	0,09	0,29
Montagvormittagsstunden:			
6-9	1,23	1,25	1,38
9-12	2,62	2,80	2,85
Sonnabendnachmittagsstunden:			
3-6	3,05	2,91	2,76
6-9	1,36	1,09	0,91

Es ist bedauerlich, daß das Reichs-Versicherungsamt die Einteilung des Tages in Abschnitte von je 3 Stunden beibehalten hat. Dadurch kann ein klares Bild der hier in Betracht kommenden Momente nicht erzielt werden, da die Zahl der während den einzelnen Zeitabschnitten beschäftigten Arbeiter ganz verschieden ist. Wenn wir z. B. die Unfallhäufigkeit der Vormittagsstunden von 6-9 mit der Unfallhäufigkeit der Vormittagsstunden von 9-12 Uhr vergleichen, dann wissen wir nicht, welcher Teil der erhöhten Unfallhäufigkeit in den 3 letzten Stunden auf die größere Zahl der beschäftigten Arbeiter und welcher Teil auf die übermäßige Anspannung der Arbeitskraft zurückzuführen ist. Richtiger wäre es, wenn die Unfallhäufigkeit für Zeitabschnitte von 1 bis höchstens 2 Stunden festgestellt und als Ausgangspunkt der Beginn des Arbeitstages des verunglückten Arbeiters unter Scheidung der Tag- und Nachtarbeit, der Vor- und Nachmittagsarbeit angenommen werden würde. Dann hätten wir z. B. die Unfallhäufigkeit für die 2., 3. oder 4. Arbeitsstunde am Tage vormittags und konnten diese mit einander vergleichen. — Aber auch aus den vorliegenden Zahlen, namentlich aus der starken Unfallhäufigkeit der Vormittagsstunden von 9-12 Uhr im Vergleich mit der Unfallhäufigkeit der unmittelbar vorhergehenden Stunden von 6-9 Uhr und aus der starken Unfallhäufigkeit Sonnabend nachmittags im Vergleich mit der Unfallhäufigkeit der Nachmittage der anderen Tage: aus diesen Zahlen scheint doch hervorzugehen, daß ein guter Teil der Unfälle durch die unmäßige Ausbeutung der Arbeiter verschuldet wird.

Schließlich ist die Unfallhäufigkeit nach der Art der Bodenbewirtschaftung ermittelt worden. Von den Verletzten, für welche im Jahre 1901 zum erstenmale Entschädigungen festgestellt sind, entfallen auf die Bewirtschaftung

der Felder	19 361
Forsten	5 718
Wiesen und Weiden	4 503
Gärten	2 638
des Reblandes	408
auf die Hauswirtschaft	3 058
Hoch- und Tiefbauten	1 727
mitversicherte Nebenbetriebe	1 183
andere landwirtschaftliche Tätigkeiten	18 066

Auffallend ist namentlich die große Zahl der Unfälle bei der Bewirtschaftung der Felder und Forsten.

Durch Tiere wurden 13 930 ferner Unfälle herbeigeführt, und zwar u. a. 7642 durch Pferde, 5069 durch Rindvieh, 260 durch Schweine. Beim Umgang mit Tieren, insbesondere mit Pferden, bemerkt hierzu der Bearbeiter der Statistik, wird oft jede Vorsicht außer acht gelassen. Auf die Heranbildung sorgsamer Pferde- und Viehpfleger kann durch Unfallverhütungs-Vorschriften hingewirkt werden.

Gerügt werden muß, daß der Versuch der ersten Unfallstatistik für Land- und Forstwirtschaft, die Unfallgefährlichkeit der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe zu ermitteln, bei dem zweifelhaften Ergebnis der damaligen Umfrage nach den Größenklassen der versicherten Betriebe nicht wiederholt worden ist. Das Reichs-Versicherungsamt hätte die nötigen Vorkehrungen treffen müssen, um eine genaue Ermittlung der hier in Betracht kommenden Momente zu sichern. Nach dem ersten Ermittlungsversuch erschienen die Großbetriebe unfallgefährlicher als die Mittelbetriebe, und diese gefährlicher als die Kleinbetriebe. Daß hierüber endlich Klarheit geschaffen wird, ist im Interesse einer wirksamen Unfallverhütung dringend zu fordern.

Im ganzen befähigen die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse der letzten Unfallstatistik die früher bereits gemachten Erfahrungen, daß ein wirksamer Schutz der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter gegen Betriebsunfälle unerlässlich ist. Bei dem nötigen guten Willen der herrschenden Klasse hätten die erforderlichen Schutzmaßnahmen schon längst durchgeführt werden können. Daher fürchten wir, daß auch die jetzt wiederholte Mahnung bei unseren Agrarieren wenig Beachtung finden wird, so lange die Herren nicht durch die betroffenen Arbeiter zu einem anderen Verhalten, gezwungen werden. Aus diesem Grunde muß es unsere Aufgabe sein, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mit den Ergebnissen der Unfallstatistik bekannt zu machen und sie zum tatkräftigen Protest gegen die jetzige Gefährdung ihres Lebens zu veranlassen.

er sich etwa einbildete, daß Deutschland verpflichtet gewesen wäre, zugunsten Rußlands Partei zu ergreifen? Fast könnte man dies annehmen, denn der Herr Vize-Admiral fügte hinzu:

„Wir müssen die Fabel ebenfalls mit besonderer Spannung verfolgen, denn dieser Krieg entscheidet auch über die Zukunft Ostingens als deutsche Kolonie. Das sollten wir nie vergessen.“

Das soll wohl heißen, daß Deutschland Ursache habe, eine Niederlage der Japaner zu wünschen resp. herbeizuführen zu helfen, damit Deutschlands Ostasienpolitik die gewünschte Entwicklung nehmen könne?! Der gesprächige Herr Vize-Admiral hat in seinem Vortrage jedenfalls manderlei aus der Schule geplaudert, was er klüger verschwiegen hätte. Wir können uns freilich nur über seine Offenherzigkeit freuen, hat er doch beraten, was einflußreiche Kreise bei uns in Deutschland denken.

Deutsches Reich.

Konservativer Tiefinn.

Ueber die Gleichheit im Staate und in der Natur wird im „Neuen Zeitung“-Beitrag so wunderbar philosophisch, daß es schwer ist festzustellen, ob der Wert der Darlegung mehr in der Offenbarung der reaktionären Ansichten besteht oder der totalen Verblöding des konservativen Hirns. Der ergötliche Artikel ist unterzeichnet D. z. Dhr. Es ist ein Verlust für die Öffentlichkeit, dem Geisteshelden, der hinter der Chiffre steht, nicht voll ins Klutty schauen zu dürfen. Er stellt ein wahrhaftes Wundergemälde konservativer Geistesfülle dar.

Diese Philosophie hebt festsamterweise mit einer nicht ganz unlogischen Ausführung an:

„Die haben wir es doch so herrlich weit gebracht im modernen Staat — juristische Gleichheit vor dem Gesetz, politische Gleichheit an der Bahnhöhe und dazu noch Verheißung ökonomischer Gleichheit im Zukunftsstaat.“

Es bildet letztere nur den folgerichtigen Abschluß der vorhergehenden Abklärungsmittel und ist, wenn man die ersten beiden gutgeheßen, theoretisch gar nicht zu verwerfen. Stellt man die Menschen demnach geistlich gleich, wie es durch Gesetz und Wahlgeseh geschieht, so ist es geradezu widerständig, materiell solche Unterchiede fortzusetzen zu lassen, wie sie Vermögen und Lebenshaltung im heutigen Staate aufweisen.

Die Sozialdemokratie ist demgemäß nicht nur logisch, wenn sie jetzt Gütergleichheit verlangt, sondern hat dazu sogar eine gewissermaßen gesetzliche Basis, welche es ihr erleichtert, das von Staat und Gesellschaft nur zu zwei Dritteln fertig gestellte Werk zu vollenden.

Aus diesem Vordergrunde entwickelt der konservative Denker die köstlichsten Folgerungen. Da die ökonomische Gleichheit unmöglich ist, so müsse auch die politische beseitigt werden. Zunächst gilt es also, zu beweisen, daß die ökonomische Gleichheit unmöglich ist. Er tut gut, so wird der Leser aufgefordert, seine Blicke der Natur zuzuwenden, welche in letzter Instanz immer die Lehrmeisterin bleibt, von der man in allen Verhältnissen lernen kann. Wie sieht es also mit der so vielgepriesenen Freiheit und Gleichheit in der Natur? Hören wir: Die Freiheit führe zur Ungleichheit. Wer aber die Gleichheit wolle, würdige das Menschengeflecht zur Erde herab. Dies Streben sei aber wiederum aussichtslos, denn die Verschiedenheit im Bereiche der menschlichen Natur sei „noch unendlich viel größer als bei allen anderen Gattungen“. Wir erfahren, daß „zwischen einem auf der niedrigsten Stufe stehenden Kretin und Goethe“ keine Gleichheit herrscht, also ist die Idee der ökonomischen Gleichheit ein Unsinn. Und nun geht es in abstrusen Durcheinander weiter: Die im Leben Vorgesetzten sollen bei gleichen Vergehungen ungleich schwerere Strafen auf sich nehmen als die Unbemittelten, moralisch und ökonomisch auf niedriger Stufe stehenden. Das heißt: die Vorgesetzten sollen wegen Vergehen, die zu begehren sie keinen Anlaß und keine Möglichkeit haben, strenger bestraft werden als diejenigen, die durch die sozialen Verhältnisse zu solchen Vergehungen getrieben werden! Diese nie in Wirklichkeit tretende Ungleichheit zuungunsten der Vorgesetzten, durch welche der konservative seinen Gerechtigkeitsbegriff beweist, führt ihn sogleich zu der Folgerung, daß auch eine ungleiche Strafweise eingeführt werden müsse für diejenigen, welche durch die heutige Gleichheit der Strafen nicht zur Genuge für rohe Taten betroffen werden. Sie sollten mit körperlicher Züchtigung bedacht werden.

Und ebenso wie in dieser Richtung Gleichheit unberechtigt ist, so ist diese unberechtigt auch auf dem Gebiete des Staatsrechts, in das sich der konservative Philosoph in seinem Geistesflug begibt. Hier erklärt er lähn die Gleichheit des Wahlrechts für eine längst überholte Sache. Diese Ausführungen haben ihre Intention dadurch, daß sie zeigen, wie selbstverständlich man bereits in konservativen Kreisen die Beseitigung des gleichen Wahlrechts erachtet und wie zuversichtlich man darüber denkt, daß die weitesten Kreise für die Reaktion zu haben sein werden. Der Edel erklärt:

„Die Beurteilung des gleichen, allgemeinen politischen Wahlrechts hat bereits solche Dimensionen angenommen und ist bereits so oft und überzeugend motiviert worden, daß es nicht mehr notwendig erscheint, viel Worte darüber zu verlieren. Theoretisch wird durch dasselbe der Unbildung und dem Unverstande, welche numerisch das Uebergewicht haben und immer haben werden, die Hauptentscheidung in den vitalen Angelegenheiten des Staates übertragen, und wenn es auch praktisch vielleicht nicht zum äußersten kommen wird, so muß eine solche unnatürliche und dadurch uninnige Machtverteilung und Verheißung für Staat und Gesellschaft doch die schwersten Schädigungen herbeiführen. Die Bedenken, welche sich gegen eine Beseitigung oder Einschränkung dieses Wahlrechts, welche heute auch auf liberaler Seite für notwendig erkannt worden ist, geltend machen, sind nun eingesehenenmaßen hauptsächlich der Furcht zuzuschreiben. Man fürchtet sich vor den Ausschreitungen, welche die Masse begehen könnte, wenn ihr Wichtigkeitsgefühl und Machtbewußtsein, die in der unartikulierten Weise herausgeschraubt sind, in die richtigen Schranken gewiesen werden. Wer aber eine Sache unterläßt, deren Ausführung er als recht und notwendig erkannt hat und deren Unmöglichkeit nicht nachgewiesen, nur aus Furcht vor den möglichen Folgen, der streckt die Waffen, und zwar hier die Verteidigungswaffen, noch ehe er sie erprobt.“

Obgleich nun Gesellschaft und Staat diesen Standpunkt augenblicklich einzunehmen scheinen, müssen wir an der Hoffnung festhalten, daß das Mahnwort eines unserer größten deutschen Denker: „Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen“, auch in unserem politischen Leben wieder zur Geltung komme und dieses dadurch in vernünftige, natürliche Bahnen geleitet werde.

Es folgen naive-wüste Betrachtungen über das trostlose Einerlei der großen Städte, welche das Reich des großen Gleichheitsbroses malen“, über die verhasstendenden Volkstrachten, über die entsetzlichen Ausschüßten kosmopolitischen Gleichheit, deren Schreden sich zeigt, indem Asiaten und Afrikaner in europäischer Modetracht aufstapelt einhergehen! Aber noch gibt es Hilfe gegen diese verurteilten Zustände. Die Kunst und Wissenschaft sind die Hoffnung des konservativen Denkers und der demütig konservativen Christ beruft sich auf den Philosophen des Uebermenschen:

„Die Möglichkeit der Erscheinung eines Rittsche und der große Einfluß, welchen er auf unsere Zeit gewinnen konnte, ist ein Beweis, daß in weiten Schichten die menschliche Natur anfängt, sich zu empören gegen die Gewalt, welche ihr durch das moderne Gleichheitssystem angetan wird. Wir sehen auch, daß Kunst und Wissenschaft ihre Avantgarde gegen das Heer der Gleichheitsapostel mobil macht und können uns der Zuversicht hingeben, daß dieser geistigen Führerschaft allmählich ein immer größeres Gefolge heranzuwachsen werde.“

Dies tolle Zeug muß allerdings dazu verleiten, die Gleichheit des politischen Wahlrechts als unberechtigt zu erkennen. Der konservative Sozialphilosoph hat unübersehbare erwiesen, daß es in unseren Ländern Menschen gibt von einer geistigen Verfassung, vermöge deren sie keinen Anspruch haben auf den gleichen Einfluß in der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten wie andere vernünftige Durchschnittsmenschen. Wenn das Wahlrecht nach dem Maß der Bildung eingeteilt wird, so werden die konservativen „Gebildeten“ gänzlich leer ausgehen müssen.

Eine Rekrutenrede Wilhelms II. Eine Korrespondenz berichtet: Gelegentlich der Bereidigung der Rekruten der Potsdamer Garnison wies, wie nachträglich bekannt wird, der Kaiser in seiner Ansprache u. a. darauf hin, daß des deutschen Soldaten höchste Pflicht sei, in Fällen der Not und Gefahr freudig das Leben für den Landesherren zu lassen und für die Interessen des Vaterlandes in die Schanze zu schlagen. Die jungen Soldaten sollten sich an ihren Vorgesetzten auf blutiger Walfahrt in Südwesafrika ein Beispiel nehmen, welche, obwohl schon längst nicht mehr aktiv unter der Fahne dienend, sich freiwillig zu der Expedition gemeldet hätten, um dem Könige und dem Vaterlande erneut treu zu dienen. Weiter legte der Kaiser den Rekruten klar, welche hohe Ehre es sei, der Garde in Potsdam anzugehören, die ihren Dienst unmittelbar unter seinen, des Kaisers, Augen vollzöge. Es sei dies wohl der Wunsch vieler, aber nur einem beschränkten Teil könne diese Auszeichnung geboten werden.

Daneben erwähnte der Kaiser die Rekruten zur Gottesfurcht, denn nur im Besitze dieser Eigenschaft könne der Soldat seinem schweren, aber doch so schönen Verufe gerecht werden. Ohne Gott sei kein Segen denkbar. Wer Gott im Herzen trage, werde die Mühen und Anstrengungen, die der Beruf eines Soldaten und vor allem eines Rekruten mit sich bringe, leichter bewältigen als derjenige, der von Gott nichts wissen wolle. Man solle sich freudig zu seinem Gott bekennen und nicht erst in Stunden der höchsten Not zum Allmächtigen rufen. Zum Schluß der Ansprache erläuterte der Monarch den Rekruten, daß die Vorgesetzten an seiner Stelle stehen und befehlen und daß, wie im Eide gelobt, jeder seine Pflicht an seiner Stelle tun solle, dann würde ihnen der Dienst leicht werden und der Dank ihres Kaisers nicht ausbleiben. Die Rekruten sollten auf ihren Kopf stolz sein und ihn nicht beschimpfen lassen, denn es sei der Kopf des Königs und der dürfe nicht angetastet werden.

In den Zeiten, da die religiös gleichgültigen, jedenfalls nicht christlichen Japaner über die äußerst frommen Russen siegen, dürfte der Hinweis des Kaisers auf die Notwendigkeit der Religion für den Soldaten kaum andere Betrachtungen erregen als die, ob ein wirklich gläubiger Christ, also ein Anhänger friedfertiger universaler Nächstenliebe, nicht vielmehr in einem Bewußtseinskonflikt mit dem Soldatenhandwerk geraten müßte.

Der Hinweis auf die besondere Ehre der Garde wiederholt frühere Ausführungen Wilhelms II. —

Die Tätigkeit des Bundesrats. Offiziös wird orakelt: „Die Arbeiten des Bundesrats, namentlich in den Ausschüssen, beziehen sich gegenwärtig und in der nächsten Zukunft hauptsächlich auf den Reichshaushaltsetat für 1906. Man wird als sicher annehmen dürfen, daß in allen Instanzen und schließlich auch im Bundesrat bei den Etatsarbeiten der Grundsatz der Sparamkeit im Vordergrund gestanden hat, steht und stehen wird. Allerdings die durchaus notwendigen Ausgaben werden trotzdem gefördert werden müssen. In dieser Beziehung dürften namentlich die kolonialen Etats sowie der Heeresetat in Betracht kommen. Eine weitere Aufgabe des Bundesrats für die nächste Zeit werden die mit dem Etat für 1906 im Zusammenhange stehenden Vorlagen, namentlich also der Entwurf über die Friedenspräsenzstärke sein. Man wird wohl in der Annahme nicht fehlerhaft sein, daß diese Vorlagen dem Reichstage möglichst gleichzeitig mit dem Etat unterbreitet werden dürften.“

Die neuen Handelsverträge dürften im Bundesrat selbst längere Beratungen nicht mehr nötig machen. Es darf ja nun wohl als wahr scheinlich angesehen werden, daß diese Verträge dem Reichstage schon bald zugehen werden. Viel umfangreicher gestalten sich, auch für die nächste Zeit, die Arbeiten des Bundesrats an den Ausführungsanweisungen zum neuen deutschen autonomen Zolltarif, dem amtlichen und dem statistischen Warenverzeichnis. Damit die Geschäftswelt sowohl wie die Zollbeamten sich in diese Anweisungen beizeiten einleiben können, wird darauf gesehen werden, daß beide Verzeichnisse eine geraume Zeit vor Inkraftsetzung des neuen Zolltarifs, also nach allem, was man hört, vor dem 1. Januar 1906, bekannt gegeben werden können. —

Auf der Tagesordnung der ersten Reichstags-Sitzung nach der Vertagung, am 29. November, stehen „Petitionen“. Beginn der Sitzung 2 Uhr.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die nächsten Sitzungen wird man sich wohl zunächst schlüssig machen müssen, wann die zum gegenwärtigen Etat gestellten, noch nicht erledigten Resolutionen beraten werden. —

Das preussische Herrenhaus meldet sich zum Wort. Es will auch diesmal vor der üblichen Zeit seine Beratungen beginnen. Es wird am 30. November die ihm zugegangenen Kirchensteuer-Gesetze für die evangelische und katholische Kirche verhandeln. —

Lebt Ihre Schwiegermutter immer noch? Man schreibt uns: Am Freitag verstarb an den Folgen einer Bauchfellentzündung der hiesige Landgerichtsrat Dr. Vär. Seine Beeridigung erfolgt heute (Sonntag). Dr. Vär war in Zivilsachen ein Richter von besonders hervorragender richterlicher Tüchtigkeit. Daß er auch in Strafsachen, in denen er ausnahmsweise mitwirkte, gerecht zu sein suchte, geben auch die Angeklagten gern zu, die er, wie den Schreiber dieses, verurteilte, weil in ihm bei dem Kampf zwischen Bureaukratie und reiner Gerechtigkeit erstere den Sieg davon trug. In dem etwa konservativen oder gemäßig liberalen verstorbenen Richter ehrten und würdigten seinen politischen Gegner, welche die vom Staatsanwalt ausgelitete Justiz auf die Anklagebank führte, das Streben gerecht zu sein, den Charakter. Vär fiel durch seine Charakterfestigkeit unter den modernen Richtern umso mehr auf, je häufiger bei einem seiner Kollegen streberhafte Tüchtigkeit den Mangel an Kenntnissen, Tüchtigkeit und Gerechtigkeitsliebe zu verdecken schien. Die Charakterfestigkeit bewahrte Vär auch nach oben. Er war vor mehreren Jahren als Hilfsrichter an das Kammergericht berufen. Damals war Präsident des Kammergerichts v. Drenkmann, ein Irrreaktionär vom Scheitel bis zur Sohle, aber ein Richter, der auch vordem als Vorsitzender des zweiten Strafsenats des Reichsgerichts und der vereinigten Strafsenate des Reichsgerichts eine außerordentlich hohe juristische Befähigung dokumentierte, die mit der starken Eigenliebe und Biogamkeit seiner Nachfolger und so mancher seiner Kollegen beim Reichsgericht in wohlgefälliger Gegenseit stand. v. Drenkmann stand im Aufste, stark antisemitische Reigungen zu hegen. Trotzdem empfahl er in auherordentlich warmer Weise den Verstorbenen, der Jude war, zur Ernennung zum Kammergerichtsrat. Vär wurde darauf in das Justizministerium gebeten. Dort wurde ihm dringend nahe gelegt, seine jüdische Religion in eine christliche umzuwechseln. Bei dieser Unterhaltung äußerte Vär, daß er keine Beförderung nicht einem Gesinnungswandel verdanken wollte. Als ihm eindringlich nahe gelegt wurde, daß der Konfessionswechsel doch nur etwas äußerliches sei, lehnte er die eindringlichen Mahnungen für eine Wandelung zum Christentum auch mit dem Hinweis darauf ab, daß so lange seine Schwiegermutter lebe, an eine Taufe nicht zu denken sei. Vär wurde nicht befördert.

v. Drenkmann gab nochmals unter abermaliger Hervorhebung, wie dringend not unseren Gerichten tüchtige Juristen tun und unter Schilderung der glänzenden Begabung und der hervorragenden Wissenschaftlichkeit Vars eine Eingabe um Ernennung Vars zum Kammergerichtsrat ein. Diese Eingabe wurde — nicht im Kammergericht — mit der Randnote: „Was werden unsere Antisemiten dazu sagen?“ versehen. Abermals wurde Vär in das justizministerielle Aufnahmegericht gebeten. Die Begründung durch den Personalienrat erfolgte mit der traulichen Frage: „Lebt Ihre

Schwiegermutter immer noch?“ Vär bejahte die vertrauliche Nachfrage und kommentierte seine Ansicht über diese Art der Vorprüfung über die Bedingungen eines tüchtigen höheren Richters in einer Weise, die an das fernige Deutsch mancher altdeutscher Rechtsprache erinnert. Er blieb Jude und — wurde nicht befördert.

Sein Heimgang veranlaßte uns, diesen Beitrag zum Märchen von der Unabhängigkeit preussisch-deutscher Richter zu veröffentlichen. Unter den höheren Richtern gibt es manch einen, der unmittelbar vor seiner Beförderung sich taufen ließ und seitdem als festeste Stütze der „christlichen“ Justiz und Gesellschaftsordnung sich selber preist. Es geht eben nichts über die wahre Frömmigkeit, die der Heuchelei verdammt ähnlich sieht.

Respekt vor der Polizei! Aus Halle berichtet man uns unterm 12. November: Eine sensationelle Affäre entwickelte sich heute auf dem Schöffengericht in der Privatklage des Polizeikommissars Alfred Kriebel, Leutnant der Reserve, gegen seinen Vorgesetzten, den Ober-Polizeikommissar, Amtsanwalt und Hauptmann der Landwehr Ernst Wehdemann, wegen Verleumdung. Da der Privatklägers persönliches Erscheinen angeordnet, Herr Wehdemann aber der Verhandlung ferngeblieben war, beantragte des Polizeikommissars Rechtsbeistand den Ober-Polizeikommissar vorzuführen zu lassen. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab und Wehdemanns Rechtsbeistand beantragte die Vertagung der Verhandlung. Als aber das Gericht beschloß, heute zu verhandeln, da beantragte des Oberinspektors Rechtsbeistand wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und der Staatssicherheit die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Herr Ober-Polizeikommissar sei, so meinte sein Verteidiger, eine Respektsperson und den Respekt der Polizei dürfe man doch nicht gefährden. Das Gericht beschloß aber, öffentlich zu verhandeln und ließ den Anklagebeschuß verlesen, nach dem Wehdemann am 20. Juni den Kommissar dadurch beleidigt hat, daß er in seinem Bureau mit den Worten: „Pst! Teufel, so eine Anzeige erstatten Sie!“ vor ihm ausspie, dann den Kommissar, als er etwas sagen wollte, mit den Worten anbrüllte: „Seien Sie nicht so frech und halten Sie den Mund: raus!“ und schließlich den im Bureau antretenden Wachtmeister aufforderte, den Polizeikommissar und Leutnant der Reserve hinauszuführen.

Den Inhalt der Anzeige, die nicht den Beifall des Ober-Polizei-Inspektors gefunden hat, konnte man nicht erfahren; denn als Wehdemanns Verteidiger aufgefordert wurde, sich nimmere über die Sache zu äußern, da erklärte er, Herr Wehdemann dürfe jetzt über die Angelegenheit nicht reden, da er leicht in Gefahr geraten könnte, seine Dienst- und Amtsgeheimnisse zu verlieren. Um nun Herrn Wehdemann zum Reden zu bringen, soll die vorgelegte Behörde, Oberbürgermeister und Regierungspräsident, ersucht werden, Wehdemann vor dem „Ante-geheimnis“ zu entbinden, weshalb die Sache, die interessante Folgen haben kann, vorläufig vertagt werden mußte. —

Soldatennismhandlungen. Das Koblenzer Oberkriegsgericht erkannte gegen zwei Soldatennismhändler schämmster Art, Sergeant und Unteroffizier vom Infanterie-Regiment Nr. 29 in Trier, auf erhebliche Strafen. Ersterer wurde zu einem Jahr sowie Degradation, der Unteroffizier zu 4 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt. Weiden wurde Mißhandlung Untergebener in mehreren hundert Fällen, teilweise unter Mißbrauch der Waffen sowie Verletzung mit Begehung eines Verbrechens zur Last gelegt. In einzelnen Fällen hatte der Sergeant Mannschaften derart mißhandelt, daß sie in Stumpfzinn verfielen. In einem Falle wollte er einen Musiker mit dem blanken Säbel todschießen. —

Aus dem Württembergischen Landtag.

Stuttgart, 12. Nov. (Privattelegramm.)

Der Landtag sehte heute die Beratung der Gemeinde-Ordnung fort. Es handelte sich heute um den Teil, der die Bürgervertretung auf den Rathhäusern regelt. Bis zum Jahre 1853 waren die Gemeinderäte für Lebenszeit gewählt worden, was den Wählern unmöglich machte, auf die Tätigkeit der einmal Gewählten späterhin Einfluß auszuüben. Aus diesem Grunde wurde der Bürgerausschuß geschaffen, um durch ihn auf den Gemeinderat im Sinne der Wählerchaft einzuwirken. Als aber später die Lebenslanglichkeit der Gemeinderäte abgeschafft wurde, ließ man den Bürgerausschuß weiter bestehen und schränkte nur seine Befugnisse ein, indem man ihm z. B. das Recht nahm, Initiativ-Anträge zu stellen. Damit hatte der Bürgerausschuß an Bedeutung viel verloren und da alle zwei Jahre ein Drittel des Gemeinderates neu zu wählen ist, erschien diese fernere Verbeibehaltung, wenn man einmal dabei war, die Gemeindeverwaltung neu zu regeln, überflüssig.

Der Regierungs-Entwurf beseitigte ihn daher auch für alle kleinen und mittleren Gemeinden, und das sind alle in Württemberg, dessen Verwaltung besonders geregelt werden soll. In der Konstituierung war aber der Bürgerausschuß wieder hergestellt worden, da, wie der Abgeordnete Conrad Haußmann heute geltend machte, ein den Bürgern einmal gegebenes Recht ihnen nicht genommen werden sollte. Das Unrichtige dieser Argumentation wurde sowohl vom Minister von Bischof wie vom Genossen Keil, dem Vertreter unserer Partei, welche die Beseitigung des Bürgerausschusses beantragt hatte, treffend dargelegt. Beide traten im Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien für das konstitutionell und verwaltungsrechtlich viel klarere Einkammersystem ein. Unser Vertreter bezeichnete es mit Recht als ein Unling, daß von ein und derselben Wählerchaft und nach dem gleichen Wahlrecht konkurrierende Körperschaften, die beide dieselben Angelegenheiten zu erledigen hätten, geschaffen würden. Dies muß unbedingt zu Reibungen und Verschleppungen führen. Die Debatte zeigte, daß die bürgerlichen Parteien nichts weiter verteidigten, als einen Popz; den aber verteidigten sie zähe und gründlich, denn sie lehnten unseren Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit allen gegen unsere Stimmen ab.

Gegen Ende der Sitzung kam es noch zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen unserem Genossen Keil und dem Abgeordneten Haußmann, zu dem unser Vertreter den Anlaß nicht gegeben hatte, und bei dem Haußmann keineswegs glänzend abschnitt.

Verrohung der Jugend.

Unsere Konservativen, die immer so viel über die Verrohung der Jugend zu klagen haben, möchten wir auf ein Buch aufmerksam machen, das ein gewisser Jean Gimpel über die Ergebnisse eines jungen Deutschen im Herzerlande geschrieben und in einem Berliner Verlage für die „reife Jugend“ herausgegeben hat. In diesem Buche, auf dessen Inhalt wir vielleicht gelegentlich näher eingehen werden, befinden sich auch mehrere jener berühmten Gängebilder, wie sie seinerzeit der Afrikareisende Vamann für Deutsch-Ostafrika geschickt hat. Die betreffenden Abbildungen stellen die Hinrichtungen eines Wärders und mehrerer Spione dar. Wie sehen auf dem Bilde, wie zwei Delinquenten an dem abgedrohenen Ast des Baumes aufgehängt worden sind, auf einem der beiden Wälder liegen bereits zwei Opfer auf der Erde. Die Zuschauer resp. ausübenden Organe bei der Hinrichtung nehmen die bekannte nachlässig-malerische Stellung ein, zu denen man sich bei photographischen Aufnahmen in Postur zu setzen pflegt.

Es ist jedenfalls ein Zeichen des verrohenen Geistes unserer Kolonialpolitik, daß man in einem für die Jugend bestimmten Werke ohne die geringsten Skrupel derartige photographische Aufnahmen veröffentlicht, Aufnahmen, die schon an sich das vernichtendste Zeugnis für die Verrohung der Kolonialpolitik ablegen. Bei uns in Deutschland ist man glückselig so weit gekommen, bei Hinrichtungen Karten nur in beschränkter Zahl an Zuschauer abzugeben, jedenfalls in der richtigen Erkenntnis, daß solche Exekutionen zur Gemütsverderbung des Zuschauers nicht beizutragen vermögen. Bei unseren Exekutionen in unseren Kolonien dagegen wird eifrig dafür Sorge getragen, daß der scheußliche Akt auf die photographische Platte gebannt und unzähligen Unbeteiligten durch Reproduktionen zugänglich gemacht wird! Und nun sogar der reiferen Jugend zur Einpausung des obligaten Kolonialenthusiasmus! —

Zum Witboi-Auffstand.

Die „National-Zeitung“ gibt der Meldung des Gouverneurs Zeitweil, daß Gen. Witboi offenbar aus religiösen Wahnsinn in den Aufstand eingetreten sei, eine eigenartige Deutung. Sie erklärt, daß die Bewegung der äthiopischen Kirche in Afrika durchaus keine einseitige religiöse Tendenz habe, vielmehr eine politische Tendenz. Der Aethiopiismus sei eine politische Doktrin in religiöser Verbrämung, die dem Bewusstsein der einzelnen Stämme angemessen, bald christlich, bald heidnisch sei. Diese Bewegung fordere Afrika für die Afrikaner, d. h. für die farbigen Ureinwohner des Kontinents, sie reizt diese zum Kampf für ihre angegriffenen Rechte gegen die weißen Eindringlinge auf, sie habe eine sehr weit verzweigte Organisation in Südafrika geschaffen. Die Agenten für diese Bewegung seien amerikanische Regier., auch die Fonds für die Agitation unter den Afrikanern stießen aus Mitteln, die in Amerika aufgebracht worden seien.

Wie fänden es zwar sehr begreiflich, wenn sich eine derartige Bewegung der Afrikaner gegen die weißen Eindringlinge in Afrika geltend machen würde, aber wir vermuten denn doch, daß eine derartige panafrikanische Bewegung nur in der Phantasie gewisser „Sachverständiger“ existiert. Die amerikanischen Regier. leiden so sehr unter der Unterdrückung ihrer weißen Mitbürger, sie stehen zum größten Teil auch auf einer derartig tiefen Kulturstufe, daß sie sich schwerlich für einen Befreiungskampf des schwarzen Kontinents gegen die weißen Eindringlinge zu begeistern vermögen. Es erscheint uns ausgeschlossen, daß die amerikanischen Regier. Interesse genug besitzen, um sich mit ihren Rassebrüdern in Südafrika in Verbindung zu setzen und eine groß angelegte Agitation unter denselben zu betreiben. Die angebliche äthiopische Agitation ist wohl nur ein Märchen, zu dem Zweck erfunden, um die Unterdrückung der Eingeborenen in den Kolonien rücksichtslos heranzuführen zu können.

Berlin, 12. November. An Typhus sind gestorben: Gefreiter Karl Schulz, geboren 4. 11. 1879, auf Transport Ojondou-Olandia; Reiter Friedrich Busmann, geboren 5. 3. 1881, am 6. 11. 1904 in Ojimbunde. Am 6. November im Gefecht bei Soothanas leicht verwundet: Reiter Otto Varr, geboren 7. 12. 1882.

Huoland.

England.

Parlamentarische Erbschaft.

London, 10. November. (Eig. Ber.) Für den verstorbenen konservativen Abgeordneten J. H. Johnsons findet am 11. d. Mts. eine Erbschaftswahl in Hordham (Sussex) statt. Bei den letzten Hauptwahlen hatte Johnsons seinen Gegenkandidaten. Jetzt kandidiert für die Konservativen Lord Tarnour, für die Liberalen Dr. Erskine. Der konservative Kandidat, der für Schutz Zoll eintritt, ist nur 21 Jahre alt.

Rußland.

Attentat auf einen Polizei-Obersten.

Petrkau, 12. November. (Meldung der russischen Telegraphen-Agentur.) Polizei-Oberst von Rebrlich wurde auf dem Bahnhof von Tschensischow durch eine unbekannte Person schwer verletzt.

Amerika.

Nach der Wahlschlacht.

Die Republikaner sind trunken von Glückseligkeit; einen so großen Sieg hatten sie nicht erwartet. „Sweeping the Country“ (Das ganze Land haben wir ausgefegt), die Philippinen- und Panamapolitik ist gebilligt, so frohlocken sie. Roosevelt hat über 10 000 Glückwunschtelegramme aus aller Herren Länder erhalten, auch der Papst sandte eine Gratulation. Graf Cassini, der russische Gesandte, sprach im Weißen Hause vor und gratulierte, was als sehr ungewöhnlich bezeichnet wird.

Durch die Wahlwetten haben viele Millionen von Dollars ihre Besitzer gewechselt. Auf den Staat New York wurde schwer zugunsten der Demokraten gewettet, aber der republikanische Kandidat wurde als Gouverneur gewählt. Man baute auf die Macht von Tammany Hall in New York, aber Tammany gewann die Stadt mit nur 44 000 Majorität, und außerhalb New Yorks lorn Roosevelt mit einem Plus von 240 000 Stimmen, er zog den republikanischen Gouverneur mit sich und weggelegt war Tammanys keine Majorität.

Die Wahlschlacht hat in ganzen Lande 12 Tote und viele Verwundete (bei Prügelleien) gekostet, aber man bezeichnet dies als im allgemeinen ruhig und wiederig verlaufen. In Colorado, wo es zu blutigen Kämpfen kam, ist der den Arbeitern der höchste Gouverneur Peabody dem demokratischen Kandidaten unterlegen. In Missouri ist der ehemalige Staatsanwalt Hall, der in St. Louis eine kolossale Korruption unter den Politikern aufdeckte und die Schuldigen vor Gericht brachte, als Staatsgouverneur gewählt worden.

Die Demokraten sind ergrimmt über ihre große Niederlage. Parker bekommt Gelfschritte, auch ohne ein toter Löwe zu sein. Der Millionär und Besitzer von sieben großen demokratischen Zeitungen, William Randolph Hearst, läßt in seiner Presse veröffentlichen, daß Parker verlor, weil die echten Demokraten des Landes sich weigerten, ihn als Demokraten anzuerkennen. Hearst meint, ebenso gut hätte J. B. Morgan, der große Trustgründer, Wahlfreden für die Demokratie halten können wie der verhaßte Grover Cleveland. Hearst ist ein schlauer Fuchs; er strebt danach, den ersten Platz in der demokratischen Partei einzunehmen und hält es mit der radikalen Seite; in seinen Zeitungen buhlt er um die Gunst der organisierten Arbeiter und rechnet auf ihre Mißfälle, um Präsident zu werden. Ueber Parkers Reinkallt er sich ins Häufchen, denn erstens wäre es ihm nicht besser ergangen, und zweitens kann er jetzt seine Notwendigkeit für die Partei beweisen. — Die Demokraten wollen es wieder mit einer „Reorganisation“ versuchen, wobei die Ansichten von Hearst und Bryan maßgebend sein werden.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 12. November. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet vom 10. d. aus Madras: Die Russen besaßen in der Nacht vom 9. d. das japanische Lager gegenüber dem Malakalshägel mit Melinitgranaten; dies war die dritte Nachtbeschießung im Laufe einer Woche. Die Japaner erwiderten das Feuer nicht. Es findet fast jede Nacht ein Austausch von Artilleriefeuer statt, wobei die Geschütze mehrfach die Stellungen wechseln. Die Japaner werden immer sparsamer mit ihrer Munition, als wenn sie eine große Schlacht erwarten; sie brachten schwere Geschütze bei der Station Schahopu in Stellung und haben auch die Station Schiatum, die nächste nördliche, in ihren Geschützbereich gebracht. Es wird gemeldet, daß die Russen den Wassertransport der Station Schahopu, der den Japanern als Beobachtungsstern diente, durch ihr Feuer zerstört hätten. Die Verteilung von Lebensmitteln und Kleidungsstücken, die ein Geschenk der Kaiserin sind, wurde von der russischen Armee seitlich begangen. Die Armee ist überhaupt in besserer Stimmung und macht einen guten einheitslichen Eindruck. Die Truppen speichern die von den Chinesen im Sich gelassene Ernte auf. Nur in der vordersten Feuerlinie werden aus strategischen Gründen Häuser zerstört. Das Wetter ist milde. Aus Schina erfährt man von der Lage Port Arthur und ist auf die Kapitulation der Festung vorbereitet. — Die Japaner sind im Osten offenbar nicht über die Stellung nördlich Saimattis vorgegangen; sie konzentrieren sich im Zentrum. Man hält die japanischen Verstärkungen für beträchtlich und erwartet einen japanischen Angriff. Die russische Armee hat drei rote Kreuz-Büge zur Verfügung.

Die russischen Kriegsinvaliden.

Die Moskauer Zeitung „Russ. Wjeb.“ bringt eine ergreifende Schilderung der traurigen Lage, in der sich die russischen Soldaten befinden, die als hilflose Krüppel vom

Kriegsschauplatz nach der Heimat zurückgeschickt werden. Viele von ihnen haben weder Rock noch Stiefel an, manche tragen nichts weiter auf ihrem Leibe als dünne Unterwäsche, die so zerfetzt ist, daß man den nackten Körper sieht. Ein Soldat, der bloß ein dünnes Hemd anhatte, mußte in dieser „Kleidung“ den langen Weg von Jekskel bis Tscheljabinsk — 4286 Werst — zurücklegen. Nicht besser ist es mit der Nahrung dieser Verlassenen bestellt; trockenes Brot und kaltes Wasser ist alles, was sie erreichen können und auch das nur in ungenügender Menge. Jeder Soldat bekommt nämlich von der fürsorgenden Behörde täglich 16 bis 21 Kopelen (33 bis 43 Pfennige) zur Befriedigung aller Bedürfnisse; das Pfund Brot kostet aber jetzt auf den Eisenbahnstationen Sibiriens 15 bis 20 Pfennige. Und nicht alle sind in der Lage, Brot zu sich zu nehmen, denn es sind doch zumeist schwerverrannte Menschen. Leute mit schweren Klimladen-Verletzungen können sich nur durch Flüssigkeiten ernähren, ein Glas Milch kostet aber 12 Kopelen. So kommen diese unglücklichen Männer, die für ihren Kaiser gekämpft haben — viele von ihnen tragen die Tapferkeitsmedaillen — schredlich abgezehrt in Russland an und müssen gänzlich zu Grunde gehen, wenn die private Wohlthätigkeit sich ihrer nicht annimmt; die Behörden haben kein Interesse mehr für sie; sie haben ihre Schuldigkeit getan und können jetzt untergehen. . . .

Partei-Nachrichten.

Des guten Bürger'sammer.

Zu der Magdeburger Stadtverordneten-Versammlung gab es am Donnerstag eine Sozialisierdebatte, deren Anlaß ebenso kennzeichnend ist wie der Knalleffekt komisch, in dem sie schließlich endete. Im März d. J. hatten unsere Parteigenossen im Kollegium darüber Beschlüsse gefaßt, daß die amtlichen Bekanntmachungen des Magistrats, die, wie beispielsweise Einladungen zu Wahlen, für die Arbeiter sehr wichtig sind, nur in bürgerlichen Blättern und nicht auch in der von Zehntausenden Arbeitern gelesebenen „Volkstimme“ veröffentlicht würden. Das führte schließlich zur Annahme eines Antrages unserer Genossen durch das Kollegium, solche Bekanntmachungen auch in der „Volkstimme“ zu veröffentlichen, die sie kostenlos aufnehmen wollte. Der Magistrat hat diesen Beschluß nicht ausgeführt. Er ist rechtlich dazu nicht gezwungen, er kann ihn ablehnen, aber feistam ist das Verhalten des Magistrats immerhin, da sein Vertreter damals selber darauf verwiesen hatte, daß ja das Kollegium einen entsprechenden Beschluß fassen könne, der Magistrat werde das dann erwägen.

In der letzten Sitzung fragten nun unsere Genossen an, wie sich denn der Magistrat zu diesem Beschlusse stelle, und da erklärte der Magistratsvertreter, daß sich diese Behörde mit dem Beschlusse vom 3. März überhaupt noch nicht beschäftigt habe!

Und darüber kam es nun zu der Sozialisierdebatte. Einer der bürgerlichen Stadtverordneten begann mit dem roten Lappen zu fuchteln; die feindselige Haltung der Sozialdemokratie gegen das Reich und die Monarchie verbiete es, die amtlichen Bekanntmachungen in sozialdemokratischen Blättern zu veröffentlichen. Der Oberbürgermeister schlug in dieselbe Kerbe, betief sich in vollen Brusttönen auf den Eid der Treue, den ein Beamter seinem König geleistet und dergleichen interessante Reden mehr, die zu der Sache pagten wie die Faust aufs Auge.

Unsere Genossen blieben die Antwort nicht schuldig. Sie erinnerten an die politische Vergangenheit des Bürgerturns, erinnerten an das Sozialistengesetz usw., benutzten überhaupt die gebotene Gelegenheit, den Herren gründlich die Wahrheit zu sagen. Die waren zwar über das, was sie zu hören bekamen und was sie doch nicht hindern konnten, da sie es selbst provoziert hatten. Das machte sich schließlich bei einem der Herren, dem Sanitätsrat Fischer, in dem tragikomischen Verzweiflungsgruß gegen einen unserer Genossen Luft:

„Es ist ein Skandal, daß man nicht die Macht hat, den an die Luft zu setzen!“

Der gute Sanitätsrat hat mit diesem Worte nicht nur seinem innersten Herzensempfinden Luft gemacht, er hat allen guten Spießbürgern aus der Seele gesprochen. Ja, es ist ein Skandal und ein Jammer, daß man sich die Sozialdemokraten gefallen lassen muß, die roh die heiligsten Geheimnisse bürgerlicher Claqueurwirtschaft ans Licht ziehen und vor dem längsten und dicksten Poppe keinen Respekt haben, sich liberal einmischen, wo das kleinste Rechtchen wahrzunehmen möglich ist, und dann einen frisch-fröhlichen Kampf beginnen gegen alles, was der brave Bürgermann als sein angekanntes Privilegium betrachtet. Wie gern würde man diese Kerle nicht bloß an die Luft setzen, sondern lieber gleich in die Luft sprengen. Wenn's nur so leicht ginge!

Die Sitzung endete schließlich in Tumult. Der Vorsteher mußte ansichtslos den Herrn Sanitätsrat zur Ordnung rufen, aber ein anderer erklärte unter allgemeiner Zustimmung, daß sie alle dieser Meinung seien. Der Vorsteher mußte die Sitzung unter allgemeinem Tumult einweisen schließen.

Kompromiß oder selbständiges Vorgehen?

Ueber den Beschluß der Stuttgarter Parteigenossen, diesmal bei der Bürgerauswahl selbständig vorzugehen, erhält die „Leipziger Volkszeitung“ eine Zuschrift aus Stuttgart, die am Schlusse die Folgen der Kompromißpolitik und den Wert des selbständigen Vorgehens recht treffend kennzeichnet. Es heißt da:

„Der nächste Erfolg des gestrigen Beschlusses wird sein, daß die Volkspartei versucht wird, mit den Nationalliberalen, Konservativen und Ultramontanen, die im vorigen Jahre zusammengingen, anzuhäufeln, und daß es dann zu einem Kartell sämtlicher bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie kommen wird, dem wir voraussichtlich nicht gewachsen sind, so daß der eine Sozialdemokrat, der sich jetzt zur Wahl stellen muß, sein Mandat verlieren dürfte.“

Diesem Verlust steht aber ein nicht zu unterschätzender Gewinn gegenüber. Unsere Gemeindevertreter haben sich teilweise bisher durch den Umstand, daß sie durch einen Kompromiß mit der Volkspartei gewählt waren, in ihrem Verhalten gegenüber dem Verbündeten von der Wahl beeinflussen lassen. Man vermißt es mitunter, mit der Schärfe, welche der Sache angemessen gewesen wäre, gegen gewisse Praktiken der vorkompromittierten Gemeindevertreter aller bürgerlichen Parteien aufzutreten. Und diese Bewegungsfreiheit bei der Agitation wird uns so reichlich Früchte tragen, daß wir in absehbarer Zeit damit rechnen können, auch bei der Kommunalwahl dem gemeinsamen Aufsturm aller bürgerlichen Parteien gewachsen zu sein.“

Das sollten auch die Mainzer Genossen recht sehr beherzigen.

Gemeindevahlen.

Bei der Stadtverordnetenwahl in dem kürzlich nach Kottbus eingemeindeten Arbeiterdortle Sandow kam es zur Stichwahl

zwischen unserem Genossen Will und einem Mischmasch-Kandidaten. Will hat 132, der Gegner hat 128 Stimmen, vier Stimmen zerstückelten. Eine Stimme mehr hätte unserem Genossen sofort den Sieg gebracht, der umsonst zu wünschen wäre, weil damit der erste Sozialdemokrat in das Rathhaus käme, wo der vom Wohnungsgesetz in Frankfurt a. M. bekannte, die „Masseherrschafft“ verabscheuende Oberbürgermeister Werner residiert. Öffentlich treten die Arbeiter bei der Stichwahl besser an.

Aus der Pfalz liegen folgende Wahlnachrichten vor:
In Neigenheim wurden bei der Gemeinderatswahl fünf Sozialdemokraten gewählt; bisher gehörten nur zwei Genossen dem Gemeinderat an. — In Eisenberg, wo bisher die alleingewählten Bürger dominierten, haben die Arbeiter glänzend gesiegt und fünf Genossen zu Gemeinderäten gewählt. — In Jaelheim wurden zwei Genossen gewählt. Dieser war unsere Partei im Gemeinderat vertreten. — In Frankenthal wurden drei Genossen gewählt. — In Kaiserlautern verloren unsere Genossen durch das Zusammengehen der Gegner ihre vier Mandate.

Der Königsberger Hochverratsprozeß beginnt soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts zu erscheinen. Das erste Heft dieses auf 1 Lieferungen a 20 Pf. berechneten Werkes liegt bereits vor. Der Prozeß ist mit Einleitung und Erläuterungen von Kurt Eisner herausgegeben. Der Herausgeber hat sich nicht beschränkt auf die Wiedergabe der bekannten Gerichtsverhandlung, sondern er schildert in historischer Folge die ganze Entwicklung, die diese neue Epoche des Russenlutes genommen hat. Das Studium der Akten hat reiches Material zutage gefördert, das die amtlichen Ingenieurakten in einem neuen Licht erscheinen läßt und zeigt, welche Zustände der Rechtsunsicherheit sich unter dem Deckmantel eines geheimen Vorverfahrens entwickeln dürfen. Der Bericht selbst gibt die Verhandlungen des Prozesses in seinem vollen Umfange authentisch wieder; auch ist das gesamte im Prozeß vorgebrachte Material an russischen revolutionären Flugchriften abgedruckt. Das Buch enthält außerdem eine größere Anzahl Illustrationen: russische Kriegs- und Siegesbilder, an Ort und Stelle aufgenommene Photographien vom Schauplatz des Schiffschmuggels. Auch der Kronzeuge des Prozesses, der russische Vorkapitel Karol Schlippernick, erscheint umfassen seiner heimathlichen Umgebung. Besellungen nimmt jede Parteibuchhandlung und jeder Kolporteur entgegen. Illustrierte Prospekte mit Bestellliste liefert der Verlag gratis.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

— Zweimal dreihundert Mark Geldstrafe wurden in den letzten Tagen über Parteireklamanten verhängt. Genosse Erdmann von der „Rheinischen Zeitung“ in Köln wurde zu 300 M. verurteilt, weil er die Verhaftung eines Streikpostens rechtsmäßig genannt hatte und Genosse Thienst von der „Volkstimme“ in Bremerhaven erhielt dieselbe Strafe, weil er die Häftigung eines Knaben durch einen Lehrer und das Nichteingreifen eines Schullehrers gegen Unternehmern gerügt hatte, die Arbeitsunfälle an der Abreise hindern wollten.

Aus Industrie und Handel.

Zum Schiffsahrtskampf. Anscheinend wird zwischen den am Ratenkampfe beteiligten Linien ein letzter Versuch zur Beilegung der Streitigkeiten unternommen. Tatsächlich hat zwar, wie wir schon vor einigen Tagen ausführten, die Cunard-Linie über die Hamburg-Amerika-Linie gesiegt; aber auch hier muß daran liegen, daß der Friede hergestellt wird. Die Unterhandlungen finden in den nächsten Tagen hier in Berlin statt. Eingetroffen dazu sind: Generaldirektor Wallin von der Hamburg-Amerika-Linie, Generaldirektor Dr. Wiegand, Direktor v. Helmholz, sowie Herr Geo. Plate von Norddeutschen Lloyd und zwei Herren von der Holland-Amerika-Linie und von der Red-Star-Linie. Zu ihnen gesellen sich aus dem gemerikanischen Lager Generaldirektor Rutanda und Direktor Frankfurter von der ungarischen Adria und last not least Lord Inverchide und Direktor Morehouse von der Cunard-Linie.

Die rumänische Petroleumindustrie gewinnt stetig an Bedeutung. Wie dem „Börsen-Courier“ aus Bukarest gemeldet wird, herrscht zurzeit eine starke Nachfrage nach Petroleumerzeugnissen. Deutsche, französische und englische Ingenieure durchstreifen die Distrikte Brahova, Buzen, Dambowitsa und Bacau. Die Fernreisen gehen beträchtlich in die Höhe. Die Vorkräftigkeit ist bei allen Gesellschaften eine außerst rege, und die Vergrößerung der bereits bestehenden Raffinerien sowie die Anlage neuer Fabriken hält mit der zu erwartenden großen Steigerung der Kohölproduktion gleichen Schritt. Einer vom Innenministerium des Domänenministeriums ausgearbeiteten Statistik zu Folge, hat sich die Petroleumproduktion Rumaniens im Jahre 1902/03 auf 332 342 514 Kilogramm und im Jahre 1903/04 auf 409 801 014 Kilogramm belaufen. Die Produktion des laufenden Jahres wird jedoch zweifelsohne um ein sehr Bedeutendes höher ausfallen. Auf die Distrikte, in denen Petroleum gewonnen wird, verteilte sich die Produktion wie folgt:

	1902/03	1903/04
	Kilogramm	Kilogramm
Brahova	287 917 590	370 198 187
Dambowitsa	23 411 215	27 714 209
Buzen	3 840 170	5 828 778
Bacau	6 164 539	6 280 240

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wiesbaden, 12. November. (W. Z. B.) Die heute vormittag stattgehabte Landtags- Erbschaft hatte folgendes Resultat: Kommerzienrat Warting (nat.) erhielt 250 Stimmen, Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) 123 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Franszösische Deputiertenkammer.

Paris, 12. November. (W. Z. B.) Die Beratung des englisch-französischen Uebereinkommens wird wieder aufgenommen. Sarcoy und Riottiau (heides Republikaner) besprechen das Abkommen mit Neufundland, welches den Fischfang Frankreichs auf Neufundland zugrunde richtet. Deschanel (Republikaner) spricht seine Freude aus über das Abkommen mit England, welches durch die Lage in Europa notwendig geworden sei. Eine Tagesordnung Archedeaon, welche vorschlägt, das Uebereinkommen zu vertragen, wird von Delcassé abgelehnt und darauf mit 435 gegen 90 Stimmen verworfen. Eine Tagesordnung Dubert, welche die Erklärungen Delcassés über das englisch-französische Abkommen billigt, wird sodann mit 436 gegen 94 Stimmen gebilligt.

Das Haus geht sodann über zur Besprechung des Abkommens betreffend Neufundland. Riottiau bekräftigt einen Antrag, wonach das französisch-englische Abkommen prinzipiell gebilligt und die Regierung ersucht wird, die Verhandlungen betr. Neufundland fortzusetzen. Delcassé verzichtet diesen Antrag, der, wie er sagt, mit einer Ablehnung des Abkommens gleichbedeutend sein würde. Der Antrag wird hierauf mit 385 gegen 174 Stimmen abgelehnt. In einem Antrag Cochis-Etienne-Deschanel, worin es heißt, die Kammer verleihe sich darauf, daß der Minister des Auswärtigen Ergänzungsverhandlungen eröffnen werde, bemerkt Minister Delcassé, die Kammer möge bedenken, daß das Abkommen etwas in sich Abgeschlossenes ist, was ja die Möglichkeit nicht ausschließt, es zu verbessern. Zaurès bittet die Kammer, diesem Antrage nicht zuzustimmen, da er die Tragweite des Abkommens abschwächen würde. Das Haus spricht sich zunächst mit 206 gegen 231 Stimmen gegen die Priorität des Antrags Cochis aus, kommt dann aber auf denselben zurück, da Delcassé sich mit demselben einverstanden erklärt, weil die Annahme des Uebereinkommens nicht die Möglichkeit neuer Abmachungen ausschließt. Die Kammer nimmt darauf den Antrag mit 457 gegen 5 Stimmen an; der einzige Artikel des Uebereinkommens betreffend Neufundland und West- und Mittelafrika wird mit 443 gegen 105 Stimmen angenommen. Die Vorlage, wonach das Uebereinkommen mit Siam gebilligt wird, wird debattelos genehmigt und die Sitzung darauf geschlossen.

Militarismus und Demokratie.

Auf unsere Ausführungen in Nr. 205 des „Vorwärts“ erwidert Genosse Kautsky wie folgt:

Demokratie und Spizelei.

Wenn ich zu diesem Thema nochmals das Wort ergreife, geschieht es nicht, um den Versuch zu machen mich mit der Redaktion des „Vorwärts“ zu verständigen. Unsere Standpunkte gegenüber den französischen Dingen sind leider zu sehr verschieden, als daß ein solcher Versuch aussichtsreich wäre. Ich erwidere auch nicht, um den Eindruck des letzten Artikels des „Vorwärts“ zu verwischen; die Redaktion wird immer das letzte Wort behalten, ich darf aber so viel Selbstständigkeit bei den Genossen voraussetzen, daß sie umfänglich die Gründe beider Seiten prüfen und nicht durch diejenigen Argumente sich bestimmen lassen, die sie zuletzt gehört.

Aber ich möchte einige Punkte klarstellen, die der Mehrzahl der deutschen Genossen vielleicht nicht genauer bekannt sind.

Der „Vorwärts“ hat nicht, wie ich behaupte, die Spizelei abgelehnt; Jaurès hat die Praktiken des Hauptmanns Molin gemißbilligt. Das ist richtig und auch nicht richtig, wie man nimmt. Er hat sie mißbilligt, aber auch gerechtfertigt.

Im Anfang der Affäre, als der Kriegsminister André erklärte, er habe nichts von den Spizeleien gewußt, als die Ansicht bestand, durch die Opferung Molins das Ministerium zu retten, da mißbilligte Jaurès die Praktiken des Hauptmanns. Als sich aber herausstellte, daß André gelogen, daß er diese Praktiken gelobt und an ihnen Teil genommen, da entdeckte plötzlich Jaurès, sie seien durchaus nicht unanständig. In der „Humanität“ vom 1. November führte er aus, Molin habe allerdings dadurch gefehlt, daß er die Wichtigkeit seiner Rolle übertrieb, aber, fuhr er fort: „Molin seines Offiziersgrades zu entkleiden, wäre eine bedauerliche und unkluge Konzeption an die Panik, an den Schwund, der einen Augenblick lang die Kammer zu verwirren schien. Denn er hatte nichts Unehrenhaftes begangen, er hatte im Gegenteil seine Pflicht erfüllt, indem er dem Kriegsminister half, Erundigungen einzuziehen und so mit größerer Sicherheit in dem notwendigen Werk der republikanischen Wiederherstellung und Befestigung fortzufahren.“

Eine sonderbare Art, die Praktiken des Hauptmanns Molin zu mißbilligen! Man stellt, der „Vorwärts“ hat alle Ursache, meiner Darstellung vorzumerken, daß sie „das Verständnis der französischen Zustände unendlich erschwere“.

Den Widerspruch, in dem Jaurès sich bewegt, macht der „Vorwärts“ getreulich nach. Aber wenn jener einige Tage Zeit brauchte, um von der Mißbilligung zur Rechtfertigung zu kommen, so macht das der „Vorwärts“ viel länger ab. In demselben Artikel entwirrt er sich in der ersten Spalte über mich, weil ich ihm Rechtfertigung der politischen Spizelei vortraf, um in der zweiten Spalte dieselbe Spizelei mit einem Hinweis auf die französischen Verhältnisse zu rechtfertigen. Zuerst die Negation der Spizelei, dann die Negation der Negation. Auch eine Dialektik, aber keine marxistische.

Damit bin ich natürlich glänzend gefolgt.

Nur ein Trost bleibt mir in der Niederlage. Der „Vorwärts“ hatte erklärt, an sich seien Führungszettel, in denen Vermerkung über die politische Zuverlässigkeit der Offiziere niedergelegt seien, berechtigt. Ich hatte dem gegenüber die Erwartung ausgesprochen, daß auch nicht ein Parteigenosse diesen Satz unterschreiben werde, und das wird mir früher, als ich erwartet, vom „Vorwärts“ selbst bestätigt, da auch er selbst diesen Satz nun nicht mehr unterschreibt. In seiner Erwiderung erklärt er freilich, er halte seinen Satz über die Führungszettel aufrecht, aber dieser Satz hat plötzlich eine ganz andere Fassung erhalten. Es werden die Führungszettel nicht mehr an sich, sondern nur noch „unter Umständen, wie sie in Frankreich bestehen“, als berechtigt hingestellt. Das ist aber etwas ganz anderes. Ich hätte nie die Kühnheit gehabt, zu erwarten, kein einziger Parteigenosse werde die Führungszettel unter den besonderen Umständen Frankreichs für berechtigt halten, denn ich weiß leider nur zu gut, daß es eine ganze Reihe von Parteigenossen gibt, die Frankreich für ein Land halten, in dem alle Dinge so sehr auf den Kopf stehen, daß auch der Sozialismus sich dort nur dann behaupten könne, wenn er seine eigenen Grundsätze ebenfalls auf den Kopf stelle.

Welches sind aber diese „besonderen Umstände“, die in Frankreich die politische Spionage zu einer sozialistischen Regierungseinrichtung machen sollen? Sie sollen in der „Dinterlist“ der dortigen „Zeitung des Volkes“ bestehen, denen gegenüber meine „ethischen Anwandlungen“ ein „politisches Verbrechen“ seien.

In der Tat, hätte ich nur „ethische Anwandlungen“ vorgebracht, so besäße nicht sonst so ethischer „Vorwärts“ ein Recht, zu erklären, daß damit nichts bewiesen sei. Aber ich hatte die politische Spionage

vernunft mit dem Hinweis darauf, daß sie unnütz, ja schädlich sei. Ich hätte gezeigt, daß sie nicht imstande sei, den Charakter des Offizierskorps zu ändern und seine Gefährlichkeit für die Republik zu beschränken, so lange seine Privilegien bestehen bleiben, daß nur das Militärsystem helfen kann. Ist die Gefährlichkeit also unnütz, so wird ihre Anerkennung aber direkt gefährlich für uns, da sie sich schließlich immer wieder gegen uns richten wird, als der Klasse, welche jede Klassenherrschaft bedroht. Wir schmieden damit Waffen, die, mögen sie augenblicklich angewendet werden, wie sie wollen, schließlich sicher gegen uns gerichtet werden. Eine weiterführende Politik, die nicht von der Hand in den Mund lebt, darf auch unter den „besonderen Umständen Frankreichs“ nicht die politische Spizelei als legitime Waffe anerkennen.

Ueber alles das schweigt der „Vorwärts“.

Wer hat nicht Jaurès und mit ihm der „Vorwärts“ anerkannt, daß die Armee nicht so bleiben darf, wie sie ist; rühmen uns nicht beide das große Kulturwerk der „Demokratisierung der Armee“, das André begonnen?

„Kautsky überflieht“, entgegen der „Vorwärts“, daß die französische Heeresreform, so unzureichend sie für die Sozialdemokratie zunächst ist, den Anfang bedeutet einer Aufhebung des Klassencharakters des Offizierskorps und des Gegensatzes zwischen Armee und Volk. Bisher ist die Armee eine Macht gegen die bürgerliche Gewalt und gegen das Volk, aber die geplanten Reformen bedeuten den ersten Schritt — nicht mehr, aber auch nicht weniger —, die Armee unter die Zivilgewalt zu beugen. Bisher bildete der Generalstab eine Neben- und Ueberregierung, bereit zu Staatsstreich und chauvinistischen Abenteuer, jetzt soll er der Regierung untergeordnet werden. Diese doch nicht zu unterschätzende Frage steht in Frankreich zur Entscheidung.

In der Tat ein gewaltiges Werk. Wäre es nicht ein politisches Verbrechen, es durch „ethische Anwandlungen“ zu hindern?

Sicher, wenn es wirklich in Frage stünde. Aber leider handelt es sich um alle diese schönen Dinge bloß in der äppigen Phantasie unserer Genossen vom „Vorwärts“.

Man sehe sich seinen Artikel nur an; mühsam sucht er alle die geplanten und auch nicht geplanten „Heeresreformen“ zusammen, und was hat er uns zu zeigen? Jaurès Vorschlag — nicht Forderung oder Regierungsplan — die Gewährung von Freistellen in der Militärschule zu St. Cyr besser zu regeln und die Einberufung der Offiziere an den Offiziersstufen aufzuheben. Dann noch die Vereinigung der Militärschulen mit den Universitäten, von der er selbst sagt, daß die „republikanische Majorität“ sie ablehnt. Das ist alles. Die Beseitigung der Kriegsgerichte erscheint ihm selbst hoffnungslos!

Und das nennt unser Zentralorgan die ersten Schritte, die die Armee unter die Zivilgewalt zu beugen, den Generalstab zu unterwerfen, wo doch an dem Wesen und der Macht des Offizierskorps nichts geändert wird.

Aber ist da nicht noch eine gewaltige Heeresreform zu nennen, die dem „Vorwärts“ besonders imponiert? In der Tat: Die Ergänzung eines Teiles der Offiziere aus den Unteroffizieren. Schon steht der „Vorwärts“ „eine große Anzahl der Vorgesetzten“ aus den „unteren Volksklassen stammen“, ein Hindernis, die Armee gegen „Väter und Mütter“ zu kommandieren.

Das Aufsteigen von Unteroffizieren in die Offiziersklasse ist indes keine Neuerung in der französischen Armee, sie besteht seit der französischen Revolution, es handelt sich hier also um kein neues Prinzip, sondern nur darum, ein paar Unteroffiziere mehr als bisher zu Offizieren zu machen. Das ist alles. Und darüber soll die Armee demokratisiert werden? Durch den bloßen Wechsel von ein paar Personen soll der Geist der Institution in sein Gegenteil verkehrt werden? Aber der Proletariat, der Offizier wird, hört auf, Proletariat zu sein und unterscheidet sich von seinen Kollegen oft nur noch dadurch, daß er Fortwärt ist, alle ihre Eigenheiten nachahmt und besonders hervorzutreten sucht.

Schulze-Dellich träumte ja auch von einer Sozialisierung des Kapitalismus durch Aufnahme einiger Proletarier in die Kapitalistenklasse. Diese Utopie wurde von der Sozialdemokratie mit Hohnlächeln aufgenommen. Nun aber will unser Zentralorgan die Armee demokratisieren durch Aufnahme einiger Unteroffiziere ins Offizierskorps. Das soll der erste Schritt sein, den Generalstab unter die Zivilgewalt zu beugen, Staatsstreich unmöglich zu machen! In Wirklichkeit zählte keine Armee mehr gewesene Proletarier im Offizierskorps, als die Napoleons I., wo sie bis zur Marschallswürde aufstiegen, während der Offizier gewordenen Troupier heute meist als Leutnant den Rest seiner Tage beschleht; aber keine Armee hat leichter Staatsstreich gemacht und mehr die Zivilgewalt unter sich gebogen, als die des ersten Napoleon.

Die Institutionen muß man ändern, will man den Militarismus beugen, nicht einzelne Personen wechseln. Aber

an die Institutionen wagt das heutige Regime in Frankreich nicht zu rühren, es wagt nicht, dem Militarismus zu Leibe zu gehen, und weil es eine durchgreifende Reform weder will noch mag, den bestehenden Zustand aber unentzählich findet, mißt sich mit elendem Hülswerk ab, das es durch den hochtrabenden Namen „Demokratisierung der Armee“ auszuwaten sucht.

Aber nicht einmal in der Erneuerung des Personals wagt man dort einzugreifen, wo sie einigermaßen Erfolg versprache und als „erster Schritt“ zur Unterwerfung der Armee und ihres Generalstabs unter die Zivilgewalt betrachtet werden könnte: im Generalstab selbst. Das beweist erst jetzt wieder der Prozeß Dautriche, der einen neuen Sieg des Generalstabs darstellt.

Freilich, dessen Ueberlegenheit über die Zivilgewalt war schon damals entschieden, als diese am Ende der Dreihundert Jahre vor ihm zusammenbrach und ihm für seine Verbrechen Strafflosigkeit zusicherte. Sie hat gerade Menge genug, literale Leutnants geheim bespielen zu lassen und ihnen die Beförderung zu verlagern, wenn sie Verächtern geheiratet haben; aber sie wagt nicht, offen die überwiesenen Verbrechen des Generalstabs zur Verantwortung zu ziehen, sondern überläßt ihnen noch die höchsten Kommandostellen.

Alles das überflieht unser Zentralorgan, es sieht nur die geplanten winzigen Reformen, übertrifft ihre Bedeutung und kommt so dazu, uns die beginnende Demokratisierung der Armee anzupreisen, wo tatsächlich die Kapitulation der Zivilgewalt — den ministeriellen Sozialismus inbegriffen — vor dem Militarismus vorliegt. Die Spizelei ist nur ein Produkt der Schwäche, die dem Gegner hinterläßt einige Kadefische zu versehen sucht, dem sie von vorn nicht entgegenzutreten wagt.

Wenn ich von der Reformtätigkeit des Kabinetts Combes sprach, habe ich auch ganz andere Reformen im Auge gehabt, als seine „Armeereformen“.

Der „Vorwärts“ wird wieder meinen, diese Kritik sei „ungerecht und erbittert“, sie erschwere durch „maßlose Verzögerungen“ das Verständnis der französischen Zustände. Auch die sozialistischen Sozialdemokraten, und zwar nicht nur die ministeriellen, haben diese Vorgänge anders empfunden, als Kautsky!

Eben erst erscheint die erste Nummer von „La Vie Socialiste“, herausgegeben von Mitgliedern der Parti Socialiste Français (sogenannte Jaurèsisten), aber zum Teil nicht auf das Ministerium Combes eingeschworen. Da finden wir auch einen Artikel von Emil Duré über die parlamentarische Situation. Er lobte ganz die Wiedergabe, ich muß wegen Raumangel darauf verzichten, wie auf vieles andere, was noch zu sagen wäre, aber einige Zitate daraus werden zeigen, wie französische Sozialisten, die Jaurès nicht feindselig gegenüberstehen, „diese Vorgänge empfunden haben“. Es heißt da:

Wir anderen Sozialisten müssen gegen das Regime der gemeinsamen Führungslisten (notes) protestieren, möge es in der Armee, in der Universität, oder der ganzen Verwaltung sein. Unterwerfen treiben. Ehemals, unter dem „Großen Ministerium“ Gambetta, hatte Waldeck-Rousseau den Präfeuten den Auftrag gegeben, die Freunde der Regierung zu begünstigen. Die radikale Presse hatte eine heftige Polemik dagegen geführt. Man muß aber zugeben, daß heute die Dinge viel schlimmer liegen.

Wenn man sie einschuldigen will mit dem Recht der Wiederberufung, den alten Praktiken des Generalstabs, so mag das hingehen; sie preisen, verrät eine bedenkliche zärrische Besinnung. Uebrigens, werden die Offiziere, deren literale Besinnung man jetzt unterschätzen hat, nicht eines Tages um so rascher abancieren? Welch beunruhigende Unsicherheit herrscht nicht heute im Kriegsministerium, wo man einen Kameraden verdächtigt, weil seine Frau zur Waise geht, und ein hohes Kommando Herrn Beslin de Bourgoigne gibt, der den Landesverrat der Emigranten pries! Man würde sich dahin, daß niemand Offizier werden kann, der nicht Soldat gewesen, und die Junken werden schon etwas weniger zahlreich in der Armee werden. Man entwickelt nicht den demokratischen Geist, wenn man die nationalstischen Methoden eines entwürdigenden Spiegeltums anwendet, durch die nur Intriganten begünstigt und alle ehrlichen Naturen abgestoßen werden; man muß die Institutionen anpacken, will man wirklich nützlich wirken.

Man sieht, mein „politisches Verbrechen“, „ethischer Anwandlungen“ wird auch unter den Umständen, wie sie in Frankreich bestehen, von dortigen Sozialisten begangen — wenn sie nicht vom Ministerialismus hypnotisiert sind. Auch der „Vorwärts“ würde anders empfinden und urteilen, wäre er nicht für die „besonderen Umstände Frankreichs“ gar zu ministerialistisch.

Das Ministerium Combes war in Gefahr, das erklärt seine wie Jaurès Haltung; es war gefährdet nicht durch die Spizeleien seiner Gegner, sondern durch die eigenen Spizeleien, durch die Verachtung, die alle anständigen Menschen gegen die politische Spionage empfinden, eine Verachtung, welche die Waffe der Regierungsbegünstiger selbst teilen. Das Ministerium war verloren, wenn sich nicht ein

Vom Kulturwert der deutschen Schule.

Die Stimmen gegen die heutige Staatschule mehren sich auch im bürgerlichen Lager. Wir haben kürzlich die Schulreform des Jenerer Professors Klein einer Kritik unterzogen; heute möchten wir auf eine andere Broschüre über „den Kulturwert der deutschen Schule“ aufmerksam machen, die kürzlich bei E. Dieberich in Leipzig herauskam. Sie scheint uns in gleicher Weise beachtenswert.

Auch ihr Verfasser ist ein evangelischer Theologe, der bisherige Pfarrer und Ortschulinspektor Bonus in Großmudrow. Wir haben uns schon vor Jahren einmal mit ihm beschäftigt, als er als einer der ersten unter den Theologen, allerdings im Interesse der Religion, deren Beseitigung aus der Schule verlangte. Heute gehen seine Forderungen gegen und seine Kritiken an der Schule ganz erheblich weiter. In seine vorliegende Broschüre wirkt als eine sehr wichtige und umfassende, wenn auch etwas schwerfällige und gescheute Anlage gegen das heutige Schulsystem. Er läßt eigentlich nichts Gutes an ihm und spricht ihm jedenfalls allen Kulturwert ab.

Der Mann geht dabei von einem bisher sehr wenig beachteten Punkte aus. Er ist, was einem Theologen allerdings sehr nahe liegt, ein robuster Verteidiger dessen, was man die Phantasie im Menschen nennt. Er hält sie nicht nur für den wertvollsten Teil im Menschen, sondern auch für dessen alles entscheidenden. Was in ihr Tätigkeitsgebiet fällt, also Religion, Kunst, literar-ästhetisches Schaffen und Nachschaffen, ist schlechterdings Hauptsache, alles andere, auch das Verstandesmäßige und vor allem das Technische, mehr oder weniger Nebensache. Aber dieser durchaus einseitige und deshalb fehlerhafte Standpunkt war in diesem Falle von Vorteil. Er schärft dem Manne das Auge, um das heutige Schulsystem einer sehr selbständigen Betrachtung zu unterziehen. Dabei greift er vor allem das klassische Prinzip unserer höheren Schulen, die herrschende Unterrichtsmethode in den unteren Schulen sowie den Mißbrauch der Schule durch den Staat zum Zweck der Züchtung „gutgesinnter“ Bürger auf die schärfste an und glaubt, indem er die Wirkung dieser drei Faktoren aufzeigt, den Niedergang unseres deutschen Schulwesens erklärt zu haben. Uns will scheinen, daß es noch sehr viel andere Gründe dafür in Betracht zu ziehen gibt, vor allem diejenigen, die in unserer gesamten privatschulischen bestimmten Gesellschaftsordnung liegen. Doch kommt es weniger auf die erschöpfende Darlegung aller dieser Gründe, als auf die Tatsache an, daß hier ein Wissender jenen Niedergang überhaupt und rückhaltlos konstatieren muß, mit einem Beweismaterial, das so auch in unserer Presse bisher noch nicht vorgelegt worden ist. Man höre folgende Absätze & B. über die heutige Unterrichtsmethode:

„Nachdem der Lehrer sich mit den einzelnen . . . Kindern vertraut gemacht, stellt er nun auf sokratische Methode einmal fest, was an Erfahrungen in der Natur auf die Beschichte oder das Lied, das behandelt werden soll, das Kind bereits hat. Von da aus geht es vorbereitend auf die innere und äußere Situation des Lehrstüdes hin; möglichst alles in Frage und Antwort, damit in jedem Augenblick der Lehrer Herr aller Gedanken bleibt und alle Gedanken, die schweifen wollen, immer wieder abfangen und zurückleiten kann.“

Die so vorbereitete Stimmung soll nun nach der Meinung der Pädagogen die interessiertere Erwartung sein, geradezu eine Art Hunger und „Verzweiflung der Unwissenheit“, und wir zweifeln nicht, daß es, wenn auch nicht Schüler, so doch Lehrer gibt, welche eheilig glauben, daß sie mit dieser Methode dem Schüler nichts aufzupumpen, sondern seinen „Hunger“ geweckt haben. Nun folgt das Gedicht und dann — die eigentliche Arbeit.

Wieder muß nun der Schüler ganz von selbst und ohne jeden Zwang in Selbsttätigkeit alles das „herausfinden“, was der Lehrer an guten Lehren allerlei Art in dem Gedichte gefunden hat, „und wenn wir zu einem Resultat gelangt sind, dann folgt einer von den besseren Schülern das Ganze zusammen, und nun wird es in dieser Form eingepflegt“. Zuguterletzt kommt dann noch eine Zusammenstellung und Verknüpfung der auf diese Weise aus den einzelnen Lehrstücken frei gefundenen und dann eingepflegten Resultate zu einem zusammenfassenden „Sätzen“.

Wer nun, da immerfort betont wird, daß alles frei gefunden und ohne jeden Zwang in Selbsttätigkeit erarbeitet ist, doch noch Zwang sieht, dem ist eben nicht zu helfen. Das ist vielmehr gerade das Große an dieser modernen Pädagogik, daß es hier mit freiem Finden doch schließlich zu festen Resultaten und gar zu ganzen Systemen kommt!

Oder eine andere Charakteristik dieser Pädagogik:

„Die Peitsche und Zügelmethode des Körperlichen und geistigen Anstrens von hinten und der Verachtungen von vorne, — dieser Schrauben- und Jangengeist, der darin seinen Stolz setzt, Dinge aus den Schülern herauszufragen, die nie in ihnen waren, und sich deshalb genötigt sieht, die Antworten in die Fragen zu versetzen und sich und anderen etwas vorzumachen, — dieser „Anschauungsunterricht“, der alle Anschauung durch Begriffe ertötet und unter Begriffen ertötet, — diese Religionslehren, in deren Gemisch „sokratischer“ Luft kein Geheimnis mehr atmen kann, in denen alles Höchste und Beste platt gefragt und nicht mehr auf Hoffnung gesetzt wird; denn es muß alles „verstanden“ sein, und das von zwölfjährigen Kindern! — dieser Naturwissenschaftsunterricht, in dem die Kinder gewaltsam von der Natur entfremdet werden, — diese altklassische Lektüre, in der die Klassiker als Beispielsammlungen zur Grammatik verhandelt werden, — dieses „Deutsch“, in dem

ein armes Gedicht solange erklärt wird, bis poetische Anschauung und künstlerische Empfindung zum Teufel sind, und die öde, graue Schulqual aus ihm herauszutrifft wie aus allem, was die Schule bisher angefaßt hat; dieser umgekehrte König Midas, unter dessen Fingern alles Gold zu Staub wird.“

Eine Schilderung vom Gymnasium:

„Diese Zeit, in der Menschen, die aus eigenem Antriebe nie im Leben zwei Seiten Midas lesen würden, zwei Jahre lang Midas stümpern, weil — ja weil sie das Recht erheben müssen, auf irgend eine Weise, die mit der Midas nichts zu tun hat, ihr Brot zu verdienen! —

diese Zeit, in der das Lügen gelernt und täglich und reichlich geübt wird vom Ultimus bis zum Primus! diese Zeit, in der unter dem Tische der fingerfertige Betrug herumkriecht, während über den Tisch hin die gewöhnlichen Worte fließen: Odi profanum vulgus et arceo: ich hasse das gemeine Volk und halte es mir vom Leibe — jenes Volk nämlich, das nur aus Not betriegt, statt aus patriotischem Idealismus! Si fractus illabatur orbis, impavidum ferient ruinae: wenn der Erdrkreis schwankt und zerbricht, so werden die Trümmer einen Unerschrockenen — Herze, do hätte der Lehrer ihn beinahe ertappt! — Integer vitae scelerisque purus: wohl dem, der frei von Schuld und Fehle —

diese Zeit, in der achtzehn- bis zwanzigjährige Männer dumme Jungen heißen und sich und für ebrös und rechtlos gelten und mit aufeinandergebissenen Zähnen alles über sich ergehen lassen: nur noch ein bißchen Geduld, nur noch ein bißchen weiter heucheln! bald wird kommen der Tag und die Freiheit! —

diese Zeit, aus deren Foller und Qual und sittlicher und seelischer Not der, welcher sie erlebt hat, seine nächtlichen Angstträume nährt! —

Ja, wir sind ein geduldiges Volk. Wir sind das Volk des praktischen Idealismus.“

Der Staat aber fördert diese ganze Methode, für die er durch seine Faktionen den Lehrstoff passend vertheilt:

„Die neue Pädagogik läßt kein Plätzen, kein Hälchen für eigene Gedanken und Gefühle frei. Ihr ganzer Unterricht verläuft gerade in einem fortwährenden Zurückholen und Einstampfen der freien Gedanken und Gefühle.“

Und dazu kommt nun, daß der Staat all diesem methodischen Zwang mit der roheren Gewalt der Gesehe erst die Möglichkeit gibt, sich auszuwirken. . . Und so kommen denn Bezirkschulinspektoren und Schulrat in regelmäßigen Abständen, um das Wachsen der guten Besinnung abzuhören, und von Rechts wegen soll der Ortschulinspektor diese große Beobachtungsstelle ins Wachen-liche und Tägliche hineinver tiefen. Wenn dieses System sich programmäßig auswirken könnte, so müßte ein halbes Jahrhundert später das Volk wie eine einzige Armee von „Gutgesinnten“ dastehen, von Krivöllern, die zur Wahl marschieren ins Gardegeschicht, um den Mann ihrer

Parlamentarier fand, der die Mäßigkeit hatte, mit aller Leidenschaft, die einer großen Sache würdig ist, die unreinlichen Praktiken in ihr Gegenteil umzuwenden. Das hat Jaurès geleistet. Er hat dadurch das Kabinett Combes gerettet, aber den Sozialismus kompromittiert. Und das ist es, was ich ihm und dem „Vorwärts“, der seine Argumentation annahm, verweise. Nicht seine Abstimmung — auch die revolutionären Sozialisten stimmten für das Ministerium und ich hätte es auch getan — sondern die Begründung seiner Abstimmung.

Mögl. daß das Ministerium nur durch diese Begründung zu retten war. Dann aber wäre sein Fall das kleinere Übel für uns gewesen. Denn die Verbekraftung des Sozialismus und seine Reinheit, das heißt unsere eigene Kraft, steht uns höher, als die Existenz eines Ministeriums, das doch nur eine bürgerliche Kraft darstellt.

S. Kautsky.

Genosse Kautsky erklärt den Versuch, sich mit uns zu verständigen, für aussichtslos. Das liegt aber nicht an uns. Was war Kautsky so oft Lehrer, daß wir ohne Ueberwindung anerkennen würden, wenn er uns eines Irrtums überführt. Aber — das ist das Bedauerliche — in dieser französischen Angelegenheit hat sich Kautsky die Scheuflappe so breit und so hoch vor die Augen gesetzt, daß er die Tatsachen nicht richtig zu erkennen vermag.

Kautsky appelliert an die Genossen, daß sie sich durch die zuletzt gehörten Worte nicht bestimmen lassen. Dieser Appell an das Selbstverständliche zeigt nur das sehr berechtigte Mißtrauen, das diesmal Kautsky selbst in die Wirkung seiner Darlegungen setzt. Wir könnten auf die nochmalige Replik vollständig verzichten, da unsere Auffassung in nichts widerlegt ist, wenn nicht Kautsky einige neue, den klaren Tatbestand verwirrende Irrtümer hinzugefügt hätte. Wir wollen so bündig als möglich diese Irrtümer feststellen.

1. In blindem Eifer scheut sich Kautsky nicht, seinem Parteigenossen Jaurès die niedrigste Charakterlosigkeit zu unterstellen, ohne die geringste Berechtigung. Er behauptet, der Kriegsminister André habe gelogen und Jaurès habe, als die Lüge aufgedeckt war, plötzlich die Haltung gewechselt und die zuvor mißbilligten unanständigen Praktiken der Spizelei nunmehr verherrlicht. Diese durchaus den Rationalisten nachgesprochenen Behauptungen sind gänzlich unrichtig. Der Pariser Korrespondent des „Vorwärts“, der auch für Kautsky nicht im Verdacht ministerialistischer Neigungen oder der Beschönigung von Jaurès' Charakterlosigkeit steht, hat nichts dergleichen berichtet, sondern das, was Kautsky den Beschäftigten in der Haltung Jaurès nennt, lediglich als die von Jaurès angeregte Taktik der Gegenoffensive, die vom ministeriellen Lager befolgt wurde, bezeichnet. (Siehe „Vorwärts“ Nr. 283.) In der Sitzung vom 28. Oktober wurde bekannt, daß der Hauptmann Rollin sich fortwährend an die Freimaurerloge gewandt hatte, um dort Auskünfte über Offiziere, ihre Gesinnungen und ihr privates Leben einzuholen. Diese verwerfliche Methode der Einholung solcher Mitteilungen kannte der Kriegsminister nicht. Er mißbilligte sie, Jaurès mißbilligte sie und die Regierung nahm eine Tagesordnung an, durch welche sie genehmigt wurde; Rollin wurde seines Postens im Ministerium entkleidet und zur Armee zurückgeschickt. Aber die Rationalisten und ihre Verbündeten wollten die berechtigte Empörung über die von Rollin betriebene Methode weiter ausnützen, um die Regierung zu stützen. Sie haben dabei auch in der Presse die Behauptung aufgestellt, der Kriegsminister habe die Unwahrheit gesagt, er habe den verwerflichen Verkehr mit der Loge veranlaßt oder gekannt. Hierfür ist jedoch von den Vertretern der Reaktion in der Deputiertenkammer nicht der geringste Beweis geführt worden. Von einem Wechsel der Haltung Jaurès infolge der Aufdeckung einer Lüge des Kriegsministers kann daher in keiner Weise geredet werden. Gegenüber dem siegesgewissen Ansturm der Reaktion forderte Jaurès die Unterscheidung zwischen den gemißbilligten Handlungen jenes Hauptmanns und den berechtigten Mitteln der Kontrolle. Auf Grund dieser Unterscheidung ergreift er die Offensive, ohne welche auch die Reformen, welche selbst Kautsky dem jetzigen Ministerium nicht aberkennt, verloren gewesen wären.

2. Unsere Neuerungen zur Spizelei verteidigt Kautsky also: Erst hätten wir die Spizelei gemißbilligt, um sie dann sogleich zu rechtfertigen; aber während wir das Verwerfliche früher „an sich“ gerechtfertigt hätten, wollten wir nun selbst diesen Satz nicht mehr unterschreiben und die Spizelei nur noch „unter Umständen, wie sie in Frankreich bestehen“, gelten lassen. Es ist keine geringe Exegese, die Kautsky hier vollbringt. Will denn Kautsky durchaus nicht verstehen, was gesagt ist? Es fiel uns natürlich niemals ein, die Spizelei, die wir gelobt, dann mit den besonderen französischen Umständen zu entschuldigen. Spizelei bedeutet alle Machenschaften der Ausbeutung und Bestimmungstriebe durch geheime Angebote. Dies Verfahren haben wir verurteilt, und zwar für jeden Fall. Was wir billigten, ist ein Verfahren, das mit Spizelei nichts gemein hat, nämlich die Annahme von Mitteilungen seitens der Präfekten und privater Personen über unberechtigte Zurücksetzungen von republikanisch gesinnten Offizieren durch die der Republik feindlichen Vorgesetzten. Solche Mitteilungen aufzunehmen, zu prüfen und, wenn Unrecht

geschah, Abhilfe zu treffen, — dies haben wir, so wenig wir es prinzipiell und für einen sozialdemokratischen Zustand der Dinge vertreten, als erlaubt und bei den Frankreich erfüllenden Kämpfen um die Armee als notwendig bezeichnet.

Dieselbe Ansicht ist von Jaurès vertreten worden. Es ist wahrlich ein tolles Stück, daß Kautsky gleichwohl noch immer davon reden kann, wir wollten „die politische Spionage zur sozialistischen Regierungseinrichtung“ machen, Jaurès habe „die unreinlichen Praktiken in ihr Gegenteil“ umgedreht und „den Sozialismus kompromittiert“. Kautsky erhebt hier ähnlich unberechtigte Anklagen, die unsere schlimmsten Gegner gegen die Gewerkschaften erheben, die man des Terrorismus beschuldigt, weil die organisierten Arbeiter nach Möglichkeit darauf dringen, daß ihre Arbeitskollegen der Organisation beitreten.

3. Zu der Frage der Armee reform bringt Kautsky kein neues Moment. Er wiederholt nur in allerlei Wendungen, wir hätten diese Reformen übermäßig gepriesen, wir ließen ihnen höchsttönende Namen usw. Man mag meinen, wir hätten in unserem ersten Artikel, der unter dem frischen Eindruck der überaus erregten Parlamentsdebatte und im Vergleich zu den Rückständigkeits der deutschen Heereszustände geschrieben wurde, einen Ton zu hoch gegriffen, — wir sind nicht die Rechtshaber, uns um Formalien zu streiten. Aber in der Sache haben wir ausdrücklich erklärt, daß vom Standpunkt der Sozialdemokratie diese Reformen durchaus unzureichend seien. Der Unterschied zwischen unserer Auffassung und der Kautsky's beruht nur darauf, daß er überhaupt keine klare Einschätzung derselben zu Stande bringt. Wir erkennen in diesen Reformen, so gering sie sein mögen, die Möglichkeit zur inneren Umgestaltung der Armee aus einer bolschevistischen und staatsfeindlichen Sondermacht in ein Instrument der Zivilgewalt, deren Zusammenlegung in Frankreich lediglich vom Volkswillen abhängt. Kautsky aber redet bald von winzigen Reformchen, bald verschwindet auch das winzige und das Verhalten der bürgerlichen Linken bedeutet ihm schließlich die Unterwerfung der Zivilgewalt unter den Militarismus. Dies sind Uebertreibungen und Widersprüche, die sich selbst richten. Wer sich Kautsky anvertraut, bleibt über die französischen Vorgänge völlig im Dunkeln. Nach ihm handelt es sich nur darum, daß einige Offiziere aus den Industrie- und Handelskreisen, obgleich diese Kreise keine militärischen Neigungen haben sollen, in die Armee Zutritt begehren, daß einige Unteroffiziere aus dem Volke Offiziere werden dürfen, die dann als Gardemus erst recht militaristisch sein werden. Wenn es so läge, so würden die bis zum körperlichen Angriff auf den Minister gestiegenen Wutanfälle der Reaktionsparteien vollständig unbegreiflich erscheinen. Nach Kautsky finden erregte Kämpfe statt, ohne daß überhaupt ein Kampfobjekt vorhanden wäre.

In Kautsky's Darlegungen kapituliert der gesunde Verstand vor der Befürchtung, es lömte durch nachdrückliches Eintreten aus für Reformen minderen Grades die sozialistische Idee geschmälert werden. Wir aber haben stärkeres Vertrauen in die sozialistische Idee und glauben allerdings, die französische Arbeiterklasse vermag, wenn die ersten Schritte getan sind, zu weiteren Schritten zu treiben.

So sehr wir entfernt sind, die Armee-Reform in Frankreich zu überschätzen, so sehr müssen wir die Beurteilung Kautsky's darüber zurückweisen.

Die Forderung der Beseitigung der Kriegsgerichte zunächst ist von den eigentlichen Regierungsparteien, den Radikalen, auf ihrem letzten Kongress in Toulouse erhoben worden, ein Verhalten, von dem bei uns die freisinnige Volkspartei weit entfernt ist.

Kautsky spricht von der „Aufnahme einiger Unteroffiziere in das Offizierskorps“, und er sagt, das sei auch bisher schon geschehen. Wie steht es damit in Wahrheit? Bisher kannte die französische Armee zwei Arten Offiziere: die aus der Schule von St. Cyr (zu vergleichen den deutschen Kadettenanstalten) und der polytechnischen Schule hervorgehenden, die als Leutnants in die Armee eintreten und bisher den Charakter der Armee als Hort der nationalitätsfeindlichen Reaktion bestimmten. Die zweite Klasse umfaßt diejenigen, welche als gewöhnliche Soldaten eintreten und nach Ableistung ihrer Dienstzeit und Erneuerung zum Unteroffizier auf besondere Ausbildungsschulen gehen, von wo aus sie als Offiziere eingereiht werden. Jetzt sind nach dem dem Senat vorgelegten Wehgesetz zwei Neuerungen beabsichtigt: Einmal sollen die Adjutants (Feldwebel), die im ganzen zehn Jahre vorwurfsfrei gedient haben, ohne weiteren Schulbesuch zu Offizieren befördert werden, und zwar soll jährlich ein Zehntel aller zu Befördernden aus dieser Kategorie hervorgehen; auch soll die Klasse der Adjutants die zu Befördernden selbst bezeichnen. Sodann ist die Bestimmung, deren endgültige Annahme allerdings noch zweifelhaft ist, vorgelesen, daß auch alle diejenigen, welche die Schule von St. Cyr oder die polytechnischen Schulen besuchen wollen, um Offizier zu werden, zuvor die allgemeine Dienstzeit von zwei Jahren in der Armee ableisten sollen.

Völlig übergeht Kautsky die Abschaffung des einjährig-freiwilligen-Privilegs. Es ist zweifelhaft, daß viele Mißstände im Heer sich vermindern müssen, wenn auch die Söhne der besitzenden Klasse der völlig gleichen Behandlung unterliegen wie

alle anderen. Welch eine Enttäuschung würde die deutsche Bourgeoisie mitamt ihrer „äußersten Linken“ ergreifen, wenn bei uns dieselbe Forderung durchgesetzt werden sollte! Im „Tag“ würdigte vor kurzem Generalmajor Stein diese Maßnahme wie folgt:

„... Andererseits bedeutet die zweijährige Dienstzeit in Frankreich die denkbar schärfste, rücksichtsloseste Durchföhrung des Grundgedahes der allgemeinen Wehrpflicht, wie sie kein anderes Land kennt. Jeder Franzose muß zukünftig gleichzeitig zwei Jahre unter den Fahnen stehen. ... Man sieht, daß das neue französische Wehgesetz nicht nur theoretisch, sondern auch tatsächlich den Grundgedah gleicher persönlicher Wehrpflicht ohne jede Einschränkung zur Geltung bringt. Daß damit auch eine bemerkenswerte soziale Gleichstellung herbeigeföhrt wird, was den Wehrenden angeht, liegt auf der Hand. In Zukunft ist wirklich jeder Franzose auch in dieser Beziehung gleich vor dem Gesetze. ... Der Widerstand gegen die zweijährige Dienstzeit ging deshalb auch zum größten Teil von den privilegierten Klassen einschließlich der Aristokraten aus.“

Wenn alle jungen Leute zwei Jahre dienen müssen, so dürfte allerdings die Bewegung für die weitere allgemeine Wehrlöhrung der Dienstzeit, nach Friedrich Engels dem eigentlichen Weg zur sozialistischen Revolution, auch aus den Kreisen Unterstützung finden, die bisher die längste Dienstzeit als gut genug für das gewöhnliche Volk ansahen.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß in Frankreich auch für die Kavallerie der zweijährige Dienst zur Einführung gelangt.

Man mag solche Maßnahmen sehr gering einschätzen, und sie bedeuten, wie sich versteht, auch entfernt nicht die von uns angestrebte Aufhebung der stehenden Heere, aber sie dürften sich doch neben manchen Forderungen sehen lassen, die wir deutsche Sozialdemokraten im Reichstage zum Heeresetat in zunächst aussichtslosen Resolutionen erheben!

Das Beispiel des eingestellten Prozesses gegen die fälschenden Offiziere des Generalstabes, das Kautsky anführt, zeigt im Besonderen die Verfehltheit seines Urteils. Kautsky erhebt den Vorwurf, daß die Zivilgewalt nicht einmal wags, gegen die Generale vorzugehen, — derselbe Kautsky, welcher der Zivilgewalt die elementaren Mittel des Vorgehens vorenthält! Woher die Einstellung des Prozesses: dieselben Generale, die vor wenigen Monaten die Angehuldigten schwer belästeten, haben gerade in dem Augenblick, da der Kriegsminister zu stürzen schien, umgewandelt und günstiges Zeugnis abgelegt, auf Grund dessen die Einstellung der Anklagen nicht zu vermeiden war. Sie fürchteten die Rache einer neuen Regierung. Das sind abscheuliche Zustände in einer Armee, aber es sind die Zustände des kritischen Ueberganges. Sie zeigen, daß ein wirklicher Kampf um die Armee geführt wird, und welche Schwierigkeiten der bürgerlichen Gewalt im Wege stehen, ihn zu föhren. Aber Kautsky sieht in diesem Kampfe nichts als ein wenig Konkurrenzstreit zwischen Personen, an dem das Proletariat kein Interesse habe.

5. Kautsky erklärt, er habe, als er von den Reformen, die die Regierung wolle, sprach, nicht an die Armee reformen gedacht, sondern an andere Reformen. Es ist interessant zu erfahren, daß Genosse Kautsky jetzt andere Reformen der bürgerlichen Regierung erheblich würdigt. Die revolutionären Sozialdemokraten, die jetzt für das Ministerium und den Kriegsminister stimmten, haben oft gegen dasselbe gestimmt, weil jene anderen Reformen, beispielsweise die sozialpolitischen, ihnen ungenügend und verfehlt erschienen.

6. Schließlich beharrt Kautsky bei dem Ratsschlage, daß für eine bürgerliche Regierung gestimmt werden solle, die jedoch als eine Regierung der größten Schuftigkeiten entlarvt sei. Kautsky verseye sich in die parlamentarische Wirklichkeit, um die Unmöglichkeit dieses Verfahrens zu erkennen. Der sozialdemokratische Redner erklärt: Ihr seid der Korruption sondergleichen überführt, Ihr seid Lügner, aber — wir stimmen für Euch. Einer solchen Regierung gegenüber, wie sie Kautsky kennzeichnet, könnte die Frage des kleineren Übels überhaupt nicht in Betracht kommen. Gerade da Kautsky die Haltung der bürgerlichen Radikalen gegenüber der Spizelei für vorzuziehlich hält, so hätte er diese Regierung zu Fall bringen müssen, um aus denselben Parteien eine Regierung von reinen Persönlichkeiten zustande zu bringen.

Tatsächlich aber haben die französischen Sozialdemokraten, und zwar die antiministeriellen, nicht das Unmögliche vollbracht, was Kautsky ihnen zumutet. Sie haben für die Regierung nicht um der „anderen Reformen“ willen gestimmt, sondern sie haben sich ausdrücklich für die „Mittel der regelmäßigen Kontrolle“ zum Schutze der Republikaner in der Armee erklärt. Diese entscheidende Tatsache muß allerdings Kautsky beharrlich übersehen, wenn er nicht den Irrtum seiner ganzen Stellungnahme in dieser Frage zugeben will!

Gewerkschaftliches.

Der Schriftföhrer.

Wir haben jetzt die Zeit der Generalversammlungen, in denen die Gewerkschaften resp. die Einzelzweige die Wahl ihrer Vorstände vornehmen. In die Personenanfragen bei diesen hat sich natürlich eine Tageszeitung noch weniger einzumischen als dies etwa ein Podorgan tun dürfte, und doch stehen die Redaktionen beider Blätter mit einem der Vorstandsmitglieder, mit dem Schriftföhrer, in andauerndem Konner.

So mancher, der unter dem Beifall seiner Berufsgenossen schon berechtigte oder nicht berechtigte Beschwerden über die Redaktionsföhrgung seines Partei- oder Gewerkschaftsorgans vortrug, hat in dem Augenblick wohl nicht überlegt, ob nicht vielleicht auch der Redakteur mindestens ebenso berechtigten Anlaß zur Klage hat.

Da wird geklagt über Streichungen. Vielfach handelt es sich ja dabei nur um eine Meinungsdivergenz über die Notwendigkeit und den Wert dieser oder jener Mitteilung; darin kann auch der Redakteur irren. Es kommt aber vor, daß derselbe ganze Satz wegen der Unfähigkeit der Schriftföhrer streichen muß, der sich so unklar ausdrückt, daß der Unsin — und sei das dahinter Verborgene noch so wichtig — unmöglich ins Blatt gelangen durfte. Geht auf diese Weise etwas verloren, dann trifft die Schuld den Schriftföhrer oder richtiger die Mitglieder der Organisation, welche einen Unfähigen auf diesen Posten stellten.

Nicht anders steht es vielfach bei Klagen darüber, daß der Bericht verspätet Aufnahme fand und ihm erst nachher eingelaufene Vorgezogen wurden. Der überlastete Redakteur speibet natürlich als Futter für die Druckerei zunächst die druckreifen Berichte nach dem Seherjaal. Erst in einer stillen Stunde nimmt er sich die vor, die ihm wegen Stil und Orthographie einer besonderen Durcharbeituna bedürftig erscheinen. Hinterher klagt womöglich der Schriftföhrer, der sein Amt wegen mangelnder Fähigkeit lieber einem anderen überlassen sollte, über die durch ihn selbst verursachte späte Aufnahme.

Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“, der uns zu diesem Thema angeregt hat, schreibt über die Frage: „Schon bei der Wahl wird wenig Rücksicht auf diesen Posten genommen. Der Mann braucht ja bloß niederzuschreiben, was in der Versammlung vorgekommen und das ist doch keine Kunst! Da die Mitglieder von der Arbeit eines Schriftföhres eine rein mechanische Vorföhrgungsweise haben, ist es ganz nebensächlich, wer mit diesem Amte betraut wird. Auf diese Weise werden Kollegen zu Schriftföhren gewählt, denen jede Vorbildung dafür mangelt. Sie haben kein Augenmaß für das Wichtige und Unrichtige in ihren Berichten,

dividualität, Begabung, Gesinnung des Lehrers und erst recht des Schülers losgelöst ist, kann diesem ihrem Wesen nach lediglich technisches Können überliefern. Sie soll sich damit begnügen. In erster Linie also — und das könnte für die Volksschule überhaupt genügen (1) — Rechnen, Lesen, Schreiben, dazu Turnen und Handfertigkeitsunterricht, und wenn es durchaus sein muß, Vortragsbildung, d. h. logisch deutliches Sprechen. Auf den höheren Schulen fremde Sprachen. Sollen aber müssen aber Stoffe der Vaterlandskunde, Religion, Kunst geboten werden, so — jeder Gesinnungsunterricht dabei vermeiden und im höchsten Falle ein freier Vortrag zugelassen werden. Wird er nicht verstanden, um so besser bleibt einzelnes, das die Phantasie beschäftigt, gut!

Wer aber das Gesinnungsbilden und Seele reichen nicht lassen kann, der sei verflucht.“

Von diesen Vorschlägen können die ersten zwei passieren; sie sind selbstverständlich. Dagegen fordert der vierte schärfsten Protest heraus. Denn er löst tatsächlich auf eine Einschränkung des Schulunterrichts, freilich nicht bloß der Volks-, sondern aller Schulen hinaus, und kommt damit den Wünschen unserer ärgsten Volkseinde, der Agrarier, weit entgegen, denen die dämmlichen Arbeiter bekanntlich die liebsten sind. Dennoch muß man sich hüten, diesen Vorrat hier mit jenen Agrariern zu identifizieren. Seine Motive sind deutlich ganz andere als die jener. Während diese die Volksmassen mächtig zu lebendigen Maschinen entleeren wollen, will er gerade diesen Entleerungs- und Schablonisierungsprozeß, den er sich in unserem heutigen Schulbetrieb an unseren Kindern vollziehen sieht, verhindern. Doch aber der Mann dafür kein anderes Mittel als die Jurisdiktion des Schulunterrichts auf ein sehr früheres Stadium schiebt, das ist das Charakteristische, das allgemeinere Bedeutung als Symptom hat. Es ist der Bankrott, das Eingeständnis der Unfähigkeit, die Schule aus den heutigen verfahrenen Zuständen endgültig und vollständig zu befreien. Es ist nur eine neue Form der Stellung, die viele der bürgerlichen Gesellschaft dem bestehenden Schulproblem gegenüber einnehmen. Entweder nach konservativ-nationalliberal-ultramontanem Rezept: Rückkehr der Schule an ihre Stiefmutter, die Kirche! Oder nach nationalsozial-freisinnigen Vorschlägen: Verstaatlichung der Schule und damit Auslieferung derselben an ihren Stiefvater, den Klassenstaat! Oder endlich die Wiederkehr dieses Postors und seiner Gesinnungsgenossen: Aneignung der Schule an Haupt und Gliedern!

Für uns Sozialdemokraten aber ist diese Proföhre nur ein neuer Beweis für unsere Pflicht, ein Schulprogramm zu schaffen, das Hörner und Zähne hat, das ein leuchtender Mittelpunkt wird, auf dem allein die Schule der Gegenwart sich hin entwickeln muß, wenn sie nicht noch weiter von dem bishigen Kulturwert einbüßen will, über das sie noch verfügt.

Schulgesinnung zu wählen und sich nach der Wahl vor Freude und Harmonie in den Armen zu liegen. Und es wäre dann auf dem Wege der völligen Freiheit erreicht, was man früher mit dem bösen Zwang der Inquisition und des Scheiterhaufens nicht zu erreichen vermochte, die absolut einheitliche und gute Gesinnung. Man brennt dann nicht mehr das Unpassende aus, sondern man freiet sich das „Volk“ von vornherein in die gewünschte Form. . . .

Endlich noch ein abschließendes und zusammenfassendes Urteil über diese Pädagogik:

„Wenn so erst die gesamte Mechanik des Willens- und sonstigen Geisteslebens bloßgelegt ist, so wird man damit an die Sebel alles menschlichen Geschehens gekommen sein. Wenn es in früheren Zeiten vom Genius hieß, er habe auf der Seele seines Volkes gespielt wie auf einer Harfe, so wird man auf die zweifelhafte und unberechenbare Kraft des Genius dann nicht mehr zu warten brauchen, sondern die Seele des Volkes liegt da wie das Geißel- und Pflanzel der Lokomotive, und sobald königliches Ministerium Restrikt erläßt, so werden die bestimmten Schrauben angezogen oder gelöst, und wir fahren mit Wissenschaft und Dampf unter Ausdehnung aller dämpfenden Institute und unberechenbaren Veranlagungen in die sonnenerhellte Zukunft, in den Himmel auf Erden.“

Und damit genug der Zitate. Mögen Nachseute ihren Inhalt auf Nichtigkeit in einzelnen nachprüfen. Mögen sie dabei immerhin Uebertreibungen aufdecken. Das steht jedenfalls fest: hat der Mann mit den Angriffen und Anklagen in seiner Proföhre auch nur zur Hälfte recht, so bedeutet auch das schon den Bankrott des gesamten heutigen Schulwesens in bezug auf kulturelle Leistungen. Auch die deutsche Schule ist mit hineingezogen in die Delabence, die unsere bürgerliche Gesellschaft charakterisiert. Denn sie schafft das Gegenteil dessen, was sie schaffen soll: nicht Individualitäten, sondern Uniformitäten, nicht Persönlichkeiten, sondern Schablonenmenschen.

An den Schluß seiner Proföhre setzt der Vorrat auch ein Kapitel: Von der Rettung. Man könnte nach seinen vorangegangenen kräftigen und tapferen Ausführungen erwarten, daß er in diesem Schlußkapitel eine Art Schulprogramm entwickeln würde. Seine ganze Kritik drängt darauf hin. Aber hier versagt auch er. Nur vier einzelne, allerdings wieder sehr eigenartige Vorschläge macht er. Sie lauten:

1. Die Einsicht in das Wesen der herrschenden Pädagogik und in unseren toten Kulturzustand verbreiten.

2. Mit den, wie wir glauben, vielen und jedenfalls tüchtigsten Lehrern zusammengehen, die unter dem jetzigen System des geistigen Drills leiden.

3. In unseren Kindern die Energie der Notwehr stärken, selbst wenn man sie Faulheit nennen sollte.

4. Die Schule als Massenunterrichtsanstalt unter Staatszwang mit uniformen Lehrplänen, deren Inhalt also von Ju-

ganz abgesehen davon, daß sie ihrer Aufgabe als Interbreiten des geistigen Lebens eines Ortsvereins in keinem Falle gerecht werden. Fast allen Berichten merkt man an, daß sie in der Eile geschrieben sind, und daß der Verfasser bei ihrer Fertigstellung kaum einigens Interesse an den Tag gelegt haben kann. Oft mag man sich auch zu Hause mit den Streichungen der Redaktion hinarbeiten, selbst dann, wenn solche gar nicht vorgenommen worden sind. Und immer und immer wieder sieht man auf die Tatsache, daß der Bericht für den betreffenden Ort und diejenigen Mitglieder geschrieben ist, die zu faul sind, eine Versammlung zu besuchen. Dazu braucht man keine Berichterstattung."

Wir schließen uns dem völlig an. Der Bericht soll dazu dienen, den fernstehenden Lesern oder den Berufsangehörigen anderer Orte ein großzügiges Bild der Bewegung zu geben und eine geistige Verbindung der Einzelvereine herzustellen, nicht aber das Protokoll zu ersetzen. Deswegen gehört zu einem guten Schriftführer auch, daß er nicht nur technisch seiner Aufgabe gewachsen ist, sondern auch den weiten Blick besitzt, der ihn befähigt, Wesentliches und Unwesentliches von einander zu scheiden.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Tischler.

Es ist wohl noch nie wegen so geringfügiger Forderungen ein langwieriger Kampf herausgebrochen worden, wie gegenwärtig in der Berliner Holzindustrie. Die Unternehmer haben diesen Kampf vom Jahre gebrochen. Daß sie es sind, die den Krieg begonnen haben, das gibt die „Nachzeitung“ ohne Umschweife zu. Die Unternehmer, welche die Forderung des Kampfes unternommen haben, suchen auch jetzt noch, wie sie es von Anfang an taten, ihre Gefolgschaft glauben zu machen, daß es sich um Sein oder Nichtsein der gesamten Berliner Möbelindustrie handle. Um dem von den Unternehmern angefangenen Kampfe einen Schein von Berechtigung zu geben, behauptet die „Nachzeitung“, die Arbeitgeber hätten den Kampf beginnen müssen, weil von den Arbeitern Forderungen erhoben und aufrecht erhalten wurden, deren Erfüllung notwendigerweise zum Niedergang und zum Ruin des ganzen Gewerbes führen müßten.

Diese unwahre Behauptung steht in jeder Nummer der „Nachzeitung“ und in jeder Versammlung der Unternehmer wieder, und deshalb sind wir gezwungen, immer von neuem wieder darauf hinzuweisen, daß diese Behauptung, mit der die führenden Unternehmer für ihre Pläne Stimmung machen wollen, in lächerlichem Widerspruch mit der Wahrheit steht. Wir wiederholen also, was wir schon so oft sagten: Die Arbeiter fordern nichts anderes als die Sicherung ihres Durchschnittslohnes bei neuen Arbeiten, die in Accord angefertigt werden. Andere Forderungen sind nicht erhoben worden. Und diese einzige, getreu berechnete Forderung ist auch nur für einen Teil der Möbelwerkstätten erhoben worden, nämlich für die Betriebe, welche in kurzen Zwischenräumen neue Muster anfertigen lassen, deren Accordpreis nicht von vornherein festgesetzt werden kann.

Ist das nun eine Forderung, deren Erfüllung — wie die „Nachzeitung“ schreibt — „notwendig zum Niedergang und zum Ruin des ganzen Gewerbes führen muß“?

Die Antwort auf diese Frage gibt uns die „Nachzeitung“ selbst. Wenige Zeilen nach der gefestigten Behauptung vom Ruin des Gewerbes schreibt die „Nachzeitung“, „daß sich hinter dem harmlosen Aussperrungsbild der Forderung auf Lohnsicherung bei neuen Mustern weit mehr verbirgt“.

Die „Nachzeitung“ gibt also zu, daß die Forderung auf Lohnsicherung bei neuen Mustern harmlos ist. Sie nennt diese harmlose Forderung aber ein Aussperrungsbild, hinter dem sich in Wirklichkeit weit mehr verbirgt. Was für fürchterliche Dinge sich eigentlich hinter dem „harmlosen Aussperrungsbild“ verbergen, danach sucht man vergebens in der „Nachzeitung“. Ebenfalls führt das Blatt den Nachweis, daß die Arbeiter ihre Forderung nur als Aussperrungsbild für andere Zwecke benutzen. Das Blatt kann natürlich einen solchen Nachweis nicht führen, weil es sich auf Seite der Arbeiter um nichts anderes handelt und nie um etwas anderes gehandelt hat, als daß sie ihren Lohn auch dann erhalten, wenn der Accordpreis eines neuen Modells so niedrig angelegt war, daß ein fleißiger Arbeiter seinen Lohn nicht dabei verdienen konnte.

An dieser Tatsache können alle Verdunkelungsversuche der führenden Arbeitgeber und ihrer Organe nichts ändern.

Im Zusammenhang mit diesen Darlegungen verdient eine Ausführung hervorgehoben zu werden, die Glode als Bevollmächtigter des Holzarbeiterverbandes am Donnerstag in der Vertrauensmännerversammlung machte.

Die Tischlermeister in Görlitz haben nämlich, wie die „Nachzeitung“ mitteilt, einen Vertrag mit den Arbeitern geschlossen, der folgenden Passus enthält:

„Neue Arbeiten werden im Verhältnis der bereits bestehenden Accorde festgesetzt. Arbeiten, welche mit vorhandenen, bereits veraccordierten Sachen nicht zu vergleichen sind, werden auf Lohn gemacht, sofern eine Verständigung über den Accordpreis nicht erzielt werden kann.“

Die „Nachzeitung“ bemerkt hierzu: Dieser Passus, derselbe der in dem Betriebe des Herrn Kummel in Berlin auf Grund einer Vereinbarung seit etwa einem Jahre besteht, sei von den Berliner Tischlergesellen abgelehnt worden und das sei der Grund der Aussperrung.

Glode bezeichnet diese Behauptung als unrichtig. Er sagte, die Kummelsche Vereinbarung sei gar nicht Gegenstand der Verhandlungen, welche vor der Aussperrung mit den Vertretern der Arbeitgeber stattfanden, gewesen. Es könne also gar keine Rede davon sein, daß die Arbeiter diesen Passus abgelehnt hätten. Er, Glode, habe sogar im Laufe der Verhandlungen bemerkt, daß eine Verständigung auf Grund der Kummelschen Vereinbarung möglich sei, vorausgesetzt, daß diese Vereinbarung von den Arbeitgebern ohne Winkelzüge angewandt werde, was im Kummelschen Betriebe leider nicht der Fall sei. — Als dann, nachdem die Aussperrung bereits begonnen hatte, eine Unterredung stattfand zwischen dem Obermeister Rahard und dem Verbandsvorsitzenden Mohr-Stuttgart, Glode und anderen Verbandsvorstehern, da habe Herr Rahard gesagt: Jetzt könne nicht mehr auf Grund der Forderung einer Lohngarantie von 90 Proz. (dem derzeitigen Angebot der Unternehmer), sondern nur auf der Grundlage der Kummelschen Vereinbarung verhandelt werden. Wieder habe sich Glode unter der obigen Voraussetzung damit einverstanden erklärt. Herr Rahard habe am zweiten Tage nach dieser Unterredung Herrn Mohr wegen weiterer Verhandlungen an Herrn Plathen gewiesen, dieser habe aber Herrn Mohr auf telephonische Anfrage geantwortet: Wenn die Berliner Verwaltung nicht die Ermächtigung der Vertrauensmännerversammlung habe, endgültig Vereinbarungen mit ihnen treffen zu können, wäre alles Verhandeln zwecklos.

Die Verhandlungen sind also durch den Vertreter der Arbeitgeber abgebrochen worden, und der bereits begonnene Kampf nahm seinen Fortgang.

Man sieht hieraus, mit welchen Mitteln die „Nachzeitung“ operiert, um bei ihren Lesern Stimmung zu machen für den von den Führern der Unternehmer vom Jahre gebrochenen Kampf. Man sieht aber auch, daß die Vertreter der Arbeiter, so lange die Verhandlungen fortwähren, jederzeit zu einer billigen Verständigung mit den Arbeitgebern bereit waren. Obgleich der jetzige Kampf den Arbeitern noch keinen Schaden zugefügt hat, glauben wir doch annehmen zu können, daß sie auch jetzt noch bereit sind, sich auf einer annehmbaren Grundlage mit den Unternehmern zu verständigen. Wenn aber die Führer der Unternehmer, wie es den Anschein hat, die unbedeutende und selbstverständliche Forderung nur als Aussperrungsbild für den Vermögenskampf gegen den Holzarbeiterverband benutzen wollen, dann freilich gibt es keinen Frieden, ehe dieser

Kampf nicht zugunsten der einen oder anderen Seite entschieden ist. Ueber Forderungen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen betreffen, lassen die Arbeiter jederzeit mit sich reden. Dagegen weichen sie keinen Schritt zurück, wenn der Gegner die Organisation der Arbeiter zur Einflußlosigkeit und Bedeutungslosigkeit herabdrücken will. Wenn dies das Ziel des Kampfes der Unternehmer ist, dann seien die Arbeiter alles daran, um den Gegner abzuwehren. Wenn es die Erhaltung der Organisation, die Abwehr von Angriffen auf die Gewerkschaft gilt, dann handelt es sich für die Arbeiter um eine Lebensfrage, und in solchem Falle ist ihnen kein Opfer zu schwer, um den Kampf unter Anspannung aller Kräfte bis zum siegreichen Ende zu führen. Daß der Holzarbeiter-Verband bereit ist, den Kampf, wenn es sein muß, in dieser Weise zu führen, das haben die einmütig und mit Begeisterung gefassten Beschlüsse der letzten Vertrauensmännerversammlung bewiesen. Wenn die Führer der Holzindustriellen es denn wirklich bis zum äußersten treiben wollen, dann haben sie nicht nur mit dem Holzarbeiter-Verband, sondern mit der gesamten Arbeiterschaft zu rechnen, und diese hält den Kampf doch länger aus als die Holzindustriellen. Die Tischlermeister aber, von denen ein großer Teil doch auch nur wirtschaftlich schwach ist, können sich dann bei ihren Führern bedanken, wenn ihre Existenz durch die Hartnäckigkeit dieser Führer vernichtet, und das eingetreten ist, was angeblich durch die Forderungen der Arbeiter herbeigeführt werden soll: der Ruin der Berliner Möbelindustrie.

Die vom Holzarbeiter-Verband völlig lahmgelegten „Aussperrung“ finden die Totalstreiker, die ihnen doch nach der Scharfmachertheorie gerade angenehm sein sollte, recht unbequem und verfluchen, auswärts Streikarbeit anfertigen zu lassen. So hat die Firma Pfaff gehobelt und geschnittenes Holz nach Magdeburg verladen lassen. In Betracht kommen die Firmen R. Wolff, W. Dittmar, G. Lang und Berger. Die Magdeburger Tischler sind jedoch nicht geneigt, ihren aus Pfaff geworfenen Berliner Kollegen durch Streikarbeit in den Rücken zu fallen.

Die Zahl der ausgesperrten Tischler hat sich gestern um 31 vermehrt, 7 neue Betriebe haben sich mit einigen Arbeitern zum erstenmal an der Aussperrung beteiligt. Auf der anderen Seite fehlt der Holzarbeiter-Verband seine bisherige Taktik fort, und beantwortet die Aussperrungen mit neuen Arbeitsniederlegungen, die sich jetzt hauptsächlich auf die Bauhilfsarbeiten erstrecken. Gestern abend haben in dem Betriebe von Emmeluit, wo die Lohnarbeiter schon vor einigen Tagen in den Streik eintraten, auch die Akkordarbeiter die Arbeit niedergelegt. Ferner erfolgte gestern in den Bauwerkstätten von Herrmann, Trappel, Bedem und Hegelmann die einmütige Arbeitsniederlegung. Bauhilfsleiter Müller, der seinerzeit gegen den Beschluß seiner Organisation verhielt, indem er streikende Arbeiter aus Bremen einstellte, hatte jetzt als einer der ersten seiner Branche an der Aussperrung teilgenommen. Nachdem darauf auch die nicht ausgesperrten Tischler seines Betriebes die Arbeit niedergelegt haben, sind ihnen gestern auch die Einleger gefolgt. — In der Möbelwerkstätte von Mansburg u. Schnabel bestand schon vor der Aussperrung die Lohngarantie bei neuen Arbeiten. Jetzt sollten sich die Arbeiter durch Unterschrift mit der Aufhebung der Lohngarantie einverstanden erklären. Das thaten sie aber nicht, sie legten vielmehr die Arbeit nieder.

Schließlich sei noch mitgeteilt, daß es die Präzerei von Ebiß übernommen hat, mit ihrem Fuhrwerk Streikarbeit der Tischlerei von Jaroski zu arbeitswilligen Kleinmeistern zu befördern.

Streikbrecher gesucht. Durch Inserate in hiesigen Zeitungen wurden Tischler gesucht, die sich Köpferstr. 36 melden sollten. Ein Arbeitssünder, der sich dahin wandte, erhielt die Adresse einer Kofferfabrik in der Admiralstraße. Der Geschäftsinhaber teilte dem Arbeitssünder mit, daß er als Klaviaturarbeiter angelernt werden könne, das heißt also, der Arbeiter sollte als Streikbrecher eingestellt werden. Natürlich verächtete er auf solche Beschäftigung. Reflektanten auf Zeitungsinserten mögen also bei ihren Verwendungen vorsichtig sein.

Uegen den neuen Tarif der Bauanschläger, der kürzlich zwischen den Arbeitgebern und der Bauanschläger-Sektion des Metallarbeiterverbandes abgeschlossen worden ist, protestierte der Verein der Bauanschläger in seiner Versammlung am Freitag. Bemängelt wurde die Wichtigkeit der Angelegenheit seitens der Meister und die Ignorierung des Vereins durch den Metallarbeiter-Verband. Die Redner betonten: Wenn die Vereinler auch nur eine kleine Gruppe der Bauanschläger seien (etwa 100 gegen 700 dem Verbande angehörende), so hätten sie doch keine Ursache, hinter dem Metallarbeiter-Verbande herzulauern; wohl aber wäre es Pflicht des Verbandes gewesen, mit dem Verein Hand in Hand zu gehen; dann wäre der Tarif auch besser geworden. Jetzt will der Vorstand des Vereins versuchen, in der gemeinschaftlichen Sitzung mit der Meisterkommission am nächsten Mittwoch den Tarif umzustossen, obwohl wenig Aussicht dazu vorhanden sei. — Bemerkte sei, daß diese Gruppe es seinerzeit abgelehnt hatte, mit dem Gros der Bauanschläger in den Metallarbeiter-Verband überzutreten, vielmehr als Sonderorganisation bestehen blieb. In den Versammlungen der Verbands-Sektion wurde vielfach Klage darüber geführt, daß sich die Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen immer auf diesen kleinen Verein beriefen, dessen Mitglieder in ihren Forderungen „viel mäßiger“ seien als die Mitglieder der Verbands-Sektion, die stets „bis in die Puppen hinein“ gefordert hätten. Die Sektionsleitung sprach es denn auch wiederholt aus, das Gros der Bauanschläger müsse sich doch wohl oder übel mit den an sich nur wenig befriedigenden Bestimmungen des neuen Tarifs begnügen, weil man nicht sicher sei, ob die Vereinler im Falle eines Streiks nicht etwa Arbeitswilligendienste verrichten würden.

Der Müllkrieger-Streit ist teilweise beendet, und zwar mit einem schönen Erfolge für die Streikenden. Wie wir bereits gestern berichteten, hatte sich die Wirtschaftsgenossenschaft als Hauptunternehmer in der Müllabfuhr zu erneuten Verhandlungen mit ihren Ausständigen bereit gefunden, jedoch war es wegen des Lohnsages, der das neue Abfuhrsystem betraf, zu einer definitiven Einigung noch nicht gekommen. Nachdem die Streikenden ihre bezügliche Forderung alsdann noch etwas reduziert hatten, gleichzeitig aber auch betonten, daß ihrerseits damit die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegeben sei, hat die Wirtschaftsgenossenschaft die Forderungen nimmend anerkannt. Während der Lohn vor dem Streik für Aufseher 30 M. und für Schaffner 27 M. pro Woche betrug, erhalten sie von jetzt ab bei dem alten Wessellastensystem 33 resp. 30 M., und bei dem neuen Staubschug-System 34,50 resp. 34,50 M. Alle übrigen Forderungen betreffend den Anfall der Arbeitszeit, Regelung der Rastenzahl und Anerkennung einer Beschwerdekommission sind ebenfalls bewilligt. Außerdem soll die Wieder-einstellung der entlassenen Bahnarbeiter erfolgen und für diese Kategorie der Wochenlohn von 26 resp. 27 M. gezahlt werden. Die zweijährige Vertragsdauer ist im beiderseitigen Einverständnis nicht festgelegt, doch hat sich die Direktion ehrenwörtlich zur Einhaltung der neuen Bedingungen verpflichtet. Sämtliche Streikenden werden wieder eingestellt; Mahregelungen dürfen nicht erfolgen. Auf Grund dieser Abmachungen wird die Arbeit am Montag in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Was nun die Aussperrung bei den Firmen G. und O. Scheller und der Berliner Abfuhrgesellschaft, sowie den Streit bei der Charlottenburger Abfuhrgesellschaft anbelangt, so ist dort bislang noch keine Einigung erfolgt. In der gestrigen Streitversammlung wurde aber ausdrücklich betont, daß wenn diese Firmen jetzt nicht auch eine Verständigung herbeiführen, dann die Arbeiter der Wirtschaftsgenossenschaft auch die ihnen übertragene

Abfuhr des Mülls bei den Kunden jener Firmen mitbesorgen sollen. Wenn dadurch der Wirtschaftsgenossenschaft die Kunden der Herren Schapperer zugeführt und letztere insolge dessen ruiniert werden, so haben sie sich dieses Schicksal eben selbst zuzuschreiben. —

Der Müllkriegerstreik bei der Wirtschaftsgenossenschaft war einer der bestorganisierten Streiks der letzten Zeit. Einmütig wurde die Arbeit niedergelegt; nicht ein Mann wurde abtrünnig. So sehr sich die Genossenschaft auch Mühe gab und so enorme Kosten sie auch aufwandte, ihren Betrieb mit Hilfe von anfassigen und importierten Arbeitswilligen unter denkbar größtem polizeilicher Schutz aufrechtzuerhalten — es gelang ihr nicht. Der größte Teil der Arbeitswilligen wurde von der Organisation aufgefunden und nach der Heimat zurückgeführt, der andere Teil aber vermochte die Arbeit nicht entfernt zu bewältigen. Berlin war zusehends „vermüllt“; die Streikenden werden daher jetzt auch genug zu tun haben die „Müllnot“ wieder zu beseitigen. Die Führung des „Müllkrieges“ war ein Meisterstück des Transportarbeiter-Verbandes.

Der paritätische Arbeitsnachweis der Glaser wird nun von fast allen Firmen anerkannt. Nur einzelne kleinere bedeutungslose Firmen haben bisher die Unterschrift nicht geleistet. Auch die Firma Schulze u. Jost, Lindenstr. 101/102, deren Inhaber Herr G. Jost, der Obermeister der Berliner Glaser-Zunftung ist, hat unterzeichnet.

Deutsches Reich.

Tarifabschlüsse für Rotendrucker. Die Rotendrucker der Firma Röber in Leipzig kündigten wegen fortgesetzter Preisdifferenzen in der Akkordarbeit. Es kam zu einem Vergleich dahin, daß bei Akkordarbeit ein Mindestverdienst von 22 M. per Woche garantiert wurde, welcher bei weniger Verdienst als Mindestsatz zu zahlen ist. Im Anschluß an diese Regelung fand am 1. November im Buchgewerbehaus zu Leipzig eine Tarifverhandlung statt, an welcher je drei Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Beisein des Verbandsvorsitzenden Sillier-Berlin teilnahmen. Tariflich festgelegt wurde: Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, Ueberstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag gezahlt und bei Stückerarbeit per Stunde 15 Pf. extra. Sonntagsarbeit darf nicht stattfinden. Mindestlohn im ersten Jahre nach der Lehrzeit 20 M., im zweiten 21 M. und im dritten Jahre 24 M. per Woche; später nach Leistung mehr. Alle geschlichen, ungeschlichen und vom Gehalt angeordneten Feiertage sind zu bezahlen. Als Lehrlingsziffer wurde festgelegt: bei 1—4 Gehältern 1 Lehrling, bei 5—8 Geh. 2 Lehrl., bei 9—12 Geh. 3 Lehrl., bei 13—16 Geh. 4 Lehrl. Je größerer Firmen soll auf je 6 Gehältern 1 Lehrling entfallen. Lehrzeit 4 Jahre. Die vorhandene Akkordarbeit soll später geregelt oder eventuell ganz abgeschafft werden. Zur Durchführung und Bewachung dieses Tarifes wurde eine Tarifkommission von je drei Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingesetzt. Der Tarif selbst tritt am 15. November 1904 in Kraft und hat Gültigkeit bis 31. Dezember 1906. Derselbe soll jedoch so lange weiter Kraft gewinnen, als nicht inzwischen ein allgemeiner Tarif für das ganze Lithographie- und Steindruckgewerbe abgeschlossen wird.

Ausland.

Der Streit der niederländischen Glasbläser. Die Verhandlungen, die am Donnerstag mit den Unternehmern gepflogen wurden, sind ergebnislos verlaufen. Auf die erste Forderung der Streikenden, Anerkennung ihrer Organisation, erklärten die Unternehmer, erst dann antworten zu können, wenn ihnen vorher eine schriftliche Aufklärung über die eigentliche Bedeutung dieser Forderung zugeht. Die zweite Forderung, Beibehaltung der alten Accordlöhne, lehnten sie rundweg ab, wollten die Vertreter der Arbeiter keine Einsicht in ihre Widergesinnung, weil das in Delft schon erlaubt worden sei. Nur das Zugeständnis wollten sie machen, daß die für Gewährung von Prämien festgesetzte Zahl bei runden Flaschen um 60 vermindert wird, doch wollten sie auch dies Zugeständnis zurückziehen, falls die Arbeit bis Dienstag nicht wieder aufgenommen wird.

Wie aus Schiedam gemeldet wird, haben die Streikenden dort dies Angebot bereits abgelehnt und zwar, ohne daß sie es für nötig erachteten, darüber abzustimmen. Daß auch von den anderen Streikorten dies Angebot der Unternehmer ebenfalls für unannehmbar erklärt wird, ist bei der entschiedenen Haltung, die die Streikenden bisher bewiesen haben, vorauszusehen. Daß sie trotz der religiösen Gegensätze in ihren Organisationen so fest zusammenhalten, ist ein Zeichen dafür, wie ernst es ihnen mit ihrem Kampfe gegen die Lohnherabsetzungen ist. Welche Macht diese Gegensätze noch haben, beweist der Umstand, daß man sich nicht damit begnügt, eine neutrale, eine calvinistische und eine katholische Organisation zu haben, sondern nun auch noch eine zwinglianisch reformierte Organisation gegründet hat. „Het Volk“ sieht es sogar als „sicher“ an, daß nächstens auch die lutherischen Glasbläser sich auf ihren alleinseligmachenden Glauben besinnen und sich eine dementsprechende Organisation schaffen werden. — Es wird noch gemeldet, daß nun drei Arbeitklammern in Dordrecht, Delft und Schiedam gemeinsam ihre Vermittlung der Unternehmer-Organisation und dem Glasbläser-Verband angeboten haben.

Gerichts-Zeitung.

Generallstreik und Versammlungsverbot. Bekanntlich sucht man in unserem Vaterlande allenthalben mit Hilfe der allgemeinen politischen Befugnisse (Schutz des Publikums usw.) die Anarchisten-Versammlungen zu verhindern, indem man sie „vorbeugend“ verbietet. Nun hat aber im März dieses Jahres das Ober-Verwaltungsgericht in Berlin in solches Verbot aufgehoben und erklärt, auch auf Anarchisten-Versammlungen finde sein Grundgesetz Anwendung, wonach das preussische Vereinsgesetz der Polizeiklausel des § 10 II. 17 Allgemeinen Landrechts vorgehe und wonach dasselbe Gesetz mangels einer entsprechenden Bestimmung nicht zulasse, Versammlungen in geschlossenen Räumen deshalb zu verbieten, weil die Polizei Ausschreitungen der zur Versammlung Zusammengetretenen befürchte. Andererseits sprach aber damals dasselbe höchste Gericht in der Begründung aus, daß allerdings nur Versammlungen „ohne strafgesetzwidrigen Zweck“ gestattet seien.

Diese Rebenbemerkung machte sich nimmend die Polizei an verschiedenen Orten (Magdeburg, Berlin usw.) zunutze. In Berlin wurde die von den Anarchisten zum 1. Mai einberufene Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Bedeutung des 1. Mai“ verboten, weil sie strafgesetzwidrigen Zwecken habe dienen sollen, indem sie faktisch bestimmt gewesen sei, die Frage des Generalstreiks vom anarchistischen Standpunkt aus zu erörtern und zu verbreiten.

Nach vergeblicher Beschwerden des Einberufers Witsch klagte dieser gegen den Oberpräsidenten. Dieser nahm in seiner Lagebeantwortung zunächst Bezug auf die rote Nummer des anarchistischen „Freien Arbeiter“. Darin wird die Maßfeier ein „Fest des Generalstreiks“ genannt. Dann habe der für die verbotene Versammlung als Referent vorgesehene Schriftsteller Witsch in einer Gewerkschaftsverammlung (Kaufleute) als Disziplinierungsredner den 1. Mai nach Angriffen auf die Sozialdemokratie eine Vorübung des Generalstreiks genannt. Das beweise, daß in Wirklichkeit der Generalstreik im anarchistischen Sinne in der verbotenen Versammlung habe erörtert und empfohlen werden sollen.

Rechtsanwalt Viktor Frankl vertat den Kläger in der Verhandlung vom 11. November. Er legte dar, daß jeder Nachweis dafür fehle, daß der Generalstreik habe empfohlen werden sollen. Vermutungen könnten doch nicht maßgebend sein. Dann suchte er aber auch nachzuweisen, daß die Erörterung und Empfehlung des Generalstreiks nichts Strafgesetzwidrigen sei. Ein Generalstreik sei doch nur die Summierung vieler Streiks, die an sich gesetzlich gestattet seien.

Das Ober-Verwaltungsgericht gab dem Antrag des Anwaltsschutz nicht, und erklärte das Verbot für unbeschäftigt. Es sei nicht feststellbar gewesen, daß man mit der Einberufung der Versammlung einen strafgesetzwidrigen Zweck verfolgte. Es wäre ein solcher Zweck auch dann nicht anzunehmen, wenn bezweckt worden wäre, in der Versammlung den Generalstreik zu empfehlen.

A. JANDORF & Co

SPITTELMARKT 16/17
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2
Am Blicherplatz

GROSSE FRANKFURTER STR. 113
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21
Ecke Veteranen-Strasse

Unsere

Puppen- und Spielwaren-Ausstellung

ist eröffnet.

Von Montag 14. November bis Sonnabend 19. November soweit der Vorrat reicht.



Puppenwagen mit Puppe 95 Pf.



Leiterwagen mit Pferd 95 Pf.

Puppen-Köpfe Bleiquit	20, 28, 40 Pf.
Puppen-Köpfe Blech	48, 65, 75 Pf.
Puppen-Köpfe Celluloid	48, 65, 75 Pf.
Puppen-Bälge Lederbezug	48, 65, 70 Pf.
Puppen-Bälge Stoffbezug	20, 25, 30 Pf.
Gekleidete Puppen	25, 48, 95 Pf.
Ungekleidete Puppen ca. 46 ctm lang	95 Pf.
Ungekleidete Puppen ca. 60 ctm lang	2.75 M.
Werf-Puppen mit Celluloid- oder Blechkopf	85 Pf.
Gummipuppen	48, 95 Pf.
Postwagen mit Pferd	85 Pf.
Kaffee-Service für Kinder, mit 2 Tassen	40 Pf.
Kaffee-Service mit 4 Tassen und Tablet	85 Pf.
Eisenbahn mit doppeltem Geleis	2.85, 3.85 M.
Hochbahn	2.85 M.

Celluloidpuppen	48, 95, 1.50 M.
Puppen-Hüte	10, 18, 25 Pf.
Puppen-Arme	10, 15, 20 Pf.
Puppen-Perrücken	25, 35, 45 Pf.
Puppen-Stuben	95 Pf. 1.25 M.
Puppen-Küchen	48, 95 Pf.
Puppen-Wagen	2.85, 3.50 M.
Puppen-Möbel im Carton	48, 95 Pf.
Puppen-Sportwagen	95, 1.65 M.
Damenbretter	48, 95 Pf.
Lottos	48, 95 Pf.
Dominos	48, 95 Pf.
Trompeten	10, 25, 48 Pf.
Trompeten aus Celluloid	48, 95 Pf.
Nähmaschine für Kinder	2.10 M.



Schaukel mit Puppe 48 Pf.



Complete Turn-Garnitur 2.90 M.

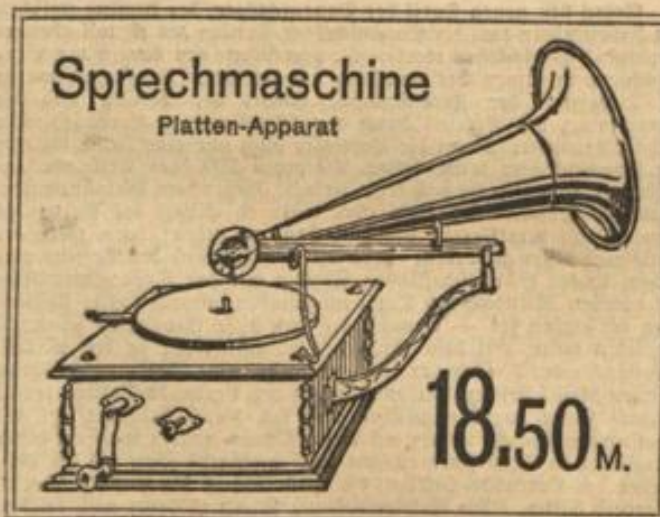
!!! Ganz hervorragend billig !!!

Phonographen auf Eisenfüß 2.45 M.

Phonographen auf Holzkasten 4.50 M.

Leierkasten „Diana“ 7.50 M.

Leierkasten „Intona“ 11.75 M.



Sprechmaschine Platten-Apparat

18.50 M.

Timospiel 35 Pf.

Schaukelpferd mit Stoffbezug 4.25 M.

Schaukelpferd mit Fellbezug 5.50 M.

Schüler-Pulte mit verstellbarer Bank- u. Fußstütze 15.50 M.

Durch Uhrwerk bewegliche Artikel!



Eisenbahn auf Schienen zum Aufziehen 48 Pf.

Japaner	85 Pf.
Russen	85 Pf.
Radfahrer	85 Pf.
Laufendes Schwein	85 Pf.
Automobil mit Gummirädern	95 Pf.
Clown auf Esel	85 Pf.
Musikalischer Clown	85 Pf.

Knabe auf Schlitten	85 Pf.
Laufende Puppen	48 Pf.
Automobil	48 Pf.
Neger auf Händen laufend	48 Pf.
Eisenbahn auf Schienen	48 Pf.
Circus-Pferd	48 Pf.
Puppen vor und rückwärts laufend	95 Pf.



Automobil mit Fahrer 95 Pf.



Kindertisch mit Schublade 2.90 M.

Dampfmaschinen	95 Pf. 1.65 M.
Militair-Garnituren	95 Pf.
Gewehre mit Pfeil	48 Pf.
Pistolen mit Pfeil	48 Pf.

Zieh-Harmonikas	48, 95 Pf.
Klaviere	48, 95 Pf.
Leierkasten	48, 95 Pf.
Baukasten	25, 48 Pf.

Laterna magica mit 12 Bildern, elegant im Carton 90 Pf.



Kinderstuhl verstellbar 2.90 M.

Gesellschaftsspiele Musikalien, Bilderbücher, Märchenbücher Jugendschriften
in denkbar grösster Auswahl.

An die Frauen des Proletariats!

Die politische und gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterschaft aller Länder hat sich seit Jahrzehnten mehr und mehr zu einer mächtigen Waffe für den endlichen Befreiungskampf des Proletariats entwickelt...

Ganz besonders richtet sich dieser Hinweis und dieses Mahnwort an die Frauen des Proletariats, die mit oder ohne industriellen Nebenberuf noch immer die Lasten der hauswirtschaftlichen Tätigkeit zu tragen haben...

Und den Gründen, die den Arbeiterinnen die Wahrhaftigkeit der Genossenschaft für ihren Kampf beweisen sollen, stehen zunächst die Hinweise auf die rein wirtschaftlichen Vorteile, die der genossenschaftliche Betrieb des Warenhandels bietet...

Im Gegensatz zu den aus diesem Grunde sich ergebenden Vorteilen der Konsumgenossenschaft sehen wir, wie die herrschende Tendenz des privaten Profits zu einer immer größeren Konkurrenz unter den Kleinhändlern führt...

Letztlich Frau wächst ihre Macht als Konsumentin gegenüber den Vertretern des Profitystems, wächst die Macht der Genossenschaft; denn mit dem Wachstum der selbsteinkaufenden Konsumgenossenschaft steigt der Umsatz des Konsumkreises...

Die Konsumgenossenschaft stellt sich somit dar als eine stetig wachsende Körperschaft von Wählern, als eine allen offene Demokratie, welche ihre Vertreter wählt zur Verwaltung einer Abteilung genossenschaftlichen Lebens...

Wenn der Profit am Preise als das mächtige Gift betrachtet werden muß, welches den wirtschaftenden Menschen zu betrügerischen Kunstgriffen und selbstfüchtigen Monopolen treibt...

Indem der Gewinn, der durch den zweckentsprechend organisierten Einkauf und sonstige Vorteile der Genossenschaft erzielt wird, durch die Gesamtheit der Genossenschaft aufgesaugt wird, werden mancherlei Wirkungen erzielt...

und darum ist zu hoffen, daß das agitatorische Mahnwort der nächsten Tage nicht unwirksam und ohne den Entschluß der proletarischen Frauen zu beeinflussen, verfliegen wird.

Verfammlungen.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Die Ortsverwaltung Berlin I hielt am 10. November in den Arminkallen ihre Generalversammlung ab...

Advertisement for Baer Sohn clothing store. Features three large columns for 'Winter-Paletots für Herren', 'Winter-Anzüge für Herren', and 'Winter-Joppen für Herren'. Includes prices for various items like 'Geh-Pelz', 'Knaben-Mäntel', and 'Knaben-Anzüge'. The store address is Chausseestrasse 24a-25, 11 Brückenstrasse 11, and Gr. Frankfurterstr. 20.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 12. November 1904.

International.

Der Wahldampf in den Vereinigten Staaten von Amerika. — Teddy und die Trusts. — Amerikanischer Imperialismus. — Amerika in Ostasien. — Neue russische Anleihe. — Russlands Geldnot.

Als nach der Absetzung Karl X. von Frankreich Louis Philipp Egalité, der Erlarene der Pariser Finanz- und Handelsbourgeoisie, die Regentenschaft als Generalleutnant des Reichs übernahm...

Wenn heute Roosevelt in den Vereinigten Staaten tatsächlich sich einer Popularität erfreut, wie sie vor ihm vielleicht kein Präsident besessen hat, so deshalb, weil für keinen in den Zeitungen, Review, Magazinen, illustrierten Journalen, Theatern usw. eine solche Bekanntheit...

Zuerst erschien der Mann einem Teil der im Dienste der Trusts öffentliche Meinung machenden republikanischen Presse als nicht ganz sicher. Sie kannten Teddys Talent für die politische Komödie noch nicht und fürchteten, als er durch McKinleys Ermordung zum Präsidenten aufsteigt...

Der Sieg Roosevelts bedeutet demnach zugleich einen Sieg der großen Trusts und der von ihnen betriebenen Hochkonzessionspolitik sowie des Imperialismus. Auch ein Sieg Parkers würde der amerikanischen Politik keine anderen wirtschaftspolitischen Bahnen eröffnen...

Vornehmlich wird zweifellos die ozeanische Politik der Union einen aggressiveren Charakter annehmen. Seit langem geht die Sehnsucht der amerikanischen Expansionspolitik dahin, sich die Suprematie auf dem Stillen Ozean, dem Mittelmeer der Zukunft zu sichern...

Von der russischen 500 Millionen Rubel-Anleihe, die vor zwei Wochen fast gleichzeitig von mehreren Pariser Blättern, der „Frankfurter Zeitung“ und dem Londoner „Standard“ angekündigt wurde, ist es schnell wieder still geworden.

In Wirklichkeit sind natürlich alle dortigen Ablehnungen total wertlos. Vielleicht stimmt nur die angegebene Summe von 500 Millionen Rubel oder 54 Millionen Pfd. Sterl. nicht möglicherweise ist sie etwas höher oder niedriger oder auch sie ist vorläufig nur erst ungefähre Normierung und ihre endgültige Festsetzung bleibt nach späterer Vereinbarung vorbehalten.

Trotz aller Dementis ist sicher, daß der deutsche wie der französische Markt bald mit einer russischen Anleihe beglückt werden wird und zwar mit einer recht ansehnlichen, daran ist nicht zu zweifeln, denn Rußland braucht notwendig Geld...

Die Frage ist deshalb auch nicht, ob Rußland eine neue Anleihe aufnehmen wird, sondern nur, wie lange es sich noch durch erneute Ausgaben von Kreditbilletten bis zur Aufnahme einer großen neuen Anleihe hinhalteln vermag.

Soziales.

Den § 105b der Gewerbe-Ordnung und die Verordnung vom Jahre 1892 über den Sonntagsstillstand der Geschäfte sollte der Schlächtermeister Lehmann in Charlottenburg dadurch übertreten haben, daß er am Charfreitag drei Gefellen noch nach 10 Uhr vormittags beschäftigte.

Auf die Revision des Angeklagten hob das Kammergericht die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Es handelte sich um einen Handelschlächter, der eine offene Verkaufsstelle (Laden) habe.

Der Verband niederländischer Lehrer hat am 7. November dieses Jahres sein dreißigstes Lebensjahr erreicht. Als er im Jahre 1874 gegründet wurde, zählte er in vier Abteilungen 247 Mitglieder.

sondere Abteilungsorgane. Auch die Sozialdemokratische Lehrervereinigung hat bekanntlich ihr eigenes Organ. Das Organ der Abteilung Amsterdam des Verbandes „De Volksschool“ ist aus Anlaß des 30-jährigen Bestehens der Organisation als Festnummer mit einem von Hahn gezeichneten symbolischen Titelbild erschienen...

Ein 30-jähriger Krieg ist mit gewalttätigen Mitteln geführt worden, ein Meer von Jammer über halb Europa bringend. Wir haben jetzt eines anderen zu gedenken, der gekämpft worden ist mit den Waffen der Belehrung und Ueberzeugung, der Propaganda und Agitation.

Kebrings zeigt eine Auffassung in „De Vrede“ über die Fortschritte des Schulwesens seit 1874, daß der Kampf bisher keineswegs vergeblich war. So ist z. B. die Zahl der niederen Schulen von 8784 auf 4728 angewachsen; die der darin unterrichteten Kinder von 402343 auf 819823.

Aus der Frauenbewegung.

Die Bischöfe gegen christliche Arbeiterinnen-Vereine.

Ein katholischer Frauenbund tagte jüngst in Frankfurt a. M. Bei der Statutenberatung beantragte ein Dominikaner Pater aus Trier einen Zusatz, wonach die vom Bund zu gründenden Fachverbände die katholische Grundlagensatzung festlegen sollten.

Der Hochwürdigste Herr Bischof begrüßt die Bestrebungen des katholischen Frauenbundes und ist bereit, dieselben in seinem Bistum nach Kräften zu unterstützen. Er knüpft jedoch diese seine Unterstützung an folgende Bedingungen, als conditio sine qua non (unabänderliche):

- 1. Der katholische Frauenbund darf nur katholischen als Mitglieder aufnehmen. — 2. Der katholische Frauenbund muß sich jeglicher direkten oder indirekten Beförderung der Bildung von gemischtgeschlechtlichen Vereinigungen unter den Arbeiterinnen nach Art der christlichen Gewerkschaften enthalten. — 3. Der Hochwürdigste Herr Bischof wird die Bildung von Arbeiterinnenvereinigungen nach Art der christlichen Gewerkschaften, soviel an ihm liegt, in seinem Bistum nicht dulden und ihre Bildung mit Ausübung seiner ganzen Autorität zu verhindern suchen. — 4. Dagegen wird der Hochwürdigste Herr die Bildung von katholischen Fachabteilungen in den katholischen Arbeiterinnenvereinen nach Kräften befördern. — 5. Ebenso wird er es mit Freuden begrüßen, wenn diese katholischen Fachabteilungen als geschlossene katholische Verbände zusammen mit Fachverbänden anderer Art die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterinnen mit allen erlaubten Mitteln erstreben.

Darauf erklärte der Vorstand des Bundes, der „Katholische Frauenbund“ werde sich der Gewerkschaftsbewegung gegenüber neutral verhalten. Der von Trier gestellte Antrag wurde zwar abgelehnt, fast dessen aber ein entsprechender Zusatz in § 13 eingefügt, der dann folgende Fassung erhielt: „Der Bund stellt sich zur Aufgabe, die in Deutschland auf dem gleichen Gebiete tätigen katholischen (das Wort „katholisch“ ist eingefügt) Vereinigungen zu Fachverbänden zusammenzuschließen.“

Der „Frauenbund“ ist eine politische Kleinkinderbewahranstalt, gegründet und geleitet von katholischen Pfaffen.

Treptow-Baumschulweg. Eine am 7. November in Ackermanns Festsaal abgehaltene öffentliche Versammlung behandelte im erster Punkte der Tagesordnung die Kulturaufgaben, welche in der Gemeinde zu lösen sind. Das Referat hatte Genosse Walbes Monasse übernommen, der für seine trefflichen Ausführungen reiches Beifall erntete.

Friedenan. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgegend hielt am 8. Nov. bei Grabe, Kaiser-Allee, seine Generalversammlung ab. Die Vorsitzende gab einen kurzen Ueberblick über die stattgefundenen Vorträge. Hierauf erstattete die Kassiererin Bericht. Da dieselbe ihr Amt niederlegte, wurde zur ersten Kassiererin Frau Lander und zur zweiten Frau Schmidt gewählt.

Der gewerkschaftliche Frauenverein hält heute in der Schützenstraße 18/19 (Bureau und Arbeitsnachweis ebenfalls) eine Vereinsversammlung ab, in welcher Genosse J. Gehl über das Thema: „Der Kampf um Dasein“ sprechen wird.

Partei-Versammlungen

Dienstag, den 15. November, abends 8 Uhr:

I. Wahlkreis: Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:
Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute, der Preß-, Lokal- und Agitationskommission.

II. Wahlkreis: Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.

Tages-Ordnung:
1. Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Rich. Fischer** über: „Neue Partei-Taktik“. 3. Diskussion.

III. Wahlkreis: Bogts Ritter-Säle, Ritterstr. 75.

Tages-Ordnung:
Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute, der Preß-, Lokal- und Agitationskommission.

IV. Wahlkreis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:
1. Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute und Revisoren. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Paul Singer** über: „Die kommende Reichstags-Session“. 3. Diskussion.

V. Wahlkreis: Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.

Tages-Ordnung:
1. Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Rob. Schmidt** über: „Volksschule und Volksbildung“. 3. Diskussion. 4. Partei-Angelegenheiten. 5. Verschiedenes.

VI. Wahlkreis: Giskeller, Chausseest. 88.

Tages-Ordnung:
1. Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **H. Molkenbuhr** über: „Die Totengräber der kapitalistischen Produktion“. 3. Diskussion.

2017* **Die Vertrauensleute.**

5. und 6. Wahlkreis.

30. Kommunal-Wahlbezirk.

Montag, den 14. November, abends 9 Uhr, bei **Leydecker, Sophienstraße 34:**

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Paul Singer**: „Warum muß auch der 30. Bezirk einen Sozialdemokraten wählen?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Das Wahlkomitee.

Achtung! 6. Wahlkreis! Achtung!

Schönhauser Vorstadt.
Sonntag, den 13. Nov., abends 5 Uhr, in den „Berolina-Sälen“, Schönhauser Allee 38:

Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Hans Weber** über: „Was ist der preussische Verfassungsverstoß?“ 2. Diskussion. 3. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. 4. Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vertrauensmann.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bürsten- und Pinselmacher usw.

Sonntag, den 13. November, nachmittags 6 Uhr, bei **Pfeffer, Rosenthalerstr. 57, Hof part.:**

Versammlung.

Vortrag der Genossin **Ida Altmann** über: Die Träume und ihre Rolle im Leben. 91/17
Nachdem: Geselliges Beisammensein und Tanz.
Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben und ladet alle Kollegen mit Frauen hierzu ein **Die Branchenkommision.**

Achtung! Treppengeländer-Branche.

Montag, den 14. November 1904, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet im **Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72,** eine **Vertrauensmänner-Versammlung**

der **Tischler, Stellmacher, Drechsler, Bildhauer** usw. statt. Jede Werkstatt muß Delegierte entsenden.

Die Ausschüsse der **Firma Schmidt u. Co., Schönhauser Allee 107a,** sind hierdurch alle eingeladen. **Die Kommission.**

Zentralverband der Schuhmacher Deutschl.

Montag, 14. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den **Residenz-Sälen, Landsbergerstraße 31:**

Branchen-Versammlung

der in der **mechanischen Filz- und Ballschuh-Industrie** beschäftigten Personen.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den am 21. November stattfindenden Wahlen der Vertreter und Vorstandsmitglieder der Orts-Krankenkasse und Aufstellung der Kandidaten.
2. Verschiedenes.

170/20 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Dachdecker.

Filiale Berlin.
Des Vortages wegen findet unsere Versammlung erst am **Mittwoch, den 23. d. M., abends 8 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11,** statt. **Der Vorstand.**

Achtung!

Montag, den 14. November, abends 8 Uhr:

Kommunalwähler-Versammlung

in **Haberechts Festsälen, Gr. Frankfurterstr. 30.**

Tages-Ordnung:
Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl.

Referent: Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zubeil.**

2. Diskussion. 214/9 **Das Komitee.**

VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 13. November, abends 6 Uhr, im **Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:**

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen **Richard Augustin** über: **Kommunalpolitische Streiflichter.** 2. Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vertrauensmann.**

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Achtung! Achtung!

Montag, den 14. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Volks-Versammlung

im **Berliner Prater, Kastanien-Allee 6/7.**

Tages-Ordnung:
Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Arbeiter.

Referent: Reichstags-Abgeordneter **Eduard Bernstein.**

Zum zahlreichem Besuch ladet ein **Der Elberaner.**

Ueber dasselbe Thema sprechen am 17. November: **Heinrich Stähler** in **Reu-Weissensee;** am 18. November: **Krämer Ida Altmann** in **„Elyrium“** und **Frau Dr. David** in **„Hoffäger“;** am 21. November: **Frau Dr. Marie Hoffmann** in **„Schmidts Gesellschaftshaus“;** Gartenstr. 6; am 21. November: **Frau Dr. David** in **„Schneiders Salon“;** Belfortstr. 15; am 23. November: **Richard Else Lüders** in **„Zwienmünder Gesellschaftshaus“** und **Simon Katzenstein** in **„Weddinghaus“;** Müllerstr. 7; am 25. November: **Frau Dr. David** in **„Habels Brauerei“** und **Simon Katzenstein** in **„Marianenbad“;** Badstr. 35/36. 127/16

Sozialdemokratischer Wahlverein RIXDORF.

Dienstag, den 15. November 1904, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im **Kofale** des **Herrn Eijermann, Hermannstr. 49, Victoria-Säle:**

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Wihl. Pfannkuch.**

3. Aufstellung des Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. 4. Bericht von der Kreis-Generalsversammlung. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 243/15

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 17. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Vier

außerordentl. Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen: **Keller, Koppenstraße, Lipps, Bauerei Friedrichshain, Altem's Festhäle, Hasenhaide, Giskeller, Chausseestrasse.**

Tages-Ordnung:
Die gegenwärtige Ausperrung in der Holz-Industrie.

Referenten: **Erner, Gloke, Leopold, Stufche.**

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder aller Branchen dringend notwendig. 91/18

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Donnerstag, den 17. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den **Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:**

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der **Skabiarbeiterstreik** und die **Ausperrung der Tischler.** 2. Die am 10. November beschlossene **Beitrags-erhöhung.** 3. **Branchenangelegenheiten** und **Verschiedenes.** 4. **Pflicht eines jeden im Holzarbeiter-Verbande organisierten Musikinstrumenten-Arbeiters** ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.** Mitgliedsbuch oder Streifenkarte legitimiert. **Die Branchen-Kommission.**

Orts-Krankenkasse der Weber

und verwandten Gewerbe.
Die Herren Delegierten, Arbeitgeber und Mitglieder werden hierdurch zu einer **ordentlichen**

General-Versammlung

am **Sonntag, den 20. November** cr., **vormittags 10 Uhr, in Flocks Lokal, Fruchtstr. 36a, eingeladen.**

Tages-Ordnung:
a) In getrennter Versammlung: **Ergänzungswahl des Vorstandes** von den Mitgliedern nach §§ 37 und 38 des Statuts für 1905 und 1906.
b) In getrennter Versammlung: **Ergänzungswahl des Vorstandes** von den Mitgliedern nach § 39 des Statuts für 1905.

In gemeinschaftlicher Versammlung:
1. **Wahl von drei Revisoren** zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1904.
2. **Verschiedenes.**

— Delegiertenkarte legitimiert. —
Berlin, den 13. November 1904.

Der Vorstand.

E. Last, Vorf. G. Berndt, Schriftf.

Sonntag, den 4. Dezbr., vormittags 11 Uhr, in demselben Lokal, gr. Saal: **Aufstellung von 161 Kandidaten** der Mitglieder zur **Delegiertenwahl** für das Jahr 1905.

Nur Mitglieder über 21 Jahre sind eingeladen.
Das Mitgliedsbuch legitimiert. 289/25

Orts-Krankenkasse für das Barbiergewerbe

zu **Berlin.**

Dienstag, den 22. November d. J., abends 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, im **Restaurant Pfeffer, Rosenthalerstraße 57:**

1. **Wahlversammlung** der Arbeitgeber zur **Wahl von 19 Delegierten** zu den **Generalversammlungen** pro 1905/6.

Um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr ebendort:
2. **Wahlversammlung** der **Kassonmitglieder** zur **Wahl von 41 Delegierten** zu den **Generalversammlungen** pro 1905/6.

Nach § 35 des Statuts ist die **Wahl** geheim und durch **Stimmzettel** vorzunehmen.

Das **Mitgliedsbuch** ist bei der **Wahl** als **Legitimation** vorzulegen.

Die **Herren Arbeitgeber** werden ersucht, den **Kassonmitgliedern** die **Duittungsbücher** zur **Wahlhandlung** zu verahpfeln. 276/20

Der Vorstand.

H. N.: J. Elias, 1. Vorsitzender.

Englisch. Unterricht

(Konversation u. Anfangs-Unterricht) erteilt und **Uebereinigungen** abnimmt. [55162*]

Gertrud Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III

J. Baer
Badstr. 26, Eoko
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung,
Elegante Paletots
und Havelocks.
Großes Lager in- und
ausländischer Stoffe
zur Anfertigung nach Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter!

Montag, den 14. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):**

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftstellers **Genossen H. H. Baerge** über: **Bibel und Bibel.** 2. Diskussion. 3. Bericht über den **Zustand der Ausperrung.**

Pünktliches Erscheinen aller Kollegen erwartet **Der Vorstand.** 70/14

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, 14. Nov., ab 8 1/2 Uhr, in d. Armihallen, Kommandantenstr. 20.
Vortrag des Herrn Dr. Hermann Wehl über:
"Zügelungsgesetz und städtische Verwaltung".
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 13. November, abends 7 1/2 Uhr,
in den Ritter-Sälen, Ritterstr. 75:

Vortrag des Reichst.-Abgeordneten Dr. E. David-Mainz über:
Die Genossenschaft als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse.
Eintritt 20 Pf. Garderobe frei.

Nachdem gemütliches Beisammensein u. Tanz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Saupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis-Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Dienstag, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Steglitz und Lichterfelde im Lokale von Reigen, Lichterfelde, Chaussee 104.

1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.
2. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes.
Wir erlauben die Kollegen um ein pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Achtung! Achtung!

Die am 1. November stattgehabten Mitgliederversammlungen beschließen, den zur Zeit im Ausstand befindlichen Kollegen zum Weihnachtstfest durch eine Extra-Unterstützung zu Hilfe zu kommen. Um dies zu ermöglichen, soll jeder vom Ausstand nicht Betroffene für die Dauer von fünf Wochen, vom 5. November ab, je nach seinem Verdienste pro Woche 50 Pf., 1 resp. 2 M. zahlen. Diese Gelder werden von den Vertrauensleuten in den Betrieben kassiert und haben dieselben dafür in den Kassisten oder bei den zuständigen Bezirkskassierern die entsprechenden Wertmarken zu entnehmen.
Wir erlauben alle unsere Mitglieder obigen Beschlüssen nach besten Kräften nachzukommen.

Schraubendreher!

Kollegen und Kolleginnen! **Mittwoch, den 16. November (Busstag):** Partie nach Müderdorfer Kollberge. Treffpunkt früh 8 Uhr bei Schröder, Wangelfstr. 138. Abfahrt vom Schleifstein Bahnh. 191/9. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung! Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Eingeführte Hilfskasse Nr. 3 (Hamburg). Verwaltung Berlin G.

Montag, den 14. November, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung in Fiechtz Hefen, Fruchtstr. 36a.

1. Kassenbericht vom 3. Quart. 1904. 2. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung in Leipzig. 3. Wahl eines Beitragsamtleiers. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Die Sprechstunden des Bevollmächtigten und Kassierers fallen an diesem Abend aus. Beiträge werden in der Versammlung vom Kassierer entgegengenommen. Mitgliederbuch legitimiert.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Putzer. Achtung!

Die in diesem Monat fälligen Bezirks-Versammlungen finden ohne Ausnahme am **Mittwoch (Busstag), den 16. November, vormittags 10 Uhr** in den bestimmten Lokalen statt.
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet.
Die Obleute. J. H. H. Neumann.

Gesangverein „Nordwacht“

Mittwoch, den 16. November (Busstag), in den Germania-Prachtsälen (weisser Saal), Chausseest. 103:

Grosses Künstler-Konzert

unter Leitung von Solisten des Neuen Tonkünstler-Orchesters (Direktion: Musikdirektor Franz Hoffelder).
Anfang 1/6 Uhr. 65/19

Achtung! Radfahrer Köpenick u. Umgeg.

Dienstag, den 15. November 1904, abends 8 Uhr, in Seidels Gesellschaftshaus, Grünauer-Strasse 31:
Oeffentliche Versammlung.
Zum Sportschau, Ziegenhals bei Zeuthen.
Vorortstation der Stadt- und Görtlicher Bahn.
Am Busstag: **Schlachte-Fest.**
Großes Wellfleisch u. Kesselswurf-Essen.
Den geehrten Herren u. Gesellschaften habe mein geräumiges Lokal als Station oder Ziel für Hospitien bestens empfohlen. N. Horschel.

Hygienische 29

Carabinierihaus
Bernhard
Schwarz
Wallstr. 29
Zur-Eng.
Zahn-Klinik. Preise beliebige Zeit. zählend.
Olga Jacobson, Potsdamerstraße 131.
Hygienische Bedarfsartikel. Neue Katalog in Umschl. viel Neues u. Preisgrat. u. fr. U. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin N., Friedrichstr. 131c.

Früher Lips. Brauerei Friedrichshain Am Friedrichshain 28.

Sonntag, den 20. November (Toten-Sonntag): Wohltätigkeits-Matinee

unter gütiger Mitwirkung des Orchester-Vereins „Allegro“, Dirigent Edmund Dochow, und des Gesangvereins „Liedesfreiheit“ (M. u. A.-S.-B.), Dirigent Emil Thilo.
Der Reinertrag ist für einen aus dem Gefängnis entlassenen Genossen bestimmt.
Entree 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.
Anfang pünktlich 12 Uhr.
Das Komitee.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes.

Dienstag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr, findet Engel-Ufer 15, Saal VII, die satzungsmäßig ordnungsmäßige

General-Versammlung

der Vertreter der Kassensmitglieder und der Arbeitgeber statt.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes für die Jahre 1905 und 1906 für die ausstehenden Kassensmitglieder:
a) Aus der Gruppe der Arbeitgeber: die Herren Schmidt und Wenzel;
b) Aus der Gruppe der Kassensmitglieder: die Herren Daehne, Tell, Paul, Lehmann. c) An Stelle des wegen Krankheit ausstehenden Herrn Buchholz für dessen Amtsdauer pro 1905.
3. Wahl des Rechnungsprüfers.
4. Verschiedene Mitteilungen.
Berlin, 8. November 1904.
Der Vorstand.
H. Daehne, H. Selbin, Vorsitzender, Schriftf. u. s. w.

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher (Berlin).

Donnerstag, den 24. November, abends 9 Uhr, bei Schulhoff, Neue Jakobstr. 24:
Ordentl. General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Wahl von 30 Vertretern (Arbeiter und 15 Vertretern (Arbeitgeber)). 2. Wahl des Vorstandes (6 Arbeiter und 3 Arbeitgeber). 3. Streichung des § 20 und 25 des Statuts. 4. Beschlussfassung über Gewährung von Mittagessen und Fahrgehalt für in Erhaltungszustand befindliche Mitglieder. 5. Beschlussfassung über Entschädigung für den Vorstand und Schriftf. u. s. w. 6. Beschlussfassung über die vom Vorstand zu stellende Revision. 7. Beschlussfassung über die Höhe der Beiträge. 8. Besprechung der Herzfrage. 9. Verschiedenes. 27/1
Der Vorstand.
G. Lütch, Vorsitzender.

Enorm billig

gelangen zum Verkauf die unübertroffen an Eleganz, nachdem an Sitz, in gediegener Maßschneiderarbeit aus feinsten Maßstoffen gefertigten vornehmen

Anzüge Paletots

Herren, jeden Standes zu empfehlen: Zurückgeblieben, zurückgesetzt sind: Herrenanzüge, Maßschneiderarbeit, preis bis 70 M., jetzt 18 bis 40 M. Winterpaletots, sonst Maßschneider, bis 70 M., jetzt 18-40 M. Bekleidungen jetzt 7-12 M.
Verkauft täglich, auch Sonntag. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Treppen. Auf Hausnummer achten!

Enorm billig

gelangen zum Verkauf die unübertroffen an Eleganz, nachdem an Sitz, in gediegener Maßschneiderarbeit aus feinsten Maßstoffen gefertigten vornehmen

Anzüge Paletots

Herren, jeden Standes zu empfehlen: Zurückgeblieben, zurückgesetzt sind: Herrenanzüge, Maßschneiderarbeit, preis bis 70 M., jetzt 18 bis 40 M. Winterpaletots, sonst Maßschneider, bis 70 M., jetzt 18-40 M. Bekleidungen jetzt 7-12 M.
Verkauft täglich, auch Sonntag. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Treppen. Auf Hausnummer achten!

Staubend billig

werden die von letzter Saison zurückgesetzten und hochmodernen

Herren-Anzüge Winter-Paletots

Jackett-Anzüge 850
Jetzt 30, 24, 18, 17,
Gehrock-Anzüge 19-
jetzt 33, 27, 25, 21,
Winter-Paletots 775
jetzt 36, 30, 25, 20,
Einzelne Hosen u. Jacketts 150
schon von . . . an.

Herm. Schendel

38 Oranienstr. 38
3. Haus vom Oranienplatz.

RESTE.

Zur Damenmäntel-Konfektion, Mädchen- und Knabengarderobe, Damentuche in schwarz und farbig, Kostümatte, Kammgarn, Cheviot, Cordskrow, Plüsch, Sammete, Besatzartikel etc.

KONFEKTION

Fertige Jacketts, Paletots, Capes, Kostüm-Röcke etc. Große Auswahl. Billige Preise. C. Pelz, Kottbusser-Str. 4.

Charlottenburg. F. Kunstmann

nur Wallstr. 1
Uhren und Goldwaren.
Grosses Lager Billige Preise. 9812*
Reparatur schnell und billig.

Grammophone

Verleiht
V. Daog Charby, Pfortalozstr. 95.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Bewaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Mitglied, der Schlosser **Wilhelm Lauterwald** am 10. d. Mts. gestorben ist. Ihre seinem Ruden!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Lichterberger Kirchhofes, Krugstr. 4, statt. Rege Beteiligung wird erwartet.
Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Mitglied, der Schlosser **Richard Braun** am 9. d. Mts. gestorben ist. Ihre seinem Ruden!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Charlottenberger Kirche, Kirchhof in der Seestraße, statt. Rege Beteiligung wird erwartet.
Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Mitglied, der Schlosser **Karl Grünberg** am 8. d. Mts. gestorben ist. Ihre seinem Ruden!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Charlottenberger Kirchhofes, Kirchhof in der Seestraße, statt. Rege Beteiligung wird erwartet.
191/8 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes, Schwiegersohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Händlers **29006 Wilhelm Schönwälder** lagen wir hiermit allen Verwandten, Bekannten und Kollegen des Entschlafenen unsern tiefgefühlten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Dankagung.
Allen Verwandten und Bekannten sowie dem gesamten Personal der Firma Webermann u. Casarman, auch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, sage ich für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Sohnes meinen innigsten Dank.
Witwe Marie Wänich, 29006

Dankagung.

Für die uns anlässlich des Ablebens unseres lieben Vaters, Mutter und Bruders, des Handlungsgehilfen **Max Pöle** bewiesene Teilnahme, sowie für die schönen Kranzsendungen, sowie für die vielen Beweise von Anteilnahme und Bekanntheit, insbesondere seinen Angehörigen von der „Prudentia“, den Angehörigen der Papier-Fabrik, des Hauses Pöle, sowie den Mitgliedern des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des dritten Berliner Arbeitervereins unsern herzlichsten Dank. 28006
Die Hinterbliebenen.

Unions-Krankenkasse der Tischler-Unions.

Montag, 21. Novbr., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
General-Versammlung
der Vertreter der Kassensmitglieder und der Unionsmitglieder.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandbericht. 276/16
2. Ergänzungswahl zum Vorstande. In getrennter Wahl sind zu wählen: 1 Unionsmitglied und 2 Kassensmitglieder auf die Dauer von 3 Jahren.
3. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1904.
4. Wahl von 2 Bureauarbeitern.
5. Abänderung der Höhe des Strafmaßes gemäß des Gesetzes vom 25. Mai 1903 und des Statutes § 28 des Statuts.
6. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Die Beerdigung meiner Frau **Albertine Hayka** findet Montag, den 14., nachm. 9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Begräbnisplatzes (Friedrichsplatz) aus statt. 29136
Otto Hayka.

Todes-Anzeige.

Allen Kollegen, Freunden und Genossen die tieftraurige Mitteilung, dass mein lieber Mann, der Redner **Ferdinand Wegener** nach zweijährigem Krankenlager am 11. November 6 1/2 Uhr abends verstorben ist. 29158
Um stille Teilnahme bittet Die trauernde Witwe **Anna Wegener** geb. Gehmer.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 15. November, nachmittags 3 Uhr, vom Philipps-Appelkirchhof, Müllerstr. 44/45, aus statt.

Dr. Simmel, Prinz-

Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 u. 2-4
A. B. Koch,
Berlin O., Brombergerstr. 15/16.
Reichengroßhandlung.
Preise für erstklassige Marken ab Platz:
Zentenberg: Salon-Briquetts, Str. 75 Pf.
la Marienglad 7* (110-120 Pf.) 80 Pf.
la Diamant 7* 85 Pf.
gef. gef. Qualität unübertroffen, die Fisse 7* von 10 Gr. an 90 Pf.
la u. Diamant-Halbheine (siehe hier) 70 Pf.
Bruch-Briquetts 65 Pf.
la Antheit-Cade dr. Cr. 1.95 M.
Coats liefern zu Anstandspreisen.
Bon 50 Gr. ab je Cr. 5 Pf. billiger. Anlieferung frei Kasse je Cr. 10 Pf. mehr.
Bei **Orig. Dagond** in größeren Abnahmen direkt von der Grube versch. Sie meine Spezial-Diarte.

Geld

zahlt für alle Christen mit Briefmarken, Geldpostkarten (Ducero, China), Briefmarken, Sammlungen „Sammeler“ Postamt 61. 29168

Kränze für das Totenfest

liefern billig und schön
die streikenden Blumenarbeiter der Firma Mecklenburg,
Verkauf Schönhauser Allee 78 u. 135.

Achtung!! Billige Landparzellen

(10 Pfennig ganz dicht bei Berlin (10 Pfennig-Tour).
an der Stadtbahnstation Biesdorf, herrliche gesunde Lage, in Gartenboden, jetzt noch billige Preise, □-R. 15, 20, 25, 30 Markt u. s. w. Kauf zu vorteilhaften Bedingungen.
Verkäufer täglich, auch Sonntags, im Bahnhofrestaurant Biesdorf. 1126/20

Damen-Mäntel.

Sollten günstige Gelegenheit zu billigem Einkauf bei **Heinrich Rackwitz, jetzt Niederwallstr. 30A, part.**
Mache meine geehrte Kundschaft darauf aufmerksam, dass der Einzelverkauf meines Engros-Lagers nur noch in den Parterre-Räumen Niederwallstr. 30A, Ecke Kreuzstrasse, Nähe Spittelmarkt stattfindet. 29406
Schicke Paletots, neueste Aermel, in schwarz Eskimo u. Cover-Coat auf Seidenfutter 7, 8, 9, 12-45 M.
Neueste **Haveloks** und **Capes** 7, 9, 11-25 M.
Kinder- u. Backisch-Paletots 5, 6, 12-24 M.
Täglich bis abends 9 Uhr, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

Nur seidene Blusen. Morgen

beginnt der Serien-Verkauf mehrerer hundert seidener Blusen und bietet derselbe auch Privaten Gelegenheit zu ganz besonders vorteilhaften Weihnachts-Einkäufen.
Serie I: Elegante Seiden-Blusen früh bis 15.00, jetzt 7.50, 9.50.
Serie II: Reinseidene aparte Schönen-Blusen . . . 25.00 . . . 13.50, 18.50.
Serie III: Reinseidene elegante Theater- und Gesellschafts-Blusen 30.00 . . . 12.50, 15.50.
Serie IV: Schöne Sammet-Blusen 30.00 . . . 12.50, 22.50.
Veränderungen sofort in meiner Konfektions-Abteilung.
Bitte Adresse genau beachten!
Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin, nur Spandauerstr. 33/35, 1. Treppen links, Ecke Simon-Appelhofe.

Achtung!! Billige Landparzellen

(10 Pfennig ganz dicht bei Berlin (10 Pfennig-Tour).
an der Stadtbahnstation Biesdorf, herrliche gesunde Lage, in Gartenboden, jetzt noch billige Preise, □-R. 15, 20, 25, 30 Markt u. s. w. Kauf zu vorteilhaften Bedingungen.
Verkäufer täglich, auch Sonntags, im Bahnhofrestaurant Biesdorf. 1126/20

Achtung!! Billige Landparzellen

(10 Pfennig ganz dicht bei Berlin (10 Pfennig-Tour).
an der Stadtbahnstation Biesdorf, herrliche gesunde Lage, in Gartenboden, jetzt noch billige Preise, □-R. 15, 20, 25, 30 Markt u. s. w. Kauf zu vorteilhaften Bedingungen.
Verkäufer täglich, auch Sonntags, im Bahnhofrestaurant Biesdorf. 1126/20

Achtung!! Billige Landparzellen

(10 Pfennig ganz dicht bei Berlin (10 Pfennig-Tour).
an der Stadtbahnstation Biesdorf, herrliche gesunde Lage, in Gartenboden, jetzt noch billige Preise, □-R. 15, 20, 25, 30 Markt u. s. w. Kauf zu vorteilhaften Bedingungen.
Verkäufer täglich, auch Sonntags, im Bahnhofrestaurant Biesdorf. 1126/20

Achtung!! Billige Landparzellen

(10 Pfennig ganz dicht bei Berlin (10 Pfennig-Tour).
an der Stadtbahnstation Biesdorf, herrliche gesunde Lage, in Gartenboden, jetzt noch billige Preise, □-R. 15, 20, 25, 30 Markt u. s. w. Kauf zu vorteilhaften Bedingungen.
Verkäufer täglich, auch Sonntags, im Bahnhofrestaurant Biesdorf. 1126/20

Achtung!! Billige Landparzellen

(10 Pfennig ganz dicht bei Berlin (10 Pfennig-Tour).
an der Stadtbahnstation Biesdorf, herrliche gesunde Lage, in Gartenboden, jetzt noch billige Preise, □-R. 15, 20, 25, 30 Markt u. s. w. Kauf zu vorteilhaften Bedingungen.
Verkäufer täglich, auch Sonntags, im Bahnhofrestaurant Biesdorf. 1126/20

Achtung!! Billige Landparzellen

(10 Pfennig ganz dicht bei Berlin (10 Pfennig-Tour).
an der Stadtbahnstation Biesdorf, herrliche gesunde Lage, in Gartenboden, jetzt noch billige Preise, □-R. 15, 20, 25, 30 Markt u. s. w. Kauf zu vorteilhaften Bedingungen.
Verkäufer täglich, auch Sonntags, im Bahnhofrestaurant Biesdorf. 1126/20

Achtung!! Billige Landparzellen

(10 Pfennig ganz dicht bei Berlin (10 Pfennig-Tour).
an der Stadtbahnstation Biesdorf, herrliche gesunde Lage, in Gartenboden, jetzt noch billige Preise, □-R. 15, 20, 25, 30 Markt u. s. w. Kauf zu vorteilhaften Bedingungen.
Verkäufer täglich, auch Sonntags, im Bahnhofrestaurant Biesdorf. 1126/20

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng Schirme. festen Preisen. Gegr. 1875.

Max Kaplan

1 Friedrichstr. 1 950L*

Maßanfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Spezialität: Winter-Paletot, prima Atlasfutter M. 48
Moderne Stoffe. Winter-Paletot, prima Atlasfutter, hervor- M. 55
Winter-Paletot, bestes Wollfutter . von M. 20 an

Sonder-Angebot: Zurückgesetzte Winter-Paletots, alle M. 10-15
Winter-Joppen, beste Lodenstoffe, warm gefüttert

Wäsche. m. 7, 8, 10, 11, 12, 15, 16, 18 usw. Krawatten.

Bernhard Keilich.

Größtes Spielwaren-Geschäft der Welt **19 Schaufenster** nur Spielwaren kein Bazar
Gr. Hamburger Str. 21-23, Oranienburger Str. 11,
 Eckhaus, beim Monbijouplatz, Hackescher Markt, Bahnh. Börse.
 bietet tatsächlich eine Auswahl best gearbeiteter Spielwaren, wie sie
 grösser in der ganzen Welt nicht anzutreffen, nämlich 18 000 ver-
 schiedene Nummern — dabei zu denkbar billigsten Preisen.

Gesellschafts- u. Beschäftigungsspiele für jedes Alter, von 10 Pl. an bis zu d. feinsten Ausführungen

Feinste Kugelgelenkuppe „Luise“.

Hervorragendes Fabrikat. — Eigene der Firma geschützte Marke.
 ff. Bisquitkopf, ff. genähte Lockenperrücke, Schlafringen und Zähne.
 Dieselbe auch mit natürlichen Augenwimpern.
 Einfachere, aber gute Gelenk-Tüpfelinge in verschiedenen Ausführungen,
 ebenso Lederhölge zu ausserordentlich niedrigen Preisen.

Eigene Reparatur-Werkstatt.
 Einzelne Teile, als Köpfe, Arme, Beine werden ohne besondere Kosten aufgesetzt.



MAGGI'S Bouillon-Kapseln

Man achte genau auf den Namen „MAGGI“.

1 Tasse vorzüglicher Fleischbrühe zu 5 Pfg.	1 Tasse extra starker Kraftbrühe zu 7 1/2 Pfg.
--	---

je 2 Portionen in Kapseln zu 10 und 15 Pfg.

5.ziehung 5. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.
 zziehung vom 12. November 1904, vormittags
 aus die Gewinne über 240 Mt. sind bei beizehenden Nummern
 in Stammen beigefügt.

117 200 26 532 50 30000 614 783 808 72 923 118 000
 [1000] 110 110 225 442 712 89 925 76

120 204 23 3000 80 300 427 500 619 69 11000
 875 121 282 346 440 501 [1000] 829 122 205 23 61

102 26 74 648 1500 788 900 30 62 85 123 008 132
 [1000] 438 852 124 030 208 443 518 [5000] 48 832 42

125 032 399 417 94 30000 508 745 1500 49 83 15000
 124 037 83 155 59 98 223 316 68 617 753 [1000] 858

82 802 50 11000 73 127 335 402 613 715 1500 29 52
 854 948 84 128 053 281 [3000] 539 900 83 129 087

130 169 468 70 515 709 806 50 131 104 1500
 244 314 76 457 536 778 97 132 090 138 78 [1000] 264

349 536 700 518 133 057 129 83 87 567 716 1500
 134 003 82 196 294 [1000] 355 790 135 081 828 68

13000 907 136 058 128 [1000] 341 66 538 47 30000
 633 706 92 839 137 039 92 [5000] 77 315 95 600 66

727 50 85 840 138 031 346 85 96 378 522 698 740 84
 891 139 037 150 243 500 [3000] 626 705 310 33 49

90 94 139 031 47 130 000 47

140 030 38 41 60 122 32 440 587 906 72 78
 141 138 214 [1000] 354 490 51 584 605 [5000] 42

739 896 142 100 52 54 59 94 219 60 434 512 62 706
 86 834 85 143 151 320 665 749 81 400 [1000] 925 82

144 000 97 238 79 315 53 550 688 704 14 56 849
 145 014 63 [5000] 415 225 545 955 146 325 421 41

633 729 910 1500 147 214 318 533 688 1500 711 844
 148 002 4 25 279 423 574 600 12 726 806 932 40

149 042 95 276 84 341 71 [1000] 415 671 678 97 829
 150 185 243 439 73 796 151 073 71 1500 132

202 24 46 376 931 34 152 027 190 333 59 [1000] 97
 [1000] 833 83 [5000] 044 32 742 75 76 866 931 74

153 341 338 519 154 158 381 401 84 130 000 510 614
 800 924 57 155 138 44 64 310 463 535 634 746 40

[1000] 833 97 921 156 408 1500 69 715 78 15000
 157 104 419 540 901 11 158 242 [5000] 369 596

638 745 81 [5000] 899 928 [3000] 159 159 228 56 467
 69 857 [5000] 97 906 25 885 [5000]

160 011 180 363 463 72 79 840 [1000] 703 83 874
 161 059 308 581 756 67 87 909 162 125 77 392 513

604 83 [1000] 700 32 45 83 [3000] 583 163 088 273
 319 22 67 92 423 34 [5000] 500 666 922 164 111 46 63

248 32 362 515 637 48 745 820 165 041 [3000] 64 237
 310 22 57 427 40 51 69 71 329 705 17 [5000] 43 58

94 939 166 231 54 318 428 35 [1000] 769 96 803 995
 167 038 76 122 302 467 598 [1000] 95 924 91 168 438

56 889 688 [1000] 169 021 74 109 21 707 37 [5000]
 91 [1000] 820

170 011 [5000] 68 110 203 55 318 69 542 815 966
 171 014 163 216 325 421 25 [5000] 26 75 562 89 731 45

[1000] 965 172 309 450 575 [5000] 631 173 183 699
 839 986 174 142 67 295 397 418 [1000] 21 76 297

648 989 [3000] 175 396 58 61 63 315 461 745 93 895
 993 176 077 [5000] 105 65 294 467 [5000] 177 088

159 99 231 438 94 839 681 178 000 20 70 103 9 [5000]
 88 271 78 80 95 467 819 67 179 000 390 410 369 90

739 821 27 985

180 008 244 390 501 10 647 73 795 821 44 181 006
 188 91 96 202 334 88 406 682 736 811 947 60 182 037

140 77 266 71 530 768 827 991 183 036 403 524 56
 85 805 70 194 904 28 184 139 282 643 864 901 185 215

41 60 475 [5000] 547 600 36 717 38 [1000] 890 947
 186 023 128 79 320 329 51 [5000] 55 690 816 77

187 114 17 349 89 724 188 039 135 290 412 22 59 88
 314 20 [5000] 692 786 900 97 189 000 38 99 191 285

443 48 88 597 813 21 907 24 61 [1000]

190 030 438 391 99 634 72 [5000] 800 1100 70 92
 905 17 21 19 1048 65 142 408 13 91 504 613 28 721

968 192 019 [5000] 22 70 116 83 215 493 692 802 19
 992 193 036 252 515 604 53 79 778 993 194 234 414

[5000] 23 607 769 89 [3000] 44 893 195 017 [1000]
 314 413 593 703 43 86 72 869 943 196 109 291 482 624

762 399 197 088 188 244 [5000] 456 81 710 850 75
 198 034 35 179 299 489 633 796 [5000] 832 [5000]

199 088 210 [1000] 24 [5000] 318 445 694 89 831 41
 [1000] 92 969

200 065 [5000] 277 97 504 75 97 636 843 51 [1000]
 925 66 83 [1000] 201 044 155 211 36 308 501 [1000]

93 730 52 [1000] 65 67 818 943 202 132 265 342 91
 [5000] 407 517 54 612 69 940 54 [3000] 203 123 32

93 344 92 [1000] 834 838 911 204 065 111 45 [5000]
 48 88 253 68 444 524 635 39 89 [3000] 98 205 214

467 85 [5000] 813 635 80 744 [5000] 874 986 206 214
 96 816 655 712 67 85 900 207 145 249 82 416 962 676

716 815 208 082 114 [3000] 59 57 248 327 492 695
 [5000] 927 209 124 314 [5000] 35 408 86 860 815 78

[1000] 98 991 [5000]

210 011 91 483 514 [1000] 634 706 12 56 870 90
 211 139 50 86 518 835 934 212 273 348 538 56 889

980 213 087 [1000] 444 692 34 781 214 061 154
 222 378 83 [1000] 505 84 96 638 900 31 215 118 79

292 378 85 416 79 630 798 817 216 139 356 510 24
 89 [3000] 729 77 983 [5000] 217 038 302 150 000 3

3 59 423 81 571 98 699 218 200 18 89 358 93 421 57
 92 611 84 879 91 936 219 029 [1000] 59 101 214

607 992

220 077 159 [5000] 271 [3000] 554 221 085 59
 [1000] 75 127 32 59 318 33 45 495 790 [5000] 87 874

908 222 047 121 226 68 324 422 593 [1000] 927 [3000]
 223 021 50 115 44 358 69 453 [1000] 518 601 735 467

zu Gewinnschlüssel: 1. Gewinn zu 500 000 Mt. 2. Gewinn zu 100 000 Mt. 3. Gewinn zu 20 000 Mt. 4. Gewinn zu 5 000 Mt. 5. Gewinn zu 1 000 Mt.

Die Wundertäterin.

Die Tapeziererfrau Friederike Wuhle geb. Haf aus der Preilwallerstraße stand gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gahn, um sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten.

Schmerz sofort verschwunden war, als sie ihn berührte, und daß nur sie mit Gottes Hilfe ihn gerettet habe. — Die Kunde von der angeblichen Wunder- und Heilskraft der Angeklagten verbreitete sich unter den Leuten und der Zulauf von Patienten zu der Angeklagten wurde groß und immer größer.

Geld zur Pflege der Kranken gespendet hat. Die Angeklagte hat früher angegeben, daß ihr aus den freiwilligen Gaben jährlich etwa 1000 M. zugeflossen sind.

Der allein zur Anklage stehende Fall betrifft die Arbeiterfrau Labbert aus Reu-Bitzow bei Erkner. Sie litt im Jahre 1902 an Gebärmutterkrebs.

Können und nur durch die Angeklagte von der Operation abgehalten worden sei. Frau Wuhle bestreitet, daß sie der Kranken abgesehen habe, sich der Operation zu unterwerfen.

Verdauungsbeschwerden gehabt und sei völlig hingesteckt. In seiner Verzweiflung ist er zu Frau Wuhle gegangen, nach dreimaliger Benutzung durch diese habe sich, wie der Zeuge berichtet, regulärer Stuhlgang wieder eingestellt, er habe körperlich wieder zugenommen und sei so gesund geworden, daß er seinem Geschäft, in welchem er viele Leute beschäftigte, wieder voll nachgehen kann.

Eine Schuhmannsfrau Melbert, deren Mann an Lungen-schwindsucht gestorben ist, behauptete, daß die Angeklagte, die ihr Mann ausgeheilt hatte, diesem absolut nicht geholfen habe.

Zeuge Kawing hat seiner sehr schwer nervenkranken Frau, die absolut nicht mehr gehen konnte, und auch Nahrung nicht mehr bei sich besteht, an ihrem Geburtstag auf ihr wiederholtes Bitten den Befehl getan, Frau Wuhle kommen zu lassen.

Es trat dann noch eine ganze Reihe von Zeugen und Zeuginnen auf, von denen viele mit aller Bestimmtheit und offensichtlichem Dankgefühl gegen die Angeklagte behaupteten, daß sie nur durch die Hilfe der letzteren von schweren Krankheiten befreit worden seien, nachdem ärztliche Kunst erfolglos gewesen sei.

In einem dieser Fälle wurde von einem Zeugen behauptet, daß sein Sohn, der an Knochenbruch im Fuße gelitten, ins Krankenhaus gebracht werden mußte und dort mehrmals mit dem Messer geschnitten worden sei, aber ohne Erfolg.

Der frühere Schuhmann, jetzige Beamte im Reichsmarineamt Ernst Pfahl bekundete eine erstaunliche Heilung, die Frau Wuhle an seinem an Krämpfen leidenden Kinde vorgenommen habe.

Der praktische Arzt Dr. med. Möller aus Erkner bekundete, daß der Krebsfall, den er bei der Frau Labbert konstatierte, die denkbar günstigsten Chancen hat und bei rechtzeitiger Operation sicher geheilt worden wäre.

Der Gerichtsarzt Dr. Sidmer führte in einem längeren Gutachten aus, daß die Frau Labbert durch rechtzeitig ausgeführte radikale Operation von dem Leiden hätte gänzlich geheilt oder mindestens ihrem Angehörigen noch für viele Jahre erhalten werden können.

schönen, lassen sich wissenschaftlich durchaus erklären, da in vielen Fällen der Krankheitsprozeß einen natürlichen zeitlich begrenzten Verlauf nimmt und die Heilung dann, wenn die Krankheit sich soweit ihrem natürlichen Ende nähert, mit Unrecht auf das Konto des Sympathieheilens gesetzt wird.

Man versteht hierunter die Erzeugung eines gedrückten Zustandes dadurch, daß man in dem Kranken felsenfest die Ueberzeugung von dem sicheren Eintritt eben dieses Zustandes erweckt.

Staatsanwalt Schmittendorf erkannte an, daß die Angeklagte zweifellos nicht eine Frau sei, die auf Betrug ausgehe, sondern die ein großes Gottvertrauen und eine bestimmte religiöse Ueberzeugung besitze, nach der ihr eine gewisse Heilkraft innewohne und sie sich als ein Werkzeug Gottes betrachte.

Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß die Angeklagte wohl die Verpflichtung gehabt hätte, zu bedenken, daß bei ihrer Tätigkeit, bei der sie die Patienten von einer rationalen ärztlichen Behandlung abhielt, leicht böse Folgen eintreten konnten.

Briefkasten der Redaktion.

H. D. 89/90. Alle Einzelheiten erfahren Sie bei der Redaktion oder im Auskunfts-Bureau des Steiner Bahnhofs. — G. V. Wenden Sie sich schriftlich an Herrn Dr. Friedländer hier, Hafferstr. 25, II. — W. B. 22. Ist vollkommen korrekt. — Gaudis. 1-6. Benutzen Sie zur Zufriedenstellung Ihrer Wünsche nachstehende Adresse: Josef Dablon, Paris, Rue Lamarck 87, Sozialdemokratischer deutscher Verlag.

Man kann sich auch durch die Erzeugung eines gedrückten Zustandes dadurch, daß man in dem Kranken felsenfest die Ueberzeugung von dem sicheren Eintritt eben dieses Zustandes erweckt.

Marktpreise von Berlin am 11. November. Nach Ermittlungen des hgl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**)

Singer Nähmaschinen. Einfache Handhabung! Hohe Arbeitsleistung! Westausstellung Paris 1900: Grand Prix höchster Preis der Ausstellung.

Grünau, Köpenickerstr. 88. Restaurant „Zur grünen Ede“. Vertikales des Wahlvereins. Zum Wuhlag empfehle mich bestens den gebrühten Bieren und Getränken.

Achtung! Uhren und Goldwaren. Sämtliche Meßinstrumente und Ziffern zu sehr billigen Preisen. Ratensammlung auf Wunsch gestattet. Demminerstr. 3 vorn 1 Troppa.

Achtung! Rohtabak-Filiale. Ecken Rosenhallerstr. 203/4. Albert Steen, Bremen.

Detail-Verkauf zu En gros-Preisen. Sumatra-Decken in großer Auswahl in allen Preislagen von 115-350 Pfg. Java und Vorkostenländern, hochfein, von 83-220

Rohtabak. 4780* Große Auswahl! Billigste Preise Guter Brand! Vorzügliche Qualität Sämtl. Fabrikationsutensilien.

Rohtabak. Formen: Original-Fabrikpreise. Sumatra No. 245 beste, 2. Länge, tabello im Brand, a W. 2,40 verjollt

Achtung! Mein Geschäft befindet sich nicht mehr Alexanderstr. 22, sondern Magazinstr. 14, W. Hermann Müller, Berlin. 4752*

Ferdinand Butschke empfiehlt sein 29146* neueröffnetes Weiß- & Bayerisch-Bier-Lokal allen Freunden und Bekannten. Weidenweg 65, Gdertstraße.

Kronleuchter-Fabrik für Gas u. Petroleum. Größte Auswahl. 400 Kronen von 10-700 M. Vork. zu billiger Fabrikpreisen an Private.

Siegel & Co. Prinzenstrasse 33. Das Allerte Rester-Geschäft des S.-O. von Willh. Mühlbach empfiehlt Rester von Plüsch, Krimmer, Gekinos zu Damen und Kinder-Jacquets zu den billigsten Preisen. Größte Auswahl in fertiger Konfektion. 10 Oppelnerstr. 10

